

Courier

**Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe besch. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1 M.
Der Courier ist in die Poststempelkassette eingetragen.

Redaktion und Exped.: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV. 950.
Geöffnet: 9—1 Uhr Vorm., 8—7 Uhr Nachm. Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Aufschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 2.

Berlin, den 28. Januar 1906.

10. Jahrg.

Ortsverwaltungen und Verbandsmitglieder!

Der Zentralvorstand beabsichtigt, eine Entwicklungs-Geschichte

der Organisation unseres Berufs herauszugeben. Zu diesem Zweck ist es unbedingt notwendig, daß seitens der örtlichen Verwaltungen alles in deren Besitz befindliche, auf die Organisationsentwicklung und Tätigkeit am Ort bezügliche Material, namentlich über die Zeit vor Gründung des Zentralverbandes, zur Verfügung gestellt wird. In Betracht kommen hierbei:

Aufrufe zur Gründung von Berufsvereinen, Gründungsdaten, wichtige Agitationsflugblätter zc., Statuten und Protokollbücher, Rassenbücher und Rechnungsabstufungen. Ferner alles erreichbare Material über die etwa neben der Zentralorganisation am Ort noch in Frage kommenden Lokal- und Unterstützungvereine.

Da auch in unserem Beruf Ansätze von zünftlerischen Organisationen vorhanden waren — Sachträger- und Fuhrmannsgilden zc. — so wäre es eine weitere Aufgabe der örtlichen Verwaltungen, nach diesbezüg. Material Umschau zu halten; hier dürften speziell die Bibliotheken der Kaufmannschaften in den Hafenorten und den Binnenhandels-Zentren reiche Ausbeute liefern.

Die älteren Verbandsmitglieder, namentlich derjenigen Orte, von welchen die Organisationsbestrebungen ihren Ausgang genommen haben, wie Berlin, Breslau, Hamburg, Leipzig u. a. könnten das Werk, welches geschaffen werden soll, außerordentlich fördern, wenn sie etwa in ihrem Besitz befindliches Material ebenfalls zur Verfügung stellen würden; besonderer Wert wird hierbei auf Material aus der Zeit vor 1892 und speziell auf Nummern des ersten Jahrganges der früheren Zeitung „Einigkeit“ gelegt, auch wären Aufzeichnungen über wichtige Vorkommnisse erwünscht. Das dem Zentralvorstand eventuell zur Verfügung gestellte Material wird selbstverständlich auf Verlangen wieder zurückgeliefert.

Um die vorliegende Arbeit möglichst bald in Angriff nehmen zu können, ergeht an alle Interessenten die dringende Aufforderung, ev. Material möglichst bald, spätestens aber bis 1. März 1906 an den Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Zentralvorstand.

J. A. Oswald Schumann.

Ihrer Majestät — der Arbeit!

Stimmt an das Lied der hohen Braut,
Die schon dem Menschen angetraut,
Oh' er selbst Mensch ward noch.
Die Arbeit sie erhält,
Die Arbeit sie bewegt die Welt.
Die Arbeit hoch!

Die Pyramide Cheops zeigt,
Welch drückend Joch sie einst gebeugt,
Die Arbeit brach es doch;
Drum hofft des Kapitales Joch,
Die freie Arbeit bricht es doch.
Die Arbeit hoch!

Arbeit, Wissenschaft, Kunst, das ist die heilige Dreieinigkeit unserer Zeit, welche die Welt bewegt. Allmählig beginnt es den Menschen aufzubämmern, daß nicht Füllten und Künste, nicht Ritter und Krieger, nicht Staatsmänner und Diplomaten, nicht Würdige und Monarchen, nicht Botschafter und Kapitalisten, nicht Faulenzer und Tagediebe die Schöpfer unserer modernen Kultur sind, sondern daß lediglich die Arbeit deren reine, unverfälschte Quelle ist, aus der alles gesunde Leben, alle Fort- und Aufwärtsentwicklung der Menschheit sprudelt. Aus der Arbeit erst entspringt die Wissenschaft, die Kunst. Die Arbeit hat die Menschheit aus dem Tierreich zu himmelweit emporgehoben, zum zielbewußten Beherrscher und Bezahmer der Allgewalten Natur gemacht. Diese Erkenntnis ist ein Kind der neuen Zeit, das Ergebnis geistigster, wahrhaftigster Forschung.

Und so verstehen wir denn, wenn heute die Kunst das Lied der Arbeit in allen Tönen singt. Ein von der Natur mit hohen Erkenntnisgaben ausgestatteter Meister der Mal- und Bildhauerkunst, der jüngst verlorene Belgier Meunier ist es, der der Arbeit die prächtigen Denkmäler in seinen Werken gesetzt hat.

Am 10. Januar d. J. ist in den Kunsthallen von Koller u. Meiner, Berlin, eine Ausstellung der Werke jenes Meisters eröffnet worden. Man hat den Unternehmern 191 seiner Schöpfungen für diese Ausstellung anvertraut, die allen Perioden seines Lebens entsprechen: fast farblose und farbige Kartons, Öle, Aquarelle und Pastellgemälde, Wandgemälde, Szenen aus den Zentren der industriellen Arbeit — Einzelgestaltungen Vorgänge aus dem Leben der Handbau-, der Bergbau- und der Fabrikarbeiter, Gipsmodelle und Bronze-güsse von Reliefs, Statuen, Statuetten und Gruppen von beiden, Denkmalskizzen und Vorstudien; die großen Modelle vollendet durchgeführte Monumente, realistische und Idealistische und Halbfigurengruppen. In allen seinen mannigfachen Äußerungen sollen wir diesen großen Genius sich betätigen sehen. Als Ausstellungslokal ist den Unternehmern der ehemalige, vorzüglich dafür geeignete Lustpark im Erdgeschoß des, der Kunsthallen Koller u. Meiner dicht benachbarten, Gebäudes überlassen worden, das ehemals die Königl. Hochschule für Musik beherbergte. Man hat ihn dieser neuen Bestimmung sehr geschickt und geschmackvoll angepaßt und ausgestattet. Mit lebendigen Eichen aus Fichtenbäumchen ist der gewundene Weg durch den Vorgarten eingefaßt. Hinter dem durch blaue Vorhänge geschlossenen Vestibül tritt man in einen schmalen Korridor, dessen niedrige Decke mit gepufftem blauem Stoff ausgekleidet ist und an dessen Wänden auf Postamenten einzelne große Bronzebüsten von Arbeiter-typen und ein Christuskopf stehen. Dieser Gang mündet in einen breiten Vorraum des Saales, dessen Wandflächen mit einem derb gezeichneten Entwurf zu einem Bild: „Zur Arbeit gehende Bergleute“ und einigen Gemälden

geschmückt sind. Dieser Raum wird durch Vorhänge von dem zweiten, hohen, durch Oberlicht erhellen Saal getrennt, der wieder in zwei große Säle durch quergezogene grüne Vorhänge geteilt ist. Hier umgibt uns eine Fülle von plastischen und malerischen Schöpfungen, die eben so imponierend schon durch die Maße, wie ergreifend durch die Macht und Großartigkeit der Auffassung und Darstellung der Menschen aus der bestimmten Lebens-sphäre des schwer arbeitenden Volkes und der Schaul-plätze dieser Arbeit, und Bewunderung erweckend durch die Macht und Meisterhaftigkeit der künstlerischen Ausführung, der Modellierung der einen, der Zeichnung und Malerei der anderen wirken. Unter den Gemälden bilden eine besonders abgegrenzte und streng von den übrigen geschiedene Gruppe die koloristisch ungemein glanzvollen und höchst charakteristischen Schilderungen aus Sevilla, die einer spanischen Reise Meuniers ihre Entstehung verdanken. Auch einige plastische Bildwerke, deren Wohlgefallen nicht dem Leben der Arbeiter entlehnt sind, eine in Holz gemeißelte Pieta (Gruppe aus Halbfiguren) und die das Muttergild schillernde schönheitsreiche Gruppe sind in diesem Räume aufgestellt. Unter den Gemälden, den menschlichen Gestalten und Szenen aus dem Arbeiterleben, teils solchen von tragischer Gewalt, teils solchen von herber Anmut, darstellenden und besonders den landschaftlichen Bildern sind nicht minder köstliche Werke der Kunst, als unter den Plastiken. Die zweite Hälfte des großen Saales ist absichtlich künstlich abgeschlossen und hat die Holzschnittdrucke des letzten großen Hauptwerks Meuniers, das er noch vollenden konnte: des riesigen Monuments der Arbeit, das nun in Brüssel, wenn auch nicht auf dem Platz, für den es bestimmt hatte, sondern im Park seine Aufstellung erhalten soll. Vier kolossale Kupferplatten, die vier Hauptbeile der Arbeit und Kultur erhaltenden Volksarbeit schillernd, sind zu beiden Seiten der Mittelwand zusammengestellt: Die Eisen-schmelze im Hüttenwerk, der Bergbau, die Arbeit im Hafen, im Dienst des Handels (Lasten-schlepper) und die Bewässerung der Erde, die Ernte ihrer nährenden Nährertrug. Vor diesen Tafeln sind auf einzelnen Sockeln aufgestellt drei kolossale (steinerne) Einzelstatuen: der Schmied, der Bergmann, der große Acker und die Gruppe der Mutter-schaft — die blühende Frau mit dem an ihrer Brust eingeschlafenen nackten Kinde auf dem Schoß, an deren rechte Seite sich der neben der Stütze stehende schöne nackte Knabe schmiegt. Vor der Mitte aber erhebt sich, die Miere hoch überragend, die prachtvolle Reliefgestalt des Sämanns. In dem tiefer gelegenen Mittelteil dieser Saalhälfte wie auch in der ersten steht man verschiedene kleine Reliefmodelle, in denen Meunier die betreffenden Bildwerke zuerst vielfach abweichend von der letzten, ihnen in den kolossalen Tafeln gegebenen, Gestalt komponierte. Ueber Meuniers künstlerische Persönlichkeit und Eigenart, wie sie uns hier in ihrer ganzen Größe und Mächtigkeit so sieghaft entgegentritt, hier nur wenige Worte.

Meuniers große Tat ist es, daß er in der Plastik das Evangelium des wurzelranken Klassizismus überwand durch das Evangelium einer neuen, machtvollen Weltanschauung, aufgebaut auf dem Fundamente der weltbegreifenden, weltbelebenden, weltbelebenden Arbeit.

Die große Schönheit aber, die Meunier suchte und fand, ist die neue Schönheit des Lebens, des Lebens und der Arbeiterklasse, die Schönheit der schweißigen Faust und der lastgetriebenen Schulter. Aus den Feuerquellen der Eisenwalzwerke und der Hochöfen, aus den schwarzen

Wühlgängen der Bergwerke, aus den hastenden Gewirren des Hafengebietes hat er seine Modelle geholt, diese muskulösen Reden der Arbeit mit dem gewaltigen Körperbau, mit den sehnigen Armen, mit den markig groben Händen, mit den ungefügen Füßen. Eine unbändige Urfkraft liegt in diesen Zuckpfegegestalten, eine unsagbare Erscheinungsmacht, die an sich selbst und an ihr Gewicht glaubt. Das ist das Hohe und Freie in Meuniers Kunst, daß sie ganz und gar nicht angetrübelt ist von der sozialen Sentimentalität, die die Knechtelebensbilder in Verfall gebracht hat. Keine Spekulation auf das Mitleid für Untergeordnete und Minderwertige atmet aus seinen starkmühtigen robusten Körpern. Nein, es atmet daraus die eifrige Bewunderung und das neidvolle Staunen des Künstlers über soviel quellende und unverbrauchte Kraft, über soviel gebietenden Stolz, mit dem sie getragen wird, über soviel höfentliches Selbstbewußtsein. In Meuniers Schöpfungen wohnt keine Tendenz, es sei denn eine von künstlerischer und menschlicher Reinheit, kein Pathos, es sei denn ein berechtigter Schuß jener monumentalen Pose, die sich mit ungehörter Wüßhalsigkeit und unaussprechlicher Hartnäckigkeit ins Gedächtnis einprägt.

Und damit sind zugleich die idealsten Gesetze der Plastik erfüllt. Nicht in der sorgenvollen Auszifferierung der Einzelheiten: in der Gewalt der Silhouette, in dem fabelhaften Schwunge der Bewegung, in der ergreifenden Macht und hohen Schönheit des Menschengrößers, die anders ist als diejenige, die jahrhundertlang konventionell gewesen ist, in dieser Schönheit beruhen die Geheimnisse der Monumentalität Meuniers.

So entstand als Krönung eines unvergleichlichen Kunstschaffens, als Markstein eines unumstößlichen Menschengrößes das „Denkmal der Arbeit“.

Meunier ist der erste und der bisher genialste künstlerische Verherrlicher des arbeitenden Volkes und der ergreifendste Schilderer der Lasten, der Leiden, der ganzen Lebensnot, Mühseligkeit und Verlassenheit, die dessen Erbteil sind. Er hat es in seiner Arbeit aber nicht, wie etwa Adolph Menzel, rein sachlich fast, höchstens objektiv, dargestellt und nur „mit kühnem Mut“ als interessanten künstlerischen Stoff behandelt, sondern mit unterhöhlter leidenschaftlich menschlicher Herzensbeteiligung sich hier für seine Taten begeistert, dort durch seine Leiden in tiefster Seele erschauern lassen. Daher sind trotz des kraftvollen Realismus in der Wiedergabe der körperlichen Erscheinung und des Gesichtsausdrucks so viele dieser Meunierschen Arbeiter- und Arbeiterinnenfiguren, jene ins Heroische, diese ins Kummers- und Neidvolle gesteigert. Der Arbeiter ist heute, wo sich eine ganze Welt um ihn dreht, wo Wissenschaft und Dichtung seine Bedeutung erkennen, von Meuniers Kunst zu einem Idealwesen erhoben. In dieser Kunst klingt es einmal in harmonischen Symphonien und ein andermal in brausenden Akkorden, von dem ewigen und unersättlichen Werte des einzig wirklichen Edelmetalls der Menschheit: Arbeit! Hier ist das alles: „Die Arbeiter sind der Feind, auf dem die Kirche der Zukunft erbaut wird“, in klassisch-schönheitsstrenge Formen umgegossen. In herrlich-harmonischen Orgelklängen tönt aus Meuniers Werken aller sozialistischen Weisheiten letzter Schluss: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht genießen“. Leidwand und Marmor verdrängen da das tiefe Dichtervort: „Verschlemmen soll nicht der saule Bauch, was fleißige Hände erwarben“. Das bringen so herrlich und Klangvoll aus jene dem Künstler gewöhnlichen Verse zum Ausdruck:

Arbeit.

Gehe dahin mit der streuenden Hand,
Schweigender Mann, über's schweigende Land,
Säe Du, Sämannin!
Siehe, es wartet und hungert die Erde,
Doch ihr Nahrung vom Menschen verbe;
Pflanze Brot ins harrende Feld!
Streu' Zukunft hinaus in die Welt!
Saaten, schaff' Saaten!

Schlinge die Art, in das blinde Gestein
Trage den Tag und das Leben hinein,
Schürfender Bergmann!
Drinten lagert auf seinem Schake
Mammon der Drache — unter der Lake
Raub' ihm die Kohle nimm ihm das Erz!
Mache der Erde versteinertes Herz,
Mache es fruchtbar!

Du, mit der Bälge fauchender Mut,
Treibe die Flammen zu brodelnder Flut,
Mann du des Feuers!
Sieh' wie die schmelzenden, wügenden Schlangen
Nach der gefesteten Form verlangen —
Greifende Zange, Sammers Gewalt,
Zwingen in Form sie, in Leib und Gestalt!
Schmelde das Werkzeug!

Was sie auf Erden gepflanzt und gesüßt,
In das Schiff, das Meere durchpflügt,
Trage es, Schiffsbau!
Werde des Meeres bittere Welle
Nähernd Gaben süß spendende Quelle;
Trage das Schiff den Strand zum Strand
Welten hinüber, Land zum Land
Winde die Arbeit!

Winde, du Arbeit, Land zu Land!
Füge, du Arbeit, Hand in Hand!
Geben zu Geben!
Siehe, zerpalten in tausend Risse,
Tunnelt die Menschheit ins Ungewisse.
Nein gemeinsamer Glaube eint,
Nein Menschheitsbrüder mehr scheint
Tröstend am Himmel.

Menschenfelle, so ganz entlaubt,
Menschenfelle, die nicht mehr glaubt,
Glaube ans Schaffen!
Nicht zum Ertrassen und zum Erjagen,
Nicht um blutende Wunden zu schlagen,
Um zu erbaue die bessere Welt
Dazu, als Brüder den Brüdern gesellt
Dienet der Arbeit!

Schaffende Arbeit ist Weltengut,
Ist Erhöhung durch Qual und Not,
Schaffet und wirkt!

Die Königsberger Stadtverwaltung und ihre Straßenbahner.

Wie fast überall, so sind die Straßenbahner auch hier unter Schmerzenskindern gewesen, indem sie die Organisation nur als melfende Ruch betrachteten, Mitglied zu werden und zu bleiben, gab es nur in vereinzelten Fällen. Seit 1902 ist hier stets versucht worden, die Straßenbahner zu überzeugen, daß sie nur durch den Verband Besserungen in ihrem Arbeitsverhältnis erreichen können, wenn man aber zum Beitritt und zum Beitragen zählen aufforderte, kam man an die falsche Adresse. Mit Freuden wurden die durch unser Vorgehen in Gemeinschaft mit den Arbeitervertretern im Stadtparlament erreichten Vorteile hingenommen, aber nachdem wurde die Schlafmütze desto fester über die Ohren gezogen. Doch alles hat sein Ende und dieses blieb hier nicht aus. Auf jede Art und Weise wurde versucht, den Kollegen ihren wenigen Verdienst noch mehr zu schmälern und durch Ansetzung von Strafgebern um. Für die geringsten Vergehen wurden 25 Pf. bis 1 Mt. Strafe angelegt, ja in einzelnen Fällen wurden die Kollegen in eine andere Lohnklasse versetzt. Hierfür ein Beispiel: Ein Schaffner steht nicht, daß durch eine Nebenstraße ein Herr kommt, der mitfahren will, ihm wird für dieses Verbrechen der Lohn pro Tag um 25 Pf. gekürzt. Die übrigen städtischen Arbeiter erhielten infolge der Steuerungsverhältnisse eine Zulage von 25 Pf., die Straßenbahner erhielten stattdessen am 29. Oktober v. J. auf eine Eingabe des Arbeiterausschusses folgendes Antwortschreiben:

An den Wagenfahrer Herr

durch das Betriebsamt!

Auf das von Ihnen und R. als Vertrauensmänner der Wagenfahrer an den Magistrat unterm 28. v. Wts. gerichtete Gesuch auf Erhöhung der Tagelöhne, teilen wir Ihnen mit, daß die Deputation zur Verwaltung der Straßenbahn schon seit, nachdem die neue Lohnordnung kaum ein halbes Jahr in Kraft ist, eine Veränderung dieser Lohnforderung vorzunehmen abgelehnt hat.

Hierzu wollen Sie den Wagenführern Nachricht geben.

Dr. Krieger.

Die in diesem Schreiben angeführte Lohnordnung ist in dem § 11 des Dienstvertrages folgendermaßen festgelegt:

Der Tagelohn beträgt im Probejahr 2,50 Mt.		Führer.	Streifen-Schaffner	Kontroll.
in den darauf folg. 8 Dienstjahren		2,75 Mt.	3.— Mt.	3.— Mt.
sobald bis z. Ablauf v. 6		3.—	3,25	3.—
: : : 9		3,25	3,50	3.—
: : : 12		3,50	3,75	3.—
: : : 15		3,75	4.—	3.—
: : : 18		4.—	4,25	3.—
darüber hinaus		4.—	4,50	3.—

Dieses alles zusammen trug dazu bei, daß bei den Straßenbahnern die Geduld alle war und sie unserem Verbanne in ihrer großen Mehrzahl beitraten, sodaß von den 292 Beschäftigten jetzt 250 Mitglieder sind. Gleichzeitig schlossen sich auch die übrigen städtischen Arbeiter im Gemeindefahrer-Verbande zusammen und gingen an die Ausarbeitung von Lohnforderungen, mit welchen sie an die Stadtverwaltung herantraten wollten. Dieses letztere Vorgehen und der Beitritt der Straßenbahner zu ihrer Berufsorganisation schenken der Stadtverwaltung nicht besonders angenehm zu sein, es mußte deshalb eine Kreise angelegt werden.

Diese war bald gefunden in dem Mann aus der Werkstatt, dem bürgerlichen Stadtverordneten Griebisch. Als Mitglied des Arbeiterausschusses für das Elektrizitätswesen berief er sämtliche Arbeiterausschüsse zusammen und kam mit Vorschlägen betr. Stellung von Lohnforderungen an den Magistrat, die aber in Wirklichkeit keine Verbesserungen herbeiführten. Die Ausschussmitglieder der Straßenbahner merkten dann auch, wohin dies führte und machten nicht so ohne Weiteres mit, sondern traten zu-

nächst an die Kollegen heran, um diese zu fragen, ob sie im Sinne der Vorschläge Griebischs an den Magistrat herantreten sollten. Dieses wurde in einer von über 250 Straßenbahnern besuchten Versammlung einstimmig abgelehnt, dafür aber beschloffen, den Dienstvertrag in folgender abgeänderter Form dem Magistrat einzulegen:

§ 1.

Nachdem im Fahren der Motorwagen auf sämtlichen Betriebsstrecken ausgebildet ist und die Befähigung hierzu durch die Ablegung einer Prüfung nachgewiesen hat, wird er in den Dienstbesitz auf Grund der nachstehenden Bestimmungen dieses Vertrages übernommen.

§ 2.

Das Fahrpersonal ist verpflichtet, allen dienstlichen Anordnungen der Vorgesetzten unbedingt Folge zu leisten, den Dienst gewissenhaft wahrzunehmen und dabei die Dienstausführung, die Vollzeiterordnung über den Betrieb der elektrischen Straßenbahnen, sowie die sonstigen Betriebsvorschriften genau zu beachten.

Glaubt jemand, daß die dienstliche Anordnung eines Vorgesetzten im Widerspruch mit den oben genannten Anweisungen und Verordnungen steht, so hat er zunächst der Anordnung des Vorgesetzten Folge zu geben und nach Beendigung des Dienstes Meldung zu erstatten.

Außer zum Dienst im Fahrdienst ist das Fahrpersonal auch zu anderen Arbeiten und Verbindungen im Betrieb der Straßenbahn verpflichtet. Wer zu arbeiten im Depot oder Werkstattbetrieb abgeordnet wird, untersteht den entsprechenden Bestimmungen der Arbeitsordnung, von denen daher auch das Fahrpersonal Kenntnis zu nehmen hat. Eine Lohnkürzung findet nicht statt.

§ 3.

Die Dauer und der Wechsel des Dienstes, sowie die dienstfreie Zeit ergeben sich aus dem „Allgemeinen Dienstplan“, der dem Vertrag beigegeben ist.

Der Dienstplan darf ohne Anhören des Arbeiter-Ausschusses nicht geändert werden.

Auch in der dienstfreien Zeit ist das Fahrpersonal zu Dienstleistungen verpflichtet, welche von der Betriebsleitung im Bedarfsfalle angeordnet werden.

Beginn und Ende des täglichen Dienstes wird durch den Tagesdienstplan dem Personal bekannt gegeben; niemand darf seinen Posten verlassen, bevor nicht die Ablösung den Dienst übernommen hat oder der Betrieb beendet ist.

Bei Arbeiten im Depot oder Werkstattbetrieb treten an die Stelle der durch den Dienstplan festgesetzten Dienstbahner die in der Arbeitsordnung angegebenen Schichten.

§ 4.

Die Ernennung zum Schaffner und die Beförderung zum Streckenkontrollen erfolgt nach freiem Ermessen der Verwaltung, jedoch unter unwillkürlicher Berücksichtigung des Dienstalters und der Führung. Auch nach der Ernennung kann indessen der Schaffner jederzeit wieder zum Fahrdienst abgeordnet werden.

§ 5.

Im Fahrdienst ist die Dienstleistung zu tragen, welche von der Verwaltung unentgeltlich geliefert wird. Die Dienstleistung ist sauber zu halten und nach Möglichkeit zu schonen. Die Reinigung, insbesondere das Waschen des Dienstkleides und kleine Ausbesserungen hat der Inhaber der Dienstleistung selbst zu besorgen, ohne daß ihm dafür eine besondere Vergütung zusteht. Größere Ausbesserungen besorgt die Verwaltung auf ihre Kosten. Austrangierte Sitze sind der Verwaltung zurückzugeben.

§ 6.

Die Tageseinnahme ist zur festgesetzten Zeit auf der Kasse unter Rechnungslegung abzuliefern. Ein Fehlbetrag ist spätestens innerhalb 24 Stunden zu begleichen.

Die Verwaltung übernimmt jedoch die Verpflichtung, daß die Schaffner an der Abrechnungsstelle nicht länger als 1/2 Stunde warten brauchen. Bei längerer Wartezeit sind Überstunden zu zahlen.

§ 7.

Beim Vertragsabschluß ist eine Kaution von 80 Mark zu hinterlegen, die bei der Ernennung zum Schaffner auf 80 Mark, bei der Beförderung zum Kontrollen auf 100 Mark erhöht werden muß.

Die Kaution haftet für alle Verluste und Schäden, die durch Schuld des Kautionsestellers an den ihm anvertrauten Dienstkleidern, Ausrüstungsgegenständen, Betriebsmitteln und Fahrzeugschäden (bei vollen Werts ist der Druckwert zu rechnen) entstehen.

§ 8.

Die Verwaltung in Gemeinschaft mit dem Arbeiter-Ausschuss ist befugt, für grobe Verfehlungen im Dienst ein Strafgehalt bis zur Höhe von 1 Mt. (einer Mark) für jeden einzelnen Fall festzusetzen.

Die Strafgehalte werden vom Lohn einbehalten und fließen der Unterhaltungskasse zu, welche in Gemeinschaft von der Verwaltung und dem Arbeiter-Ausschuss verwaltet wird.

§ 9.

Das Fahrpersonal gehört der Betriebskassentasse der städtischen Straßenbahnen, Beleuchtungs- und Wasserwerke an.

§ 10.

Das Dienstverhältnis kann beiderseitig mit 14 tägiger Frist gekündigt werden. Für die Streckenkontrollen beträgt die Kündigungsfrist 6 Wochen.

Ohne Kündigungsfrist kann entlassen werden:

1. wer ohne schuldhaften Grund sich weigert, den Dienst zu tun, zu dem er auf Grund dieses Vertrages bestellt wird, oder wer seinen Posten verläßt, bevor der Betrieb beendet ist oder die Ablösung den Dienst übernommen hat;
2. wer durch eine grobe Fahrlässigkeit den öffentlichen Verkehr gefährdet;

3. wer bei Abschluß des Dienstvertrages die Verwaltung durch Vorlegung falscher oder gefälschter Zeugnisse getäuscht hat.

Eine Kündigung oder Entlassung kann die Verwaltung jedoch erst nach Anhören des Ausschusses vollziehen. Ist zwischen diesen beiden Körperchaften in einzelnen Fällen keine Einigung zu erzielen, so entscheidet der Verbergungsmittel.

Ausschüßmitglieder dürfen nur entlassen werden, nachdem sie vom Oberbürgermeister gehört worden sind.

§ 11.

Die Dienstleistungen werden nach der nachstehenden Reihenfolge vergütet:

Der Tageslohn beträgt während der Lehrzeit 2,75 Mk.; ist dieselbe beendet, beträgt der Tageslohn für Führer 3,50 Mk., steigend jedes Jahr um 10 Pf. pro Tag bis zum Höchstbetrage von 5,00 Mk.; für Schaffner 3,20 Mk., gleichfalls jedes Jahr steigend um 10 Pf. pro Tag bis zum Höchstbetrage von 4,70 Mk.

2. Die vorstehenden Löhne sind die Vergütung für den durch den Allgemeinen Dienstplan festgesetzten Dienst. Dabei wird der Lohn auch für diejenigen Tage gezahlt, die nach dem Allgemeinen Dienstplan „dienstfrei“ sind.

3. Extradienstleistungen am Tage werden stundenweise mit 25 pSt. Aufschlag vergütet, vor Beginn und Ende des fahrplanmäßigen Betriebes mit 50 pSt., an allen Feiertagen mit 100 pSt.

Gerechnet wird die Zeit der tatsächlichen Dienstleistung; der Gang zur und von der Dienststelle bleibt außer Ansatz.

4. Der fällige Lohn kommt wöchentlich am Freitag zur Auszahlung; die Lohnwoche wird vom Mittwochabend bis Mittwochabend gerechnet.

5. Das Dienstalter zählt vom ersten des Anstellens folgenden Monats.

Der Vorgesetzte für Streckenkontrolleure wird erst nach endgültiger Beförderung eines Schaffners zum Kontrollleur gewählt; bei Abordnung eines Schaffners zum Kontrollleur bleibt sein tarifmäßiger Lohn in Kraft.

Bei der Beförderung der Dienstaltersklasse des zum Kontrollleur Beförderten kommt seine ganze Dienstzeit als Führer und Schaffner voll zur Anwendung.

Dieses ist gegeben und am 9. Januar wurde der Ausschüß bei der Direktion zur Verhandlung geladen.

Bei dieser Verhandlung ist sehr wenig herausgekommen, den Führern, welche länger als ein Jahr im Betriebe beschäftigt sind, ist eine Zulage von 25 Pf. pro Tag, gewährt, die Schaffner und diejenigen Führer, welche noch kein Jahr tätig sind, müssen weiter mit dem alten Lohn zufrieden sein. Alle anderen gewünschten Änderungen erklärte der Herr Dr. Krieger für undurchführbar.

Am Schluß dieser Verhandlung stellte er das Verlangen an die Ausschüßmitglieder, sie sollten das eingetragene Schriftstück mit den Forderungen wieder mitnehmen, diese lehnten es aber ab und eruchten am folgenden Tage schriftlich um Weiterführung an den Magistrat. Jetzt werden wir abwarten, was der Magistrat machen wird.

Das Verhalten der Direktion scheint zu sein, wieder Uneinigkeit unter die Straßenbahner zu bringen, indem einem Teil Zulage gegeben wird, dem andern nicht.

Den Straßenbahnern rufen wir deshalb zu: Halte! treu zur Organisation und holt die paar letzten heran, dann wird der Magistrat die gerechten Forderungen der Straßenbahner bewilligen müssen.

Die Entwicklung unserer Berufsorganisation in Oesterreich.

Der Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Oesterreichs ist auch im zweiten Jahre seines Bestandes zwar nicht so sprunghaft wie im Vorjahre, aber dennoch um ein Bedeutendes angewachsen. Während nämlich die Tätigkeit im ersten Jahre eine fast ausschließlich agitatorische — nebst der Führung von wilden Streiks — war, konnte und mußte im vorliegenden Jahre daran gegangen werden, gleichzeitig mit der Gewinnung neuer Branchen und Orte auch die Organisation innerlich zu festigen und auszubauen. Bei den wilden Streiks trat der Organisation eine Unmasse von Mitglidern bei, die nach Bezahlung einiger Beiträge wieder auswichen. Die Ursache dieser Tatsache lag zum Teil auch darin, daß die während des Kampfes neu gewonnenen Kreise noch ungeschult waren. Die solchermaßen verlorenen Mitglider mußten in den späteren Wochen und Monaten durch Betriebsbesprechungen zurückgeholt werden. Der Mangel an geeigneten Kräften macht sich in fast allen im Verbande organisierten Branchen in einer die Organisation ungemein behindernden Weise geltend. Es ist eben eine traurige Tatsache, daß die Branchengehörigen infolge der langen, aufreibenden Arbeitszeit zu Verwaltungs-, Organisations- und Agitationsarbeiten in der Regel nur sehr vereinzelt zu gebrauchen sind und andere aktionsfähige Genossen, die Zeit hätten, die gewerkschaftliche Arbeit in unserer Organisation, die unausgeseht und insbesondere Sonn- und Feiertags, sowie des Nachts an Wochentagen zu betreiben ist, scheuen. Zur Bewältigung der Arbeiten mußte dem im Vorjahre angestellten Sekretär eine Kraft beigegeben werden.

Das deutsche Blatt erscheint monatlich in einer Stärke von acht bis zwölf Seiten; daselbe zweimal monatlich erscheinen zu lassen, konnte wegen der damit verbundenen Mehrarbeit noch nicht durchgeführt werden. Das tschechische Blatt erscheint vier Seiten stark. Leider gaben die Prager Genossen einige Monate nach Erscheinen unseres tschechischen Blattes ebenfalls ein Organ für dieselben Branchen heraus und traten unseren Organisationsbestrebungen im tschechischen Gebiet Böhmens hindernd in den Weg, so daß es keiner der beiden möglich ist, Erstrebliches zu leisten. Die Branchen- und Lokalorganisationen im tschechischen Gebiet Böhmens schwanken zwischen der Reichszentralorganisation und der Prager tschechischen „Zentralorganisation“ hin und her; darin ist auch die Ursache zu erblicken, warum der Prager Russenverein, der ziemlich stark ist, noch nicht der Reichszentralorganisation angehört.

Der Verband hat derzeit einen festen Stock von 4212 Mitglidern. Die Fluktuation ist eine ungeheure, doch vermindert sie sich bei einzelnen Branchen zusehends; ja bei den Russen ist sie in einzelnen Wiener Bezirken vollständig verschwunden, so daß dort die Organisation 90 Prozent der Branchengehörigen umfaßt. Das gleichgültigste Verhältnis besteht auch bei den Wiener Kosmopoliten, Grager Theaterarbeitern und Prager Kohlenarbeitern.

Im heurigen Jahre wurden 12 Ortsgruppen und 2 Zählstellen neu gegründet und 17 Orte gewonnen, so

daß der Verband am Schluß des Jahres 88 Ortsgruppen und 10 Zählstellen besaß.

Branchenstreiks fanden insgesamt 10 statt, und zwar: Möbelpacker, Spektationsarbeiter und Rutscher und Rutscher in Wien; Rutscher, Spektationsarbeiter, Möbelpacker, Postkellner und Feuerwehler in Graz sowie Kohlenarbeiter in Brünn. Sämtliche endeten mit Erfolg. Betriebsstreiks fanden 25 statt, von denen 18 mit vollem Erfolg, 1 mit teilweisem und 6 ohne Erfolg endeten. Lohnbewegungen ohne Streik sind 99 zu verzeichnen, von denen 49 mit vollem, 46 mit teilweisem und 4 ohne Erfolg abschlossen. Die große Zahl ist dadurch zu erklären, daß die Rutscher in Wien durch partielle Lohnbewegungen in einzelnen Betrieben ihre Löhne wieder entzifferten. Grundsätzlich vom großen Rutscherstreik im August 1904 zurückzuführen mußten. In den letzten Jahren sind auch die partiellen Lohnbewegungen der Tramwaybediensteten, Theaterarbeiter, Verzeigungs- steuerbediensteten und Kohlenarbeiter in Graz, der Kohlenarbeiter, Glaserarbeiter und Rutscher in Wien und der Spektationsarbeiter in Karlsbad mitabgegriffen.

Die Kosten der Streiks und Lohnbewegungen sind noch nicht genau ermittelt, doch läßt sich schon feststellen, daß sie etwa 2100 Kronen betragen dürften. Als 1. Nov. 1906 wird faktualit ein Dispositionsfond eingebogen und zwar im Betrage von 10 Heller per Mitglid. Dem nächsten Verbandstag, der voraussichtlich Pfingsten d. Jst. stattfindet, wird von Seiten des Zentralvorstandes ein Antrag auf Einführung der obligatorischen Einschaltung in den Dispositionsfond unterbreitet werden. Die Organisation ist nun in ein ruhigeres, stabileres Stadium getreten und es kann nun den eigentlichen Organisationsarbeiten mehr Zeit gewidmet werden als vorher.

Unsere deutsche Kollegenschaft verfolgt mit regstem Interesse die so sehr erfreuliche Entwicklung des österreichischen Arbeiterverbandes, ist diese doch die Garantie dafür, daß endlich auch mal die ganz trüben und miserablen Arbeitsverhältnisse der Kollegen in der Dinnart einer gründlichen und dauernden Aufbesserung unterzogen werden.

Die gewerkschaftliche Bewegung der Transport- und Verkehrsarbeiter in Schweden.

Wie ich schon mitgeteilt habe, hat sich die Situation in unserem Lande in politischer Beziehung ziemlich abgeändert. Vor einiger Zeit wurden nämlich von verschiedenen Seiten große Anstrengungen gemacht, um unser Koalitionsrecht einzuführen und die gewerkschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter unter Zwangsgelege zu stellen. Es lagen von privater Seite vier Anträge nach dieser Richtung hin vor und auch die Regierung war mit einem Entwurf vertreten, der noch schärfere Bestimmungen enthielt. Zum Schluß wurden alle Anträge mit zwei Stimmen Majorität vom Reichstag abgelehnt. Diese für uns so wichtige Angelegenheit war noch nicht erledigt, als auch schon der große Westförsen-Lochot ausbrach. Mit diesem gingen auch viele Streitigkeiten in anderen Fachorganisationen an, u. a. unterhandelten die Staatsarbeiter in Stockholm wegen Lohn- und anderer Verhältnisse und auch alle Bauarbeiter einschließlich der Plattenauflieger standen in einer Bewegung. Wir selbst hatten nicht weniger als 17 Lohnbewegungen.

Die wichtigste Lohnbewegung von diesen war in Gese. Dort haben wir 1908 eine Niederlage erlitten, überhaupt die erste Niederlage, welche wir seit 1897 zu verzeichnen haben, von welchem Jahre ab der Transportarbeiterverband erst gebildet ist. Wir gaben den Herren Unternehmern das feste Versprechen, sobald sich unsere Berufs-Kollegen in Gese wieder gesammelt hätten und eine respectable Organisation vorhanden wäre, dann würden wir wieder bei ihnen anklopfen, jedenfalls würden sie dann geneigt sein, unsere Organisation als gleichberechtigt anzuerkennen und Lohn- und Arbeitsstarke mit uns einzugehen.

Wir versuchten alles, um auf friedlichem Wege eine Verständigung mit unseren Arbeitgebern herbeizuführen, aber alle unsere Bemühungen waren vergebens. Die Arbeitgeber erklärten einstimmig, sie würden unter keinen Umständen mit uns unterhandeln oder gar Lieferintkommen treffen. Dieser unversöhnliche Standpunkt der Unternehmer zwang uns zur Offensive und nach fünfwöchigem Kampfe waren sie endlich bereit, mit uns zu unterhandeln. Das Resultat der Verhandlungen war je ein Tarif für die Stauer, für die Faser- und Kohlenarbeiter und für die Abteilung der Kranarbeiter. Alle drei Tarife enthalten die Bestimmung, daß die organisierten Arbeiter das Vortrittsrecht haben sollen zu allen Arbeiten. Ferner enthalten die Tarife eine zehnprozentige Lohnerhöhung. Der Konflikt in Gese hat uns circa 20 000 Kronen (1 Kr. = 1.12 1/2 Mk.) gekostet.

Dieser Konflikt war nun erledigt, aber jetzt mußten wir Unterstellungen aufbringen für die ausgeperrten Arbeiter, die insgesamt 20 000 Personen ausmachten. Wir haben in den letzten acht Wochen einen fähigen Extrabeitrag von 1 Kr. pro Mitglid und Woche erhoben. Die wirtschaftliche Lage ist durch die große Ausperrung der Industriearbeiter keine sonderlich gute, besonders leidet die Geschäftslage sehr, doch können wir mitteilen, daß die Eintassierung der Extrabeiträge keine Schwierigkeiten machte. Wir haben eine große Anzahl Abteilungen zu bekommen, die ja im Anfang meistens nur klein sind, trotzdem haben sie den Rücken steif gehalten und pünktlich den ihnen auferlegten Extrabeitrag eingeleistet.

Ferner muß ich mitteilen, daß unsere Drohschuttschiffe in Gese einen Konflikt mit ihren Arbeitgebern hatten, der auf beiden Seiten mit solcher Ausdauer geführt wurde, daß die von den Arbeitgebern gebildete Drohschiffgesellschaft sich schließlich gezwungen sah, sich vollständig aufzulösen.

Die jetzt zu Ende gedachten Wahlen zum Reichstag in Schweden haben deutlich gezeigt, daß eine freibewillige Bewegung durchs Land zieht. Nicht weniger als vierzehn Repräsentanten schickten unsere schwedischen Arbeitsbrüder in den neuen Reichstag.

Zwischen den Transportarbeitern ist überall ein bedeutender politischer Aufschwung zu erblicken, überall haben dieselben wie die Löwen gegen den Kapitalismus gekämpft. In Stuttdar und Gards wurde der Streik für den Stauerarbeiter-Fachverband, C. O. Borg, aufgestellt, er erhielt 852 Stimmen, ohne ihn war ein Liberaler aufgestellt, dieser erhielt 908 Stimmen. Ein konservativer Graf hat auch nicht gefehlt, er erhielt 232 Stimmen. In Selmstadt wurde im letzten Augenblick unser Kollege John Sorenson aufgestellt. Gegen den Kandidaten der Rechten, Landestat A. Anders, mit 597 Stimmen, erhielt unser Kamerad Sorenson 420 Stimmen. Es ist kein schlechtes Resultat, wenn wir in Betracht ziehen, daß Sorenson erst seine Kandidatur verweigerte und im letzten Augenblick, da der liberale Kandidat keine Aussicht hatte, gewählt zu werden wieder aufgestellt wurde. In Stockholm wurde mit Hochdruck gearbeitet, hier war unser Kamerad Charles Lindley aufgestellt. Es war wohl der härteste Kampf, den ein Arbeiterführer zu bestehen hatte in dieser Wahlperiode in Schweden. Einen mächtigen Einbruch machte es, daß unser Kamerad Lindley von dem Gewerkschaftsvorstandenden J. Ekblott kräftig unterstützt wurde. Gegen ihn kandidierte der Kandidat Wallenberg, der der einflussreichste Mann in diesem Kreise ist. Er wurde unterstützt von der Rechten und von der Rechten, Liberalen und Konfessionen und erhielt eine Stimmenzahl von 1805. Unser Kamerad Lindley mußte unterliegen, nach drei Jahren, wenn die neuen Wahlen wieder stattfinden, unseren Kameraden Lindley in den Reichstag hineinschicken zu können.

Auf einer Agitationsreise in Norrland wurde in Solmund (Umea) eine Abteilung der Stauerarbeiter gegründet. Die Arbeitgeber am Plage glauben nicht, daß sie es nötig hätten, mit dieser neu gebildeten Abteilung in Unterhandlung zu treten. Unser Kamerad Kellgren aus Gese wurde dorthin geschickt, um den Herren klar zu machen, daß wir auch in einer neuen Abteilung sofort klar zum Gesichts gegen den Kapitalismus wären. Das Resultat war, daß eine Unterabteilung in Gang kam, unsere Organisation wurde anerkannt, ein neuer Tarif- und Arbeitsplan kam zustande, welcher Gültigkeit hat bis zum 1. November. Also wurde dieser Konflikt mit einem vollständigen Siege der Arbeiter beendet.

Ein Konflikt der Speicherarbeiter ist in Göteborg ausgebrochen, mehrere Unterabteilungen sind mit den Firmen geschlossen worden. Bis jetzt ist noch immer kein endgültiges Resultat erzielt, doch der Sieg der Arbeiter steht in Aussicht.

Der Maschinen- und Feilz-Fachverein in Stockholm hat im letzten Vierteljahre zwei bedeutende Lohnbewegungen durchgeführt. Bei den Elektricitätsbetreibern betragen diese 5 Kr. monatlich. Der reguläre Lohn beträgt jetzt 120 Kr. monatlich. Weiter haben die Refektoriearbeiter eine Lohnzulage von fünf Öre pro Stunde errungen. In Sundberg haben die Maschinen- und Feilz eine Lohnbewegung von 10 Kr. pro Monat erhalten, der Lohn ist demzufolge von 110 auf 120 Kr. pro Monat gestiegen. In Kranbetriebsfällen wird halber Lohn, freier Arzt und Arznei für zwei Monate geliefert.

Die Abteilungen der Rutscher und Postkellner in Gelsingborg liegen auch mit den Arbeitgebern in Unterhandlung. Erst war die Situation kritisch, indem nämlich die Arbeitgeber angingen, die Verbandsmitglieder auf die Straße zu werfen, hiergegen wurde sofort kräftig eingeschritten, und die Leute wurden wieder eingestellt. Ebenso sind Unterabteilungen im Gange bei der Magasin- und Speicherarbeiter-Abteilung zwecks Festsetzung eines neuen Lohns.

Wir können mit unseren Erfolgen zufrieden sein und werden auch in Zukunft versuchen, die wirtschaftliche Lage der Mitglieber unserer Organisation zu verbessern.

St o c k h o l m.
Charles Lindley.
Vorstandender des „Svenska Transportarbetareförbundet“ (Verband schwedischer Transportarbeiter).

Aus unserem Beruf.

Feinzerpucker.

Das Göttinger Inzeratenblatt der Reinigungs-Institutenhaber kann es nicht unterlassen, für das neue Jahr eine Wetterprognose auf „drohende Wolken“ zu stellen. Der Wetterprophet ist Herr Kellborn oder Kalbrun in höchst eigener Person, er ist zu diesem Akt besonders disponent und geeignet, da er sogar die Fische küssen hört und das Gras wachsen sieht. Der gute Mann bedarf gar sehr der Abkennungen und deren Dosis, und deshalb macht er die Herren Unternehmer der Glasreinigungsbranche wie folgt gaulich:

„In erster Linie soll und muß der Unternehmer-Verband aber die Interessen der Allgemeinheit selbst wahren und als Kampfsorganisation gegen den An- und Uebergriffen von Oben und Unten zu dienen. Und hierin hat die Organisation, wie die zahlreichen Berichte lehren, im vergangenen Jahre getreulich gearbeitet. Doch stehen viel größere und ernstere Kämpfe im neuen Jahre bevor, denn überall, wohin man im deutschen Reiche blickt, drohen schwere Gewitterwolken. Die sozialdemokratischen Arbeiter unseres Gewerbes sind emsig bei der Arbeit, Streiks zu inszenieren.“

So sehen wir vornehmlich in Berlin seit Monaten die Hege bei der Arbeit und ist es beschlossene Sache, im Frühjahr, bei Eintritt der lebhaftesten Geschäftszeit in der Reichshauptstadt, in allen den Betrieben die Arbeit einzustellen, wo die sozialdemokratische Organisation der Betriebsarbeiter noch nicht anerkannt ist.

Wie in Berlin, so haben im Dezember in Dresden ebenfalls die Agitatoren eingestiegen, in der sächsischen Metropole einen Streik vorzubereiten. Und obgleich gerade in Dresden die Arbeiter eingesehnen haben, wie sehr sie sich in der sozialdemokratischen Bewegung getäuscht hatten und stets dort der Streik mit der vollen Niederlage der Gewerkschaft — den Schaden trugen jedoch allein die Streiken-

ben — endigte, so wird der Gimpelfang in Dresden doch wieder auf neue betrieben.

Und wie in diesen Städten, so drohen auch noch in vielen anderen Orten ähnliche Zwangsmaßnahmen auszubringen, deren Gründe von den sozialdemokratischen Verbänden gegebenenfalls einfach vom Baune gebrochen werden.

Es sind natürlich „drohende Wolken“, bestehend aus blauem Dunst einer kata morgana gleich, die Herr Kaltbrun da seinen alles glaubenden Lesern vorlegt. Der Herr läßt sich für sein Verhängnis auf Vorladung sein äußerlich begabten, und für eine gute Bezahlung muß er natürlich auch etwas leisten. Er scheint die größeren Gimpel einzufangen zu wollen.

Handelsarbeiter.

Berlin. Arbeitsnachweis. Bericht für das 4. Quartal 1905: Arbeitslos waren am Schlusse des 3. Quartals 1905 76 Kollegen im Laufe des 4. Quartals meldeten sich neu 1108

Arbeitslos waren nach Branchen	Gemeldete Stellen (für feil (u. Ausst.)	Bestellte Stellen (für feil (u. Ausst.)
Gausdienter, Packere	861 464	174 227
Kaufleute	298 878	44 177
Spezial- u. Lagerarb.	871 198	857 111
Weinlesearbeiter	8 12	10 7
Mineralwasserarbeiter	7 6	1 8
Leitergeräthbauer	21 14	24 2
Fensterreiniger	20 24	20 1
Laut- u. Arbeitsburschen	15 69	15 1
Backertinnen	5 8	1 1
	1108 1108	680 647
	1798	1001

Am Schlusse des 4. Quartals 1905 blieben arbeitslos 142 Kollegen.

Mitdorf. Provisorischer Arbeitsnachweis. Arbeitsnachweis. Bericht für das 4. Quartal 1905.

Arbeitslos waren nach Branchen	Gemeldete Stellen (für feil (u. Ausst.)	Bestellte Stellen (für feil (u. Ausst.)
Gausdienter,	2 1	1 2
Kaufleute	20 85	4 9
Arbeiter	28 16	26 20
	60 61	80 20
	81	87

Berlin. Gesamt-Überblick des Jahres 1904.

Arbeitslos waren nach Branchen	Gemeldete Stellen (für feil (u. Ausst.)	Bestellte Stellen (für feil (u. Ausst.)
Gausdienter, Packere	1688 2090	589 969
Kaufleute	1094 1250	90 585
Spezial- u. Lagerarb.	1219 786	1042 494
Weinlesearbeiter	75 112	83 56
Mineralwasserarbeiter	65 105	8 44
Leitergeräthbauer	85 88	82 15
Fensterreiniger	62 68	61 19
Laut- u. Arbeitsburschen	92 817	6 88
Backertinnen	10 6	1 5
	4860 4772	1867 2271
	9699	8770

Mitdorf. Gesamt-Überblick für die Zeit: Eröffnung 1. Mai bis 31. Dezember 1905.

Arbeitslos waren nach Branchen	Gemeldete Stellen (für feil (u. Ausst.)	Bestellte Stellen (für feil (u. Ausst.)
Gausdienter	5 10	2 2
Kaufleute	69 101	10 85
Arbeiter	69 87	79 21
	148 148	89 88
	287	100

Das sind achtunggebietende Zahlen, die den Aufschwung unserer Berliner Wirtschaft sehr anschaulich und beweiskräftig dartun. Freilich könnte noch Großes geteilt werden, wenn die Berliner Kollegen sich endlich zum Zusammenschluß in einer Organisation entschließen müßte. Inwiefern auch das muß kommen, denn die wirtschaftlichen Verhältnisse waren noch immer stärker als die kurzschäftigen Menschen.

Berlin. Den 25. Gausdientern und Packern der Firma Hermann Schubert, Galanterie, Spielwaren und Puppen engros, Alexanderstr. 110, wurde am Silvesterabend eine Massenkündigung beschied, nachdem dieselben in der Weihnachtszeit in jeder Art und Weise ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hatten. Die Überstunden bezahlte dieser Unternehmer nicht, wie in anderen derartigen Betrieben üblich, mit erhöhtem Zuschlag zu den Stundenlöhnen, sondern nach der Maßgabe des bestehenden Tages-Stundenlohnes; so erhält der größte Teil der Arbeiter 86 Pfennige für die „Überstunden“. Weil nun infolge dieser Bezahlung für die unter den Kollegen ein gewisser Mangel bemerkbar machte, hatte man denselben eine kleine „Ergänzung“ zugesichert, welche aber nicht gezahlt wurde. — Nachdem zwischen Weihnachten und Neujahr die Arbeit getan, griff der Unternehmer zu dem Mittel der Kündigung, um ein im Betriebe angeblich gefehlendes Wortkommis aufzufüllen. Doch scheint das selbe nur eine bloße Mutmaßung des Unternehmers zu sein. — Einem verheirateten Gausdienter mit einer fünfjährigen Familie zahlte dieser Unternehmer noch vor einiger Zeit 18 Mark Wochenlohn; nach wiederholtem Drängen und Vorstellungsverweigerung wurde derselbe den horrenden Lohn von 20 Mark.

Sollte unter diesen erbärmlichen Lohnverhältnissen eine unehrenhafte Forderung begangen worden sein, so trifft einzig und allein nur diesen Unternehmer die Verantwortung.

Die sämtlichen nunmehr Getändigten wählten eine Kommission, welche vorstellig wurde und den Bescheid erhielt: Ueber einzelne Kündigungen werden Entscheidungen getroffen werden.

Durch Eingelieferungen wurde ein Teil der Kündigungen zurückgezogen, nachdem der Unternehmer

von einer seitens unseres Verbandes einberufenen Versammlung erfahren hatte. Jahrelang hatte sich der Berliner Gausdienter um diesen Betrieb nicht gekümmert, nun, nachdem seitens unserer Organisation der erste Schritt getan war, hielt es dessen Vorstand für angebracht, extra hinterher einzugreifen. Was die Verhandlungen gebracht haben ist unbekannt, da einer gegenseitigen Verständigung ausgemichen wurde. Der seitens der Gewerkschaftskommission gegebenen Deklaration, unter der die Aufnahme in die Gewerkschaftskommission statgefunden hat, scheint der Vorstand des Vereins Berliner Hausdienter wenig Beachtung zu schenken. Wir nehmen davon für unsere Sammelmappe Notiz.

Berlin. Die Arbeiter der Firma Huhn, techn. Bureau, Prinzigstraße, haben durch ihre Eingabe die Wiedereinstellung eines Kollegen erzielt. Zwischen den Beteiligten und dem Meister kam es dadurch zu Differenzen, indem der Radfahrer zu Arbeiten herangezogen werden sollte, welche bis dahin von anderen Arbeitern geleistet wurden. Durch Verhandlungen eines Verbandsvertreters und einem Arbeiter mit der Geschäftsleitung wurde der Entlassene wieder eingestellt und erhielt derselbe für die geleistete Arbeit eine Extra-Ermäßigung. Betreff der Arbeitseinstellung wird den Arbeitern seitens des Meisters mehr Rechnung getragen werden. Bezahlung und Berechnung eines Minimal-Durchschnittslohnes wird später geregelt.

Für Ausdehnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe tritt eine Petition der „Gesellschaft für soziale Reform“ ein. Die Forderung an den Bundesrat als auch an den Reichstag gerichtet, fordert, die §§ 105 b Absatz 2 und 105 b der Reichsgewerbeordnung im Interesse der Sicherstellung einer wirtsch. Sonntagsruhe für die Geschäfte, Beihilfen und Arbeiter im Handelsgewerbe durch eine Bestimmung in folgenden Sinne zu ergänzen: „Im Handelsgewerbe dürfen Geschäfte, Beihilfen und Arbeiter an Sonn- und Festtagen in der Regel nicht beschäftigt werden.“ In den Kontoren soll ausnahmslos volle Sonntagsruhe herrschen. Für den Kleinhandel in offenen Verkaufsstellen sind Ausnahmen nur in soweit zulässig, als nachweislich notwendige Bedürfnisse der Konsumenten ihre Befriedigung auch an den Sonntagen dringend erfordern. Dem Ruheverlangen der Arbeitnehmer ist dabei in bestmöglicher Weise Rechnung zu tragen.

Die höchst zulässige Dauer der Beschäftigung in den offenen Verkaufsstellen darf keinesfalls zwei Stunden übersteigen und muß eine halbe Stunde vor dem Beginn des Hauptgottesdienstes beendigt sein. In jedem zweiten Sonntage ist den Geschäften, Beihilfen und Arbeitern in den offenen Verkaufsstellen eine völlige Ruhezeit von 98 Stunden zu gewähren.

Die Bestimmungen des § 41 a der Reichsgewerbeordnung über den Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen der Handelsgeschäfte, in Konsum- und anderen Vereinen an Sonn- und Festtagen sind entsprechend abzuändern.

In der Begründung der Petition wird u. a. ausgeführt, daß die bisherige gesetzliche Ordnung der Sonntagsruhe wider den Erwartungen des Gewerbes entsprechend dem Handlungsgehilfen das bestehende Mindestmaß feierlicher Erholung, einen vollen freien Nachmittag in der Woche sichere. — Ferner wird darauf hingewiesen, daß im Kleinhandel das Vorgehen der Warenhäuser und Konsumvereinsläden, sowie zahlreicher Spezialgeschäfte bewiesen habe, daß Geschäfte selbst mit starker Arbeiterkundschaft, die wochentags über wenig freie Zeit verfügt, bei völliger Sonntagsruhe sehr gut gedeihen können.

Der Kampf um die Unfallrente. Der Kollege Paul W. war zwei Jahre lang in dem Warenhaus von Jandorf als Hausdienter tätig gewesen. Am 9. Sept. 1903 verunglückte er beim Transport einer Tragetasche auf folgende Art: Er erhielt von dem Expedientenchef der Firma den Auftrag, eine mit Wirtschaftsgütern angefüllte circa 1 1/2 Zentner schwere Kiste von der vierten nach der zweiten Etage zu tragen. Da W. aber nur von sehr schwächlichem Körperbau war, so verweigerte er den Transport der Kiste, weil sie ihm zu schwer und zu unhandlich erschien. Hierüber geriet sein Vorgesetzter in großen Zorn und drohte unter Schelten und Welnern mit einer Meldung beim Prinzipal, wenn W. den „Fehl!“ nicht sofort ausführen würde. Als dieser aber wieder erklärte, daß ihm die Kiste zu schwer sei, rief der Expedient zwei andere Hausdienter herbei, die nun dem W. die Kiste auf den Rücken heben mußten. Dieser Last war W. jedoch nicht gewachsen; schon nach wenigen Schritten ließ er die Kiste fallen. Gleichzeitig fühlte er heftige Schmerzen in Brust und Rücken und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Zunächst wurde er mehrere Wochen von dem Dr. Arnold Freudenhal behandelt, der an dem Patienten zwar keine Verletzungen wahrnahm, jedoch ein nervöses Leiden feststellte, das in das Gebiet der Neurasthenie und Hysterie fiel. Da keine Besserung eintrat, so vermittelte Dr. A. den Patienten an einen Spezialarzt, und dieser, der bereits verstorbenen Dr. Brach, behandelte ihn über ein halbes Jahr lang, indem auch er Hysterio-Neurasthenie konstatierte.

Inzwischen hatte W. bei der Lager-Verfussgenossenschaft die Gewährung einer Unfallrente beantragt. Nach mehrmaligem Briefwechsel und langem Warten erhielt er endlich einen ablehnenden Bescheid mit der Motivierung, es liege hier kein Betriebsunfall im Sinne des Gesetzes vor. Ebenfalls ablehnend lautete auch die Entscheidung des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung. Es wurde auf Grund von Zeugenaussagen angenommen, daß W. die ihm aufgetragene Kiste gleich wieder losgelassen habe, noch ehe die Last derselben überhaupt eine Wirkung auf ihn auszuüben vermochte. Die gutachtliche Annahme des Arztes Dr. Freudenhal aber, daß das Nerveneiden des Klägers mit dem Unfall möglicherweise im Zusammenhang stehen könne, habe für die Wahrscheinlichkeit nicht genügend Raum.

Gegen dieses Urteil legte W. nun Rekurs ein und beantragte hauptsächlich, daß der eigentlich behandelnde Arzt Dr. Brach nicht antragsgemäß gutachtlich vernommen worden sei. Das Reichsversicherungsamt forderte darauf das verlangte Gutachten ein, und Dr. Brach befandete schriftlich, daß, wenn der Kläger auch schon früher an Nervosität gelitten habe, so sei doch zweifellos eine Ver-

schlimmerung des Leidens infolge jenes Unfalles eingetreten, er schätze den Kläger auf 50 pCt. erwerbsunfähig. Weiter konnte der Arzt die schriftliche Gutachten ebildlich nicht mehr bekräftigen, weil er vorher verstarb. Daraufhin holte das Reichsversicherungsamt ein Obergutachten von dem geheimen Medizinalrat Professor Dr. Goldscheider ein, der den Kläger vom 8. bis 8. Juli 1905 im städtischen Krankenhaus „Moabit“ beobachtete und untersuchte. Das Obergutachten bezeichnete den Kläger zwar auch als einen seiner ganzen Veranlagung nach für schwere Arbeiten ungeeigneten, schwächlichen und sehr nervösen Menschen, jedoch kam der Herr Professor zu dem Schluß, „daß erwerbsbeschränkende Unfallfolgen bei dem Kläger zurzeit nicht bestehen“. Die Erwerbsfähigkeit in der Zeit seit dem Unfall könne jetzt nicht mehr beurteilt werden. — Unter Anlehnung an dieses Obergutachten wies dann das Reichsversicherungsamt vor kurzem den Kläger mit seinen Ansprüchen endgültig ab.

Mehr wie zwei Jahre lang hat das Verfahren gedauert, miewohl einer der wenigen Vorzüge des Unfallversicherungsgesetzes das schnelle Verfahren sein soll. Durch nicht rechtzeitige Anhörung des behandelnden Arztes ist es dem Verletzten unmöglich gemacht, den Beweis zu erbringen, der in jedem Streitprozeß zu erbringen gewesen wäre. Bestände das Unfallversicherungsgezet nicht, so wäre die Firma Jandorf zum Ersatz des Schadens längst verurteilt. Das Unfallgezet nimmt dem Arbeiter oder seinem Erbschaften gegen den Unternehmer persönlich. Ueber die Beschäftigung der Hausdienter und Fahrer-Ausführer regt sich wieder einmal das Annoncenblatt der Konfektionsbranche auf. Es läßt folgende liebliche Zeile los:

Der Anruf der Neujahrsgratulationen seitens der Hausdienter ist noch immer im Schwunge. Zwar ist dieser Anruf durch die öffentliche Kritik schon etwas eingetriggt worden, jedoch ist er noch immer in solchem Maße vorhanden, daß auch jetzt wieder ein täglich Besuchen ausgegangen sind, die diese Unfälle entstehen lassen. Und mit Recht! Welcher Anruf liegt für die Lieferanten vor, den Hausdientern ihrer Kunden ein Geschenk zu machen. Besonders die Großisten und Vertreter auswärtiger Fabrikfirmen haben von den Hausdientern ihrer Abnehmer auch nicht die geringste Dienstleistung gehabt oder wenn solche stattgefunden haben, sind sie auch sofort durch ein gutes Trinkgeld belohnt worden. In den meisten Fällen kennt der Verkäufer die Hausdienter seiner Abnehmer gar nicht. Besonders die Agenten, die nur mit Großisten arbeiten, bekommen das ganze Jahr die Herren Hausdienter nicht zu sehen, ausgenommen an den ersten Tagen des neuen Jahres! Da ziehen der aber sogar die Hausdienter auf Grund einer Lieferantenliste, die ein gefälliger junger Mann ihnen jetzt oder schon früher verfaßt hat, von Haus zu Haus, und brandstiftet die Agenten mitunter sogar in dreifacher Weise, um den Neujahrs-Obolus zu erschaffen. Sehr oft kommt es vor, daß sie selbst zu solchen Erleichterungen gehen, die vielleicht schon lange nicht mehr mit der Firma des Hausdienters arbeiten; jedoch von dem „Neujahrs-Glückwunsch“ werden sie nicht verschont. Wird der Agent nicht angetroffen, dann wird er bei seinem ersten Offizier-Besuch im neuen Jahre in den Geschäftsräumen „abgelauert“! Und es gibt noch immer Angestellte, selbst in leitenden Stellungen, die dieses Vorgehen der Hausdienter begünstigen und letztere selbst auf die Anwesenheit der betreffenden Agenten aufmerksam machen!

Auch eine andere Spiegel von Menschen zeigt sich an den ersten Tagen des neuen Jahres in einem ganz andern Lichte als sonst im Jahre — das sind die Herren Fahrer-Ausführer! Sonst oft „abwesend“, sind sie in diesen Tagen sofort zur Stelle, sonst meist recht langsam, und mürren ihre Beschäftigung ausübend sind sie plötzlich sehr schnell und überaus freundlich. Und mit hübscher Manier, die diesen Herren oft nicht eigen ist, gratulieren sie zum neuen Jahre, und wehe demjenigen, der nicht seinen Obolus abliefert; er kann darauf rechnen, daß er späterhin im Jahre sehr selten den Fahrer-Ausführer antreffen findet!

Der Anruf der Neujahrs-Gratulationen seitens der Hausdienter muß beschränkt werden, meist wird es hinter dem Rücken und gegen den Willen der betreffenden Gese ausgeübt. Man verbiete den Hausdientern recht streng diesen Anruf, der in keinem angenehmen Geschäft gebildet werden darf!

Nun, die Ursachen dieses „Unfuges“ liegen ganz bei den Herrn Gese, den kaufmännischen Unternehmern. Würden diese ihren Hausdientern und Fahrer-Ausführern nicht gar so miserabel schlechte Löhne bezahlen, so brauchten jene sich nicht eine Ergänzung ihres Lohnes bei den Kunden zusammenzubekommen. Eine angenehme Beschäftigung sind solche Gratulationsgänge ganz sicherlich nicht. Man zähle den Hausdientern und Fahrer-Ausführern anständige, auskömmliche Löhne, dann braucht man die Gratulationsbesuche nicht mehr zu verbieten. Stepkler, wie wir nun einmal sind, glauben wir freilich nicht, daß die Herren Gese den Anruf der niedrigen Löhne eher abschaffen werden, bis ihnen die Organisation ihrer Arbeiter gründlich auf Ader tritt.

Flensburg. Der Wert einer Handelskammer für Arbeitnehmer. In so manchen Köpfen unserer Berufs-kollegen herrscht immer noch die Ansicht, wenn bei irgend einer von Staatsbehörden vorgenommenen Erhebung usw. eine Handelskammer um ein diesbezügliches Urteil ersucht wird, diese dann auch wirklich vorzuziehen ihre Meinung kund gibt und die Verhältnisse wirklich der Wahrheit entsprechend geschildert werden. Gar zu oft haben viele unserer Kollegen, insbesondere die Mitglieder unserer Organisation in ihrer Gesamtheit ja schon das Gegenteil obiger Ansicht, zu ihrem Nachteil, am eigenen Leibe erfahren, so daß man ruhig behaupten kann, das arbeiterfeindliche Verhalten und Gegenwirken dieser Arbeiterkorporationen, genannt Handelskammern ist schon genügend bekannt. Aber dennoch ist es immer von Interesse, wenn auch in dieser Sache ständig mehr Beweismaterial erbracht wird. So erschien kürzlich der vorläufige Bericht der Flensburger Handelskammer und geht die dazu gegebene Einleitung auch auf die Arbeiterverhältnisse ein, mit solchen wenigstens. Es erfolgt aber kein Wort über Lohn-, Arbeits-, Ernährungs- oder Wohnungsverhältnisse der Arbeiter Flensburgs, sondern die Arbeiterverhältnisse werden wie folgt „gestreift“:

Die beste Schutzwehr gegen vom Baum gebrochene Streiks und unredliche Forderungen der Arbeiter bildet die Festigkeit der Arbeitgeber. Dies hat auch wieder der große Streik der Werftarbeiter gezeigt, der, in die wirtschaftlichen Verhältnisse tiefer eingegriffen, für die Streikenden erfolglos war, und daß die Herren Arbeitgeber sich dem zu schaffenden Provinzialarbeiterverband anschließen würden.

Anstatt, daß die Handelskammer dafür eintreten und sorgen sollte, daß bei Hensburger Handelsfirmen die klare Bestimmung der Gesetze aufreht und innegehalten wird, leuchtet aus ihren Berichten die hohe Verfehlung über den mangelhaften Kampf einer Arbeitergruppe, die wahrlich der Unterstützung jedes rechtlich denkenden Menschen bedarf! Im Schlußsatz obiger Einleitung heißt es dann noch:

„Möchte die für das Gedeihen beider Faktoren, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, ersprißliche Auffassung, daß ihre Interessen sich gegenseitig ergänzen und fördern, in immer weitere Kreise Eingang finden.“

Eine nette Darniederlegung, vor der sich unsere Berufscollegen schämen könnten, wenn sie aus diesen wenigen Zeilen zu klar herauslesen, was „Kinder die Herren der Hensburger Handelskammer“ sind.

Für die Arbeiterschaft gibt es heute nur eine Notwendigkeit, und das ist, sich eine feste, kampferprobte Organisation zu schaffen, wo eine solche vorhanden, da wird dem Unternehmertum nicht nur ein Mehr an Lohn, sondern auch an Menschenachtung abgerungen!

Frankfurt a. M. Ein Muster-Institut ist die hier am Orte wohlbestandene „Elitenbestellung, Bllg.“. In Bezug auf Ausbeutung ihrer Angestellten leisten sich die Inhaber der Firma ganz außerordentliches. In einer im Geschäftslocal aufgehängten Arbeitsordnung heißt es: Der Dienst beginnt morgens um 7 und endet abends um 7 bezw. 9 Uhr. Die Mittagspause ist von 12-1 und von 1-2 Uhr festgesetzt. Frühstück oder Vesperpausen kennt man nicht.

Wer von den Angestellten morgens fünf Minuten zu spät kommt, wird mit einer Strafe von 10 Pf. belegt. Man sollte nun annehmen, daß auch abends der Dienstsitz pünktlich innegehalten wird, dieses ist aber durchaus nicht der Fall. Bei der Bezahlung von wöchentlich 18 Mt. müssen die Boten von 7 Uhr früh bis abends 10 und 11 Uhr in Wind und Wetter auf der Straße liegen, ohne eine Extravergütung zu bekommen. Die Lohnzahlung erfolgt Sonntags Mittag. Wer aber glaubt, jetzt endlich die paar Pfennige für seine anstrengende Tätigkeit empfangen zu können, der ertzt sich ganz gewaltig. Fürs Wort, sage und schreibe fünf Mark bekommen die Boten bingeligt und dann heißt es ganz einfach wegen Verrechnung kann nicht mehr gezahlt werden. Den fauer verdienten Rest bekommen die Kollegen gewöhnlich mit einer Wut erst am folgenden Donnerstag oder Freitag. Ein Fall, der die Arbeiterfreundlichkeit der Inhaber dieses Instituts kennzeichnet und der vielleicht geeignet ist, die dort beschäftigten Kollegen ein wenig zum Nachdenken anzuregen, ist folgender: Ein Kollege hatte an zwei Tagen hintereinander von morgens 7 bis abends 11 Uhr gearbeitet. Nun sollte er am dritten Abend um 9/9 Uhr mit einem Stokkarren von der Landgrafenstraße in Vockenheim nach der Offenbachstraße einen Schließkorb befördern, eine Arbeit, die mindestens zwei Stunden in Anspruch nimmt. Unser Kollege machte darauf aufmerksam, daß er in den Tagen vorher weit über die Zeit hinaus angestrengt tätig war und daß er infolgedessen stark übermüdet sei. Da kam nun aber der Kollege schon an. Wie kann man als Arbeiter sich erdreiften, auch noch Zeit zu beantragen, um seine müden Knochen ein wenig auszuweichen. So etwas kommt wohl einem Pferd oder Hund zu, aber ein gewöhnlicher Ausläufer muß in Frankfurt a. M. bei 18 Mt. Wochenlohn schuften, bis er eben nicht mehr kann. Wahrscheinlich vermutete man in unsern Kollegen so einen ungründlichen fürchtbaren Sozialdemokraten und er wurde sofort entlassen. Daß in diesem Betriebe ganz außerordentliche Mißstände vorhanden sind, beweist ferner die Tatsache, daß es dort wie in einem Taubenschlag zugeht. Nur in der allergrößten Not nehmen die meisten Kollegen diese elenden Arbeitsbedingungen an, um nach ganz kurzer Zeit schon wieder ihre Wege zu gehen. Wie leichtwärtig nun hier einmal mit den Inhabern ein kräftiges Wort zu reden, wenn nur die Kollegen ernstlich überlegen würden, wo sie sich hinwenden haben, damit geordnete Zustände geschaffen werden können.

Was uns in verschiedenen anderen Betrieben möglich gewesen ist, können wir auch hier erreichen, wenn die Kollegen ohne Ausnahme Mitglieder ihrer Organisation werden, wenn sie sich aufnehmen lassen in den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Hamburg folgende Vereinbarungen, die ab 16. Januar 1906 in Kraft treten sollen:

Vereinbarung.
Der unterzeichnete Verlag trifft bezüglich der bei diesem beschäftigten Boten mit dem Central-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Hamburg folgende Vereinbarungen, die ab 16. Januar 1906 in Kraft treten sollen:

1. Für jedes abgegebene Exemplar der „Hamburger Hausfrau“, sowie des Schnittmusterbogens wird 1-1/2 Pf. vergütet, für Verlagswerte mit höherem Abonnementspreis 2 Pf.
2. Mit Ausnahme der inneren Stadt und St. Georg erhält jeder Bote an Geschäftsfälle eine Fahrgehaltentschädigung von 10 bezw. 16 Pf. pro Tour je nach dem Tarif der Straßenbahn.
3. Für Ausläufe hafter der Verlag nicht.
4. Jegl. einer Nummer ein Inserat-Prospelt bei, so wird vergütet

für 1/1 Blatt 75 Pf. pro Tausend

2 1 Mt.

4 und darüber 1,25 Mt. pro Tausend.

- Eigene Prospekte des Verlages unterliegen nicht dieser Bestimmung.
- Bei verspäteter Ausgabe des Materials ist zu zahlen für jede Verpätung über eine Stunde pro Boten und Stunde 50 Pf. bezw. der entsprechende Bruchteil, (also ab 10 Uhr). Die Vergütung hört auf mit dem Beginn der Ausgabe der Hefen.
- Die Einleitung der Boten-Touren regelt der Verlag. Im Prinzip soll die Arbeitszeit 6 Tage pro Woche betragen.
- Beschäftigung von Kindern findet nicht statt.
- Der 1. Mal wird auf Wunsch freigegeben.
- Rändigung findet nicht statt. Jede plötzliche Veränderung hat der Bote aber sofort zu melden.
- Kurze Entfernungen führen nicht immer zur Entlastung.
- Alle aus diesem Tarif entstehenden evtl. Differenzen werden zwischen dem Verlagsschließenden geregelt.
- Diese Vereinbarungen gelten auf die Dauer von zwei Jahren. Findet drei Monate vor Ablauf dieser Zeitbaur eine Rändigung von seiner Seite statt, so bleiben diese immer für ein weiteres Jahr in Kraft.

Hamburg, den 9. Januar 1906.

Für den Verband: Deutsches Druck- und Verlagshaus
Wilhelm Wagner G. m. b. H. Zweigniederlassung
Hamburg.
J. A. Reschte.

Sind auch nicht alle Wünsche unserer Kollegen in Erfüllung gegangen, so sind doch die jetzt geschaffenen Verhältnisse zufriedenstellend. Die Löhne betragen bis zu 84 Mt. pro Woche bei fünf Arbeitstagen.

Gegen vollständigen Sonntagsruhe durch Reichs-
gesetz hat sich die Handelskammer zu Hamburg a. G. mit folgender Begründung ausgesprochen:

Die meisten Großbetriebe, welche die Sonntagsarbeit entbehren können, haben bereits aus freien Stücken die vollständige Sonntagsruhe für ihre Angestellten eingeführt, und auch in den übrigen Großbetrieben wird die Sonntagsarbeit regelmäßig auf Erledigung der Eilfällen beschränkt, ist also nur eine geringfügige. Soweit die Großbetriebe in Frage kommen, liegt mitbin ein Bedürfnis für Einführung der vollständigen Sonntagsruhe nicht vor. Außerdem würde dieselbe aber auch wesentliche wirtschaftliche Nachteile im Gefolge haben. Denn in einer ganzen Anzahl von Großbetrieben z. B. Banken, Hüttereien, Fabriken usw., ist eine Durchsicht der an Sonn- und Feiertagen eingehenden Korrespondenz und eine sofortige Erledigung einzelner eiliger Sachen unbedingt notwendig und kann ohne Schädigung wesentlicher Interessen nicht ausgeführt werden. Auch für die offenen Verkaufsstellen ist eine beschränkte Sonntagsarbeit notwendig, da namentlich in Rücksicht auf den in Hamburg durchgeführten Achtstundentag den in den Fabriksbetrieben beschäftigten Arbeitern und Angestellten an den Werktagen nicht genügend Zeit bleibt, alle ihre Bedürfnisse einzukaufen. Die Kammer erachtet es deshalb als ihre Pflicht, sich gegen die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe auszusprechen. — Hier muß also der Achtstundentag zur Bekämpfung der Sonntagsruhe herhalten.

Die Herren Handelskammer-Räte sind eben überall von gleich rückständigem Kaliber.

Riel. Hausdienereuten im Warenhaus Jacobson ... und den Menschen ein Wohlgefallen, also dachte auch die Geschäftsleitung des Warenhauses W. Jacobson, als die Weihnachtsgeschäfte beendet und der Profit gebucht war und deshalb zehn Hausdiener zum Jahreslohn gekündigt wurde. Als Entlassungsgrund wurde „selbstständiger Arbeitsmangel“ angeführt, trotzdem noch im Herbst „hoher“ Stelle erklärt war, wegen Geschäftslage nach Weihnachten werden keine Entlassungen erfolgen, da nach kurzen Wochentagen die Osterferien wieder eintreffe und dann alle eingearbeiteten Kräfte nötig wären. Auch sonst gibt es noch dergleichen zu erinnern. Eines schönen Tages war ein Gegenstand verschwunden, den „natürlich“ nur ein Hausdiener mitgenommen haben konnte. Ein „Kriminalbeamter des Geschäftes“ (ein Hausdiener genannt Lagerist) wurde mit der Untersuchung des Falles betraut, dieser arrangierte Hausknechte und das Ergebnis war — Null! Die Begleitumstände dieser Hausknechte sind einfach unermesslich. Der Herr „Kriminalist“ nahm den Verdächtigen mit zu dessen Wohnung, ließ ihn einsteilen draußen und die Aktion begann mit den Worten zu der Frau des „Mittäteres“: „Na, sagen Sie nur, wo die Sachen sind, Ihr Mann hat schon gefunden!“ Zweifellos macht diese Handhabung derartiger Angelegenheiten alle behördlichen Organe und Kriminalisten vom Fach überflüssig und wäre es nur nötig, bedeutend größere Gefängnisse zu bauen, eine „Unteruchung“ Jacobson'scher Kriminalbeamter und die Befestigung des ungeordneten Königs von Riel werden genügen, derartige Bauten schleunigt zu füllen. — Zwecks engerer Betätigung des Geschäftesinteresses wird den Angestellten beim Arbeitsantritt in Aussicht gestellt, nach fünfjähriger treuer Arbeit einen gewissen Prozentsatz des Jahresverdienstes gleichsam als Vergütung auf der Sparkasse zu belegen, jedenfalls, wenn stützte durchgeführt, ein beachtenswertes Verfahren. Aber auch hierbei sind Wille und Tat aufeinander zu wirken! Reicht das fünfte Jahr seinem Ende zu, dann ist an dem betreffenden Sparkasten Aspiranten mit einem Male soviel auszufallen, dann ist er, in letzter Zeit so träge und ein solch arger Faulenzer geworden, daß ihn der hohe Chef nicht mehr vor Augen sehen mag und deshalb schleunigt „raus“ muß. Anschließend ist es für die große Firma ersprißlicher als öffentlicher Wohlthäter für Arbeiterkinder genannt zu werden und vielleicht auch billiger, für diese eine Märchenvorstellung im Theater zu bezahlen als den Angestellten das für treue Arbeit gegebene Versprechen zu halten.

Leipzig. Recht traurige Zustände herrschen bei der Firma Kleinlein & Co. nicht nur in Bezug der Arbeitsweise und Entlohnung, sondern auch in der Behandlung. Aus-

brüche, die in das Reich der Zoologie gehören, sind in diesem Betriebe täglich anzutreffen.

Ganz besonders war dieser brutalen Behandlungsweise der Bader 2. ausgelegt. Selbst ein Verfall von 17 Jahren der die Geschlechts noch nachschleppt, bediente sich den verheirateten Arbeitern gegenüber Ausdrücke wie „Schafkopff“, auch suchte der Lagerist Schneider seine wechselseitigen Launen an den Bader auszuüben. Als nun ein Kollege den Mut fand, sich gegen diese Schikanierung zu wenden und eine solche Behandlung sich verbot, da wurde sofort dem „hohen Chef“ Meldung erstattet, der nun nichts eiliger tun konnte, als den Kollegen, welcher sieben Jahre lang seine volle Pflicht erfüllt hatte, wegen „nervöser Aufregtheit“ kündigunglos zu entlassen.

Man sollte nun meinen, daß solch noble Firma sich wenigstens soviel Geseßkenntnis angeeignet hätte, um zu wissen, daß der entlassene Bader für entgangenen Verdienst auch entlohnt werden mußte. Auf gütlichem Wege war nun freilich mit diesem Ausbeuter nichts auszurichten, weshalb der entlassene Kollege auf unser Anraten Klage beim Gewerbegericht einreichte.

Bei der darauf stattgefundenen Verhandlung wurden vom Unternehmer alle möglichen Gründe ins Feld geführt, um sich aus der Schlinge zu ziehen. Den Kollegen bezogelte er als Aufwiegler, der seine Mitarbeiter zu veranlassen gesucht habe, nicht bis in die späte Nacht hinein für eine Flasche Bier und einige Zigaretten zu arbeiten.

Der aufgeführte Vortrag war aber erfolglos, indem das Gericht den Unternehmer zur Zahlung von 82,60 Mt. desfalls verurteilte, weil eine 14tägige Rändigungsfrist bestand und nebenbei noch vereinbart war, daß die Rändigung nur Sonnabends ausgeprochen werden konnte.

Darmstadt. Die Befestigung des Post- und Logiswesens beim Arbeitgeber wird von seinen Gewerkschaften, deren Angehörige hauptsächlich noch darunter zu leiden haben, als eine der vornehmsten Aufgaben betrachtet. Die Mißstände, die in dieser Beziehung vielfach noch bestehen, kommen aber, da die davon Betroffenen meist noch recht treue Lämmler ihrer Vorgesetzten sind, auch meist von der notwendigen Solidarität mit ihren Arbeitskollegen und Kollegen nichts wissen wollen, weil sie die dadurch bedingte Abhängigkeit und Erbärmlichkeit ihrer Lage noch nicht erkannt haben, nur in den seltensten Fällen an den Tag. Trotz eines staatlich angestellten Wohnungsinspektors und der polizeilichen Kontrolle, die ab und zu nach öffentlichen Bekanntmachungen stattfinden, wird das Gesetz selbst in unserer Residenz von Arbeitgebern übertreten und nicht im geringsten beachtet, daß es unbedingt notwendig erscheint, einen solchen Fall einmal öffentlich zu besprechen. Die in besser situierten Kreisen rühmlichst bekannte Gesellig- und Wildpret-Garlung von Götting in der Schlußstraße beschäftigt eine Anzahl Arbeiter, die Post und Logis beim Arbeitgeber haben. Die Schlafräume befinden sich im Entresol über der Treppe. Die Räume werden durch eine frei vom Hof emporsteigende Treppe erreicht, die einer Stiege zu einem Fühnerhaufe sehr ähnelt. Das eine dieser Schlafzimmer besitzt eine Länge von 4 Meter, die Breite 2,80 Meter und die Höhe 2,20 Meter. Das zweite Zimmer ist einen halben Meter länger. In dem kleinen Raum befinden sich zwei Betten, in denen 8 Mann schlafen, in dem größeren 8 Betten mit 4 Schlafplätzen. Es ist auch schon dagewesen, daß in den 8 Betten 8 Leute schlafen mußten. Nach Artikel 8 des Wohnungsgesetzes sollen mindestens 10 Kubikmeter Luftraum auf eine Person entfallen. Wo diese bei solchen Mägen herkommen sollen, ist uns unerfindlich. Selbst für Herbergen und Logishäuser sind 14 Kubikmeter Luftraum für eine Person vorgeschrieben und darf nur ein Mann in einem Bette schlafen. Es ist zu verwundern, daß solche Zustände in einem großen Geschäftshause inmitten der Stadt solange ungeändert bestehen konnten. Öffentlich geben diese Zellen Veranlassung zu einer Befestigung derselben.

Stuttgart. Der unerlässlichen Agitation, der Erfolge die unsere Kollegen die Organisation an den verschiedensten Orten erreicht haben und nicht zuletzt dem wahren Sinnigen Steigen aller Lebensmittelpreise ist es zuzuschreiben, daß die hiesigen Handelskassierarbeiter zur Erkenntnis gekommen sind. Gewiß bedarf es noch großer Opfer und anhaltender Arbeit, um die Kollegen in ihrer Mehrzahl dem Verbanne zuzuführen. Diese Arbeit ist umso schwerer, als ein großer Teil gar nicht weiß, wie schlecht er daran ist. Gibt es doch viele Kollegen, die einen Wochenlohn von 20-21 Mt., eine anständige Bezahlung nennen und wenn für sie noch einige Pfennige Trinkgeld abfallen, so rechnen sie sich zu den gut bezahlten Arbeitern, für die die Organisation überflüssig ist. Aber Kollegen, wie verändert sich das Bild, wenn der Metzgerin fällt, was macht ihr ihr Gesicht, wenn die Frau am Mittwoch erkrankt, „heißt habe ich keine Zeit mehr und soll doch jeden Tag das Essen auf den Tisch stellen“. Wie schwer geht es, wenn ein Familienglied ein paar neue Schuhe braucht oder sonst ein Kleingeldstück. Da heißt es dann, „diese Woche oder diesen Monat muß ich sparen“, wenn der Monat um ist, dann braucht man wieder etwas anderes und das Sparen, (auf gut deutsch das Hungerleiden) nimmt seinen gewöhnlichen Fortgang. Noch eins, wenn ich gerade vom Sparen spreche, an was wird denn eigentlich gespart, etwa daß man auf einen schönen Anzug verzichtet, oder die Frau sich nochmals mit ihrem alten Hut begnügt, oder mal in solch trübseliger Zeit den Theatern und Konzerte fernbleibt usw. Klein Kollegen, solch schmerzliche Dinge existieren für einen mit 20 Mt. entlohnenden Arbeiter nicht. Das Sparen geschieht auf Kosten Eurer Gesundheit. Durch Entlagen einer nähernden Kost, an deren Stelle minderwertiger Surrogate treten. Überlegt einmal, ob es nicht stimmt. Aber all' dieses kann anders werden, wenn ihr Euch auf die Macht besinnt, die in der Einnahme liegt. Sehr viel gutes hat die Organisation schon geschaffen. Hunderttausende von Mark hat sie den Unternehmern abgetrotzt, in Duzenden Fällen hat sie die Arbeitszeit auf ein erträgliches Maß reduziert, welches die vielen Tarifverträge und sonstige Ermäßigungen zu Gunsten der Kollegen schlagen bemessen.

Das Interesse, welches die Stuttgarter Kollegen am Ende des alten und zu Anfang des neuen Jahres an der Organisation befanden, läßt die Hoffnung aufleben, daß es auch hier der Besserung zugeht und der Samen, der

seit Jahren ausgestreut ist, endlich Früchte tragen wird. Die vielen Geschäftsversammlungen aller Branchen, welche in der letzten Zeit stattgefunden haben, der außerordentlich starke Besuch derselben, der Geist, der in ihnen walte, spricht dafür, daß die Kollegen aus ihrem Dornröschenschlaf zu erwachen beginnen, um sich zu sammeln.

An alle Kollegen, die in Buchhandlungen und Warenhäusern tätig sind, ergeht ganz besonders die Aufforderung: „Schließt Euch Mann für Mann der Organisation an, arbeitet unablässig an der Gewinnung neuer Mitglieder, sehe jeder seinen Stolz darin, Mitglied seiner Organisation zu sein, welche nur allein imstande ist, bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.“

Württemberg. 7 Uhr Schluß der Post an den Postanstalten. Das R. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Verkehrsabteilung, hat verfügt, daß vom 1. Februar 1908 an bei sämtlichen Postanstalten in Stuttgart und Ulm die Postschalter um 7 Uhr abends geschlossen werden.

Damit hat unsere Agitation wieder einen profitlichen Erfolg zu verzeichnen.

Strassenbahner.

Kiel. Der Kieler Straßenbahn-Direktion zur Nachahmung empfohlen. Bekanntlich fährten die völlig unorganisierten, nur vom Solidaritätsgefühl erfüllten hiesigen Straßenbahner vor kurzer Zeit einen Verweigerungskampf um eine etwas bessere Behandlung und Entlohnung und ebenso wohl jetzt, daß das eintrat, was erfolgen mußte, daß die Kieler Straßenbahner jämmerlich unterlagen. Einzelne, welche sich nicht an die Organisation angeschlossen hatten, wurden als Verräter angesehen. Ein solches Verhalten ist nicht nur dem geringsten Verdacht treuen kann. Nicht so denken andere Kreise! Wir bitten aber gütigst unsere Leser, bei den nachfolgenden Zeilen völlig ernsthaft zu bleiben.

Außer mehreren hiesigen Streikbrechern hatte die Direktion auch sechs aktive Straßenbahner aus Braunschweig erhalten, die von ihrem Direktor Ribbentrop zu diesem „ehrenvollen“ Dienst „kommandiert“, den hiesigen Streikenden für 16 Silberlinge pro Tag den Standpunkt klarmachen. Außer dem klingenden Lohn haben diese Braunschweiger sechs nun noch ein Denkmal erhalten, das ihre Tat bis in die fernste Zukunft „leuchten“ lassen wird. Herr Direktor Ribbentrop hat diese „Getreuen“ wie folgt „geehrt“:

Ehrentafel.

Namen derjenigen Maiorwagenführer, die schloß und mußte, unter Einföhrung ihrer Person, der von der Sozialdemokratischen tyrannisierten Straßenbahn zu Kiel erfolgreich beizutragen. Nicht allein auf dem Schlachtfeld kämpft ein braver Deutscher für sein Vaterland!

Braunschweig, den 23. Debr. 1905.

H. Senf. L. G. Jörn. A. Kneiß.

F. A. Wätern L. G. Wätern II. D. Ziege.

Zweifelloß hat dieser fündige Straßenbahndirektor nunmehr das Mittel gefunden, in Zukunft die unbedingten Forderungen der Proletariat in der Straßenbahnform völlig wirkungslos zu machen, denn „Silberlinge“ und „Ehrentafeln“ werden gegebenenfalls fälschlich „Elemente“ heranziehen, daß bald in jeder Stadt, wo Straßenbahnen verkehren, eine ganze Siegesallee derartiger Denkmäler entstehen dürfte. Zu befürchten wäre nur, daß eines Tages derartige „Nicht nur auf dem Schlachtfeld kämpfte brave Deutsche“ auch streikten und zwar wegen Entlohnung der besten Ehrentafel! Aber, was Herr Ribbentrop in Braunschweig vermag, wird auch Herr Alsterling in Kiel können, und so soll der Zweck dieser Zeilen sein, letzteren Herrn darauf hinzuweisen, daß auch bei der ihm unterstellten Straßenbahn noch bloße Angestellte von der Kategorie der „braven Deutschen“ unterdrückt und ungeduldet herumlaufen, denn die 40 oder 80 Mt. Lohnnachgratifikation, die die „Lieben“ erhalten haben sollen, kann man ja seinem Ansehen, eine „Ehrentafel“ zu „Ribbentrop“ ist das Gegenstück und an der Gleichzeitigkeit der „Ehrentafel“ am Bahnhof — will sagen, der Schaffner-Wartehalle — angebracht, so kommt alles zur schönsten Geltung! — Im übrigen dürfte den Kollegen Straßenbahner allerorts empfohlen werden, den „Braunschweiger Sechß“ in geeigneter Form die Achtung des klassenbewußten Proletariats darzubringen!

Die Leipziger Straßenbahnen, und zwar die „Große“ so gut wie die „Kleine“, standen kürzlich bei den Stadtverordneten am Pranger. Schlechtes Fahrmaterial, ungenügende Verkehrsbequemlichkeit, Verstandnislosigkeit gegen auch nur probeweise Einführung von Neuerungen im Straßenbahnwesen und andere schöne Dinge wurden ihnen vererbt, daß das Gesamtmaterial mit Recht dahin ging, daß die einst vorbildlichen Leipziger elektrischen Straßenbahnen sich zu „Verkehrs“-Institutionen entwickelt haben, die einer Großstadt unwürdig sind. Insbesondere hätten die Leiter der „Kleinen“ alle Ursache, in sich zu gehen; denn dieser Straßenbahn wurde gestern Abend direkt das Zeugnis ausgestellt, daß sie täglich einige Stunden lang eher die Begegnung eines Verkehrsbedürfnisses denn die einer großstädtischen Verkehrsrichtung verleihe. Dabei kennen die verehrlichen Straßenbahndirektionen, die nach wie vor beschreiben dem Publikum eine Erhöhung des Straßenbahnverkehrs zuzumuten, die Mängel ihrer Betriebe sehr wohl; auch durch den Rat der Stadt sind sie längst festgesetzt, ihm aber fehlt die mündigste Nachkommenschaft, ein anderes Negativ im Straßenbahnwesen zu diktiert, in so hohem Grade, daß gestern Abend sogar der Vorsitzende der Ratspartei-Fraktion ganz erlaubt diese Mängel des Stadtrats den Straßenbahnen gegenüber konstatierte und ganz richtig heraus die Folge ableitete, daß unter dem bestehenden Zustande der Auf nach Verbesserung der Straßenbahnen in die eigene Regie der Stadt immer stärker werden müsse. Es wird jedenfalls schon etwas heißen, wenn schon einer der bedeutendsten Vertreter des Großkapitals im Leipziger Stadtverordnetenrat die herrschen-

den Mängel so fälschlich empfindet, daß er lediglich noch in der Vermittlung der von den Sozialdemokraten von Anfang an vertretenen Forderung nach Verstaatlichung der Straßenbahnen ein wirksames Abhilfsmittel erblickt.

Hofen. Am 3. Januar fand eine Versammlung der Straßenbahner statt, in welcher ein Kollege über die letzten großen Ausperrungen referierte.

Rebner ermahnte die Kollegen, die Augen offen zu halten und aus den letzten Ausperrungen die Lehre zu ziehen, sich selber als je zusammenzuschließen, um den immer härter werdenden Arbeitgeberorganisationen die Spitze bieten zu können.

An der darauf folgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, und wurde insbesondere die gründliche Entlassung des Kollegen Fradomat kritisiert. Dieser Kollege, der 4½ Jahre seinen Dienst in jeder Hinsicht gut versehen hat, wurde am 14. Dezember unter Verletzung der Kündigungsfrist entlassen. Auf seine Anfrage beim Direktor Fischer, weshalb er entlassen sei, da er sich nicht hätte zu schämen lassen, wurde ihm geantwortet: „Ich habe nicht nötig, oder keine Veranlassung, Ihnen das zu sagen.“ Versuche des Kollegen Fr. beim Aufsichtsrat den Grund seiner Entlassung zu erfahren, scheiterten, weil keiner vorhanden war, sondern nur Maßregelung wegen Verbandsangehörigkeit vorlag. Nun hat der Direktor vor mehreren Tagen in der Versammlung gesprochen:

„Koalitionsfreiheit ist gesetzlich gewährleistet, und jetzt wirft man einen Menschen auf die Straße, der von diesem Rechte Gebrauch macht. Hält man so sein Wort, Herr Direktor Fischer? Oder stehen Sie auf dem Standpunkte, daß Sie ein den Arbeitern gegebenes Wort nicht zu halten brauchen, oder hat der Mann etwas anderes verdient? Um Antwort nicht zu geben! Darum hat man den Kollegen Fradomat nicht bei dem Aufsichtsrat beantragte Vernehmung bewilligt, weil man nicht zugeben will, daß man das Koalitionsrecht mit Füßen tritt. Daß Kollege Fr. nur durch die Klatschereien einiger Gewinnungskumpen gefallen ist, liegt klar auf der Hand, nun muß man sich aber diese Judas und Verräter näher ansehen, und wenn man die Eigenschaften dieser selben resp. Arbeiterverräter in Betracht zieht, so müßte man eigentlich ein gelindes Mitleid mit der Direktion fühlen, daß sie solche Naturen zu ihren Getreuen zählt. Alkoholiker, skurriler Charakter, abends sinnlos betrunken nach Hause wandelnd, sogar im Dienst angefaßt, sind es. Ferner hat ein gewisser Freidolm im Uebereifer oder wegen Dienstankstrennung den Straßenbahnmagen beschleunigt, einem andern könnte man sagen: Die Kasse läßt das Maßen nicht.“

Auch die Behandlung der Angestellten durch die sogenannten Vorgesetzten ist eine derartige, daß die Grenze erreicht ist, und wird demnach das ganze Material der Zustände bei der Straßenbahn dem Posener Publikum unterbreitet werden.

Überdies kann man auch von einem Fall guten Einvernehmens zwischen Kontrollleur und Schaffner berichten, welcher letzterer die abgetragenen Sitze von erstem kauft, böse Jungen behaupten, der Schaffner sei ergebnislos und will Kontrollleur werden und denkt, wenn er bei Zeiten in die Sitze des Kontrollleures tritt, wenn sie auch noch so groß sind, so kommt er schneller zum Ziel. Zur Nachahmung empfohlen.

Die Feuerungszulage von 10 Mt. ist natürlich abgelehnt worden. Die Gehälter bei der Straßenbahn, abgesehen von den horrenden Strafen, sind ja derart, daß die Angestellten mit den armen Millionären, die ja nur einige Prozent Drobenden beziehen, vollständig konkurrieren können und bestände ja auch die Gefahr, daß die Angestellten bei einer Zulage sich der Bitterkeit hingeben könnten, und dadurch würde ihre Gesundheit leiden, denn auf Raoler, Champagner und ähnliche Speisen und Getränke ist ein Proletariatsvermögen nicht gerichtet, es liegt also auch ein Stück Wohlwollen in der Ablehnung der Feuerungszulage. Daß in vielen Arbeitgeberkreisen eine Feuerungszulage für nötig gehalten und ohne Forderung bewilligt wurde, scheint für die Posener Millionäre ein böhmisches Dorf zu sein, selber essen macht sie, ist die Parole.

Kollegen! Die brutale Maßregelung eurer Kollegen Fr. muß euch die Augen öffnen; seht denn je zusammenhalten; beweist eure Solidarität mit dem Kol. Fradomat, daß ihr Mann für Mann in unsern Verband eintritt, damit wir eine feste Mauer gegen Unternehmernähermut bilden können. Gerade die Maßregelung des Kollegen, der allgemein beliebt war, ist ein schlaues Experiment vom grünen Tische, man wollte auch sehen, um Streik treiben, damit man wieder die schönen alten Zeiten zurückrufen könnte. Nur ruhige Blut, auch unsere Abrechnung kommt! Ihr könnt nicht besser eure Sympathie bei den Entlassenen kundgeben, als daß ihr nicht eher ruht, bis der letzte Mann organisiert ist. Der letzte Mann hinein in unsere Reihen, hinweg aller Hader, ihr seid alle Brüder.

Schleswig. Die Schaffner machen an der Arbeit. Der hier vor fünf Jahren auf Anregung von Flensburg gegründete Arbeitgeber-Verband hielt vor kurzer Zeit in der „Reichshalle“ eine Generalversammlung ab. Die Versammlung war gut besucht und alle Zweigvereine vertreten. Der Leiter der Versammlung, Zimmermeister Döbner, betonte in seiner Einleitungsrede, daß der Verein seit seiner Gründung sich sehr erfolgreich entwickelt habe. Es sei deshalb jetzt für ihn an der Zeit, zum neuen Leben wieder zu erwachen. Ein aus Flensburg hinzugezogener Referent berichtete über den dortigen Arbeitgeberverband, der bereits auf erfreuliche Erfolge zurückblicken könne und betonte am Schluß seiner Ausführungen, daß der Verband lediglich ein Streikabwehrverband (!) sei, bezwecke die Arbeitgeber vor unbedingten (!) und übertriebenen Forderungen der Arbeitnehmer zu schützen. Der Verein wurde hierauf neu konstituiert und zwei Delegierte zu der am Sonntag in Hamburg stattfindenden Konferenz des Bundes der Provinzialverbände, gewählt. Auch wurde der Anschluß an den neu gegründeten, über ganz Deutschland sich erstreckenden Streik-Gewerkschafts-Genossenschaft empfohlen.

Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ berichtet in ihrer Nr. 2 vom 14. Januar triumphierend, daß „ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Wege zur Durchführung der Arbeitgeberorganisation zurückgelegt ist“, indem am 7. Januar die

Gründung des „Arbeitgeberverbandes Unterelbe“ in Hamburg erfolgte mit dem, der — hielten — Landtagsabgeordneten und Fabrikbesitzer Mehl als Vorstehen und dem ebenso zu bewertenden Generalsekretär des Arbeitgeberverbandes Hamburg — Altona, Herrn v. Retsch als Geschäftsführer. Der „Arbeitgeberverband Unterelbe“ umfaßt die Gebiete von Hamburg, Lübeck, Schleswig-Holstein und das linke Ufer der Unterelbe. Neben der Abwehr der unbedingten Angriffe der Arbeiter und deren Vertretungen“ soll besonders „der Schutz der Arbeitswilligen, die Einstellung von Arbeitergebern und die Einführung der Streik- und Ausperrungsklausel in den Lieferungsverträgen angestrebt werden.“ Nun, daß die Herren Arbeitgeber bei dem Schutz der Arbeitswilligen vulgo Streikbrecher und der Einführung der Streik- und Ausperrungsklausel das verständnisvolle Entgegenkommen der Behörden und städtischen Korporationen finden werden, ist so allgemein bekannt, daß darüber kein Wort verloren werden braucht. Und die Forderungen der Arbeiterschaft auf Mehrlohn und kürzere Arbeitszeit sind eben sämtlich „unbedingte“ — Angriffe auf den streikenden Streikbrecher der „Herren.“ Würde z. B. ein Schleswiger Straßenbahner bei seinem 17,50 Mt. Wochenlohn oder ein Rastbier der verschleierten Expeditionisten, deren Lohn durchweg zwischen 12 bis 18 Mt. pro Woche schwankt, bei selbstverständlich unbegrenzter Arbeitszeit, es wagen, die enormen Preise der Lebensbedürfnisse auf sein Einkommen verrechnen und dann ein dementsprechendes Mehr an Lohn fordern, um nur ein ehrlicher Mensch bleiben zu können, so wäre das natürlich ein „unbedingter Angriff“, der mit Hilfe des Polizeibüro und der städtischen Korporationen schamlos abgewehrt werden muß! Kürzlich waren die städtischen Kollegien in Schleswig fast einig geworden, die Lohnverhältnisse der Straßenbahntreiber „aufzubessern“, und zwar wurde beschlossen, den bisherigen Wochenlohn (ca. 17,50 Mt.) bis zu einer Dienstzeit von 6 Jahren zu belassen. Nach dieser Zeit tritt eine jährliche Lohnzulage von 40 Mt. nach 10 Jahren von 60 Mt. nach 15 Jahren von 80 Mt. und nach 20 Jahren von 100 Mt. ein, so daß also ein Straßenbahner in Schleswig nach 20jähriger Dienstzeit, d. h. wenn ihn nicht vorher die Gendarmen resp. der Hungertypus ins bessere Jenseits befördert hat, einen Jahreslohn von 1218 Mt., nach Abzug der Versicherungsbeiträge eine Summe von 1190 Mt. oder pro Tag 3,28 Mt., verdient! Fürwahr, ein horrendes Gehalt nach 20jähriger Dienstzeit! Jedenfalls aber mehr als je im Anfang, da gibts 2,50 Mark pro Tag! Nun, die deutsche Arbeiterbewegung wird dafür sorgen, daß auch in den Köpfen dieser „Zufriedenen“ der Geist der Menschheit erwacht, und dann werden auch diese Proletarier ihr Scherflein beitragen, dem Raubbau des Schmarbans Gehalt zu geben.

Transportarbeiter.

Wart-Bilhelmshaven. Wieder einmal haben unsere Kollegen am Orte gesehen, daß Einzelgänger nicht macht. Am 5. Januar wurden in einer Versammlung der Gasarbeiter verschiedene Mißstände im Betriebe der Gasanstalt herbeigekallt. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, die angeführten Mißstände der Verwaltung zu unterbreiten und diese um baldige Abhilfe zu ersuchen. Am 11. Januar wurde die Verwaltung der Gaswerke von den Wünschen der Arbeiter unterrichtet und die Folge war, daß ein Reffektwärter, der, nach den Aussagen des Herrn Direktors, nicht so gearbeitet hatte, wie es vorgeschrieben ist, entlassen wurde. An und für sich hätten wir nichts dagegen einzuwenden gehabt, wenn nicht der Zufall es wollte, daß unter den Mißständen, die der Verwaltung mitgeteilt worden waren, auch diese Arbeit in Frage kam. Die auf der Gasanstalt beschäftigten Kollegen erblickten hierin eine Maßregelung und forderten die Wiedereinstellung des Entlassenen. Am 15. Januar fand nun wieder eine Versammlung der Gasarbeiter statt, die sich mit der Entlassung unseres Kollegen beschäftigte. Hierin wurde beschlossen, den Bevollmächtigten zu beauftragen, am 16. Januar bei der Verwaltung vorstellig zu werden, um die Einstellung des Reffektwärters zu erwirken. Sollte die Verwaltung bis 1 Uhr desselben Tages nicht gewillt sein, die Forderung der Arbeiter zu bewilligen, so solle um 1 Uhr die Arbeit in beiden Betrieben eingestellt werden. Am 16. Januar wurde nun der Bevollmächtigte bei dem Herrn Direktor vorstellig und trug diese die Wünsche der Arbeiter vor. Der Herr Direktor konnte aber in der Entlassung des Reffektwärters keine Maßregelung erblicken, denn, sagte er, vielleicht wäre derselbe unzufällig an dem Schreiben des Briefes. Nach langem Hin und Her reden, war schließlich der Herr Direktor bereit, den entlassenen Kollegen wieder einzustellen, wenn derselbe ins Kontor der Gaswerke käme und Abbitte täte. Dieses wurde den Arbeitern unterbreitet.

Aber keiner konnte sich davon überzeugen, daß unser Kollege gefündigt hätte und die Arbeiter bestanden darauf, daß der entlassene Kollege wieder an dieselbe Arbeit gestellt würde, wo er sonst war. Dieses wollte aber der Herr Direktor nicht und um Punkt 1 Uhr verließen sämtliche Arbeiter die Betriebe. Jetzt erst wurde dem Herrn Direktor klar, daß die Arbeiter gewillt waren, ihrem entlassenen Kollegen zu seinem Rechte zu verhelfen. Alles Zureden nützte nichts mehr.

Des Nachmittags 3 Uhr desselben Tages fand wieder eine Gasarbeiter-Versammlung statt und nun wurde beschlossen, weil die Verwaltung es bis zur Arbeitsniederlegung hatte kommen lassen, gleichzeitig die Entlassung des Reffektwärters, worunter unsere auf der Gasanstalt beschäftigten Kollegen viel zu leiden hatten, zu fordern. Es wurde nun eine Kommission gewählt und die unterhandelte noch an demselben Nachmittag mit dem Herrn Direktor. Nun erst sah sich derselbe gezwungen, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Der entlassene Kollege wurde wieder eingestellt und der Reffektwärter entlassen. Nach 10 stündigem Streik wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Hiermit haben wir der Verwaltung gezeigt, daß die Organisation ihre Mitglieder nicht allein bei Lohnbewegungen, sondern daß sie deren Rechte nach allen Seiten vertritt. Aber auch unsere Kollegen werden eingesehen haben, was sich erreichen läßt durch die Organisation. Speziell die Arbeiter der Firmen Giffel, Reichbrand und Friedrich Seppens möchten wir empfehlen, sich auch der Organisation

dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter anzuschließen, dann können wir es auch bald fertig bringen, daß unser Lohnstarf, den wir im Mai 1905 mit den Arbeitgebern abgeschlossen haben, auch eingehalten würde. Sind doch die Zustände augenblicklich in Wambelheimen mehr als miserabel!

Berlin. Daß die Geschäftsführer sich noch in äußerster rüchständigen Arbeitsverhältnissen befinden, zeigen die fortgesetzten Klagen derselben über schlechte Löhne, äußerst lange Arbeitszeit und eine Behandlung, die kaum im entferntesten Winkel von Missetaten vorkommen dürfte. Am meisten klagen die Arbeiter in den Fuhrbetrieben, welche für die Warenhäuser fahren. Die Arbeiter, welche für ein größeres Maßgeschäft fahren, müssen an drei Sonntagen vor Weihnachten längere Zeit fahren. Eine Entschädigung hierfür gab weder die Firma des Geschäftsführers noch der Fuhrherr, aber eine Weihnachtsgratifikation leistet sich die Firma des Geschäftsführers, und zwar erhalten die Arbeiter unter ein Jahr 250 Mt., und diejenigen, welche über ein Jahr tätig sind, erhalten 5 Mt. Bedeutet man, daß die Arbeiter den ganzen Tag ununterbrochen in Wind und Wetter bei einem Lohn von 19.50 Mt. pro Woche und einer Arbeitszeit von 15-16 Stunden täglich zu arbeiten haben, so wird man es erklärlich finden, daß diese von der Missetat ihrer Arbeitgeber wenig erbaut sind. Doch wir wollen Gerechtigkeit üben und zeigen, daß die Klagen der Arbeiter nicht so „schlimm“ sind. Am angeführten Falle erhalten die Arbeiter zwei Stunden Mittag, aber belichte nicht zur freien Benutzung, sie können dann vielleicht in die Lage kommen und über die Humanität ihrer Arbeitgeber nachdenken. Das darf auf keinen Fall geschehen, deshalb wachen dieselben erst den Wagen, dann das Geschäft, aber auch die Pferde müssen wieder sauber angepasst werden. Wenn man bedenkt, daß das Wagenwachen mindestens eine Stunde, das Geschäft eine halbe Stunde, das Reinigen der Pferde aber auch mindestens eine halbe Stunde dauert, so bleibt dem Arbeiter noch nicht so viel Zeit, die Stimme seines Arbeitgebers in allen Tonarten zu hören, weshalb der Reel noch nicht vom Hof ist, geschweige daß er Zeit gehabt hätte, das Mittagessen einzunehmen. Man kann sich denken, daß die Arbeiter solcher Betriebe die Humanität ihrer Arbeitgeber von der richtigen Seite einschätzen und baldmöglichst den Staub dieses Fuhrpades von ihren Füßen schütteln. Aber es ist nicht das Angeführte allein, was den Arbeitern das Arbeiten in solchen Betrieben verleidet, sondern dadurch, daß die höheren Angestellten in den Warenhäusern mit der Ehre der Arbeiter ein frivoles Spiel treiben, indem sie sagen, der Arbeiter dürfe nicht mehr vorfahren mit seinem Wagen, es fehle dies oder jenes der ihm anvertrauten Waren; daß man sich bei der Verladung der Waren vergählen kann, ist nach Meinung dieser Herren ausgeschlossen.

In anderen Fuhrbetrieben ist es sogar vorgekommen, daß der Arbeitgeber den Arbeiter, welcher nicht ohne weiteres dessen Befehl nachkam, den Strang vom Geschirr nahm und ihm damit über den Kopf schlug, daß der Kollege zu Boden stürzte. Über die Rivalität unter den Fuhrknechten selbst trägt auch ein Teil der Schuld an den bestehenden Verhältnissen; ist es doch vorgekommen, daß Arbeiter in einem Betriebe, welche der Organisation zum größten Teil angehörten, durch das Schmarotzertum der übrigen Kollegen derselben den Rücken feigten und einer, welcher der Organisation treu blieb, wurde kurz vor Weihnachten auf's Pfister gesetzt, weil man die Weihnachtsgratifikation sparen wollte, die sich der Kollege aber hundertmal verdient hatte.

Zum großen Teil spielen die Herren Staatsfuhrer in diesen Betrieben eine große Rolle, da dieselben durch den permanenten Umgang mit den Arbeitgebern sich zu Spießgesellen herausbilden und es ihnen dann ein kleines ist, mißliebige Kollegen beiseite zu schaffen. Die Herren Fuhrknechte sind in manchen Betrieben schon soweit vorgeschritten, daß sie die Kollegen Geschäftsführer im selben Betriebe mit Sie anreden, deren Befehle nicht sofort ausführen ist oft gleichbedeutend mit der Entlassung. Das muß anders werden, so geht es nicht weiter.

Damburg. Die unzulänglichen Löhne bei der Firma J. Koopmann-Altona, Fuhrmann der Hafen-Industriebahn, veranlaßte die dort beschäftigten fünf Arbeiter, welche Mitglieder unseres Verbandes sind, durch uns eine Lohnherabsetzung um 8 Mt. pro Woche zu fordern.

Ein an Herrn K. gerichtetes höfliches Schreiben mit der Bitte, bis zum 8. Januar sich zu der Forderung zu äußern, ließ derselbe unbeantwortet. Die Arbeiter erhielten am Sonnabend, den 8. Januar, ihren gewöhnlichen Wochenlohn von 25 Mt., ohne daß Herr K. auch diesen eine Antwort zuteil werden ließ. Herr K. konnte sich garnicht denken, daß seine Arbeiter zum Streik greifen würden, hatten diese doch eine Kündigungsfrist von zwei Wochen. Am Montag früh gingen die Arbeiter wie gewöhnlich an die Arbeit, um nur die Pferde zu pugen. Mit ihnen war auch unser Bevollmächtigter zur Stelle, und K. als er kam, den Arbeitern die Aufträge zu erteilen, war nicht wenig überrascht. Die Forderung lautete nun, entweder eine Lohnherabsetzung oder es wird nicht angepasst. Zuerst erfolgte die Ausweisung unseres Bevollmächtigten aus dem Stall, und als die Arbeiter trotzdem fest blieben, mußten auch diese den Stall verlassen. Auf der Straße versuchte unser Kollege noch einmal eine Verhandlung mit Herrn K. Das Resultat war dann, jeder Arbeiter erhält eine Lohnherabsetzung von 2 Mt. Damit erklärten sich unsere Kollegen einverstanden und nahmen sofort die Arbeit wieder auf. Nachdem Herr K. noch die Personalien und Adressen unseres Bevollmächtigten unter der Straßenlaterne notierte, wurde dieser gnädig entlassen. Damit hatten wir unsere erste diesjährige Lohnbewegung mit Erfolg hinter uns.

Leipzig. Eigentümliche Ränge gibt es doch unter den Unternehmern, die nach allen Regeln der Kunst versuchen, ihren Vorteil zu wahren und um getroffene Vereinbarungen sich herumzudrücken.

Als einen solchen Unternehmer lernten wir auch Herrn Jäger, Inhaber eines Fuhr- und Kollegengeschäfts in Gonnensdorf kennen. Mit demselben wurde vorigen Herbst vereinbart, daß allen im Betrieb tätigen Arbeitern eine Lohnzulage von 2 Mt. gewährt werde, so daß jeder Arbeiter 24 Mt. pro Woche festen Lohn empfing, im übrigen sollten die Dinge aber bleiben wie sie waren.

Trotz dieser Vereinbarungen vergaß Herr Jäger den Anbuhlangsfahrern die versprochenen Prozente auszuschütten, ja er war sogar der Meinung, daß Prozente durch die Lohnzulage in Fortfall gekommen seien.

Da solche Bestimmungen aber nicht getroffen waren und eine Auszahlung der Prozente seitens der Firma abgelehnt wurde, so rief der Kollege J. auf unsere Veranlassung hin das Gewerbegericht an. Zu der Verhandlung waren die Herren Jäger sen. und jun. erschienen und hatten sich außerdem noch zwei in ihrem Geschäft tätige Berufs-Kollegen als Zeugen mitgebracht, die jedoch bei der Verhandlung nicht in Frage kamen.

Bei der Verhandlung glaubten die Herren in ihrem vollen Rechte zu sein, wurden aber vom Vorsitzenden des Gerichts sowohl als den Beisitzern eines anderen belehrt, und nachdem der Schriftführer unserer Zugsstelle, der als Zeuge geladen war, erklärt hatte, daß bei den feineren mit der Firma geführten Verhandlungen kein Abkommen getroffen wurde, die Prozente zu bezahlen, so mußten sich auch die Herren Jäger (Vater und Sohn) dazu bequemen, an den Kollegen 8. 40 Mt. zu zahlen.

Wie die betrieblen Vorgesetzten, denen die Felle sorgeschwommen waren, zogen die Herren Jäger von dannen, ihren mitgebrachten Arbeitern noch sagend, keine Zeugen-gebühren zu verlangen, indem sie ihnen die versäumte Zeit begahlen würden.

Posen. Expeditionsführer und Arbeiter! Anfang Januar haben die Expeditionsführer der Firma Schiff (Inhaber Wemes) die Arbeit wegen Differenzen betreffs Erhöhung der Beiträge zur Krankenkasse niedergelegt. Diese planlose Einstellung (es war niemand organisiert) hat die Folge gehabt, daß die Kollegen durch andere ersetzt wurden und die Streikenden jetzt ohne jede Unterstützung sind. Die Firma Carl Hartwig hatte drei Arbeiter gelassen, damit Herr Wemes nicht in Verlegenheit kommen sollte. Nehmt euch ein Beispiel daran, wenn ihr seht, wie die Arbeitgeber sich unterstützen, wacht endlich auf und schließt euch zusammen, dann werdet auch ihr etwas erreichen. Wären die Kollegen bei Schiff (Wemes) organisiert gewesen, so würden sie heute nicht drohen sein, eine Arbeitseinstellung muß von Fachleuten geleitet werden und darf nicht planlos angefangen werden. Macht solche Kunststücke nicht. Wollt ihr eure Lage verbessern, so schließt euch alle Mann für Mann an den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter an, dann werden wir auch hier die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse günstiger gestalten können.

Unser Bureau befindet sich Breslaustr. 5/6 St. I, wo neue Mitglieder aufgenommen werden und an letztere freie Rechtsauskunft in Berufs- und Privatangelegenheiten erteilt wird.

Stuttgart. Daß die Kollegen-Fuhrleute bis vor kurzem zu einer Lohnhöhe zu arbeiten gezwungen waren, die jeder Befriedigung spottete, die Arbeitszeit so lange dauerte und heute noch dauert, soweit es die Rücksicht auf das teure Pferdmaterial zuließ, ist an dieser Stelle schon sehr oft ausgeführt worden. Durch den Streik im Jahre 1904 und im Frühjahr 1905 ist in bezug auf Lohnhöhe eine Besserung erfolgt worden.

Nun glaubten viele Kollegen, den Verband nicht mehr zu brauchen und wurden fahrlässig. Statt treu zur Organisation zu stehen und das Gerüngen zu halten und zu festigen. Was haben sie nun heute? Nichts ist ihnen geblieben. Die Unternehmer haben wieder was sie wollen und die Kollegen müssen sich gefallen lassen. Sie haben die Stütze der Organisation verloren und wenn die Unternehmer Spielball mit ihnen trieben, so geschieht es ihnen recht, sie haben es so gewollt. Doch die Erkenntnis kommt, sie sehen ein, daß sie sich nur selbst geschadet, und die Organisation, wie viele nach dem Streik von 1905 nicht geglaubt haben, trotzdem weitere Fortschritte macht.

Altenhalben hört man wieder: „Ich trete nun ein, ich zahle alles gern nach.“ Kollegen Fuhrleute! In den nächsten Tagen sollen werden wir mit den Geschäftsvorstellungen beginnen. Erwacht vollständig,äumt keinen Tag mit dem Beitritt, denn eure Lage ist ohne Ausnahme eine wahrhaft traurige. Ihr habt schon Gelegenheit gehabt, zu sehen, wo eure wahren Freunde sind. Das Lösungswort jedes Fuhrmanns sei: Einmütig in die Organisation!

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Dresden. In einer am 18. Januar stattgefundenen Warteilnehmer-Versammlung sprach vor circa 200 Kollegen Genosse Riem über: „Der gewerbliche Arbeitsvertrag“. Daß Redner in klarer und verständlicher Weise gesprochen, bewies der ihm gezollte starke Beifall. Auch wurde seitens des Referenten die an ihn gerichteten Fragen beantwortet.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung mußte mit Bedauern Kollege Bergmann konstatieren, daß von den an die Handelsfuhrbetriebe zur Beantwortung vorgelegten Fragebogen nur 165 beantwortet eingegangen seien. Gerade unsere Gewerkschaft habe es am nötigsten, auf diesem Gebiete mehr Interesse an den Tag zu legen, um der Außenwelt vor Augen führen zu können, wie unsere Kollegen unter der langen Arbeitszeit und schlechter Entlohnung zu leben haben. Enttäufung tief ein Fall hervor, welchen der Öffentlichkeit zu unterbreiten man nicht umhin konnte. Es handelte sich hier um die Firma Wärfauer & Coeber, ihres Betagens, Lederhandlung.

Diese Firma legte eine besondere „lederne“ Gesinnung an den Tag insofern, daß sie einen Kollegen, welcher 15 Jahre seine beste Kraft der Firma geleistet hatte, auf das Straßengäßchen warf.

Der Kollege hatte das Unglück, eine schwere Operation durchmachen zu müssen. Dies benutzte die Firma schleunigst um ihn abzumitmeln.

Doch war dies nicht der Grund, sondern weil betroffener Kollege die „Freiheit“ besaß, sich „gewerkschaftlich“ zu organisieren. Dies war die Antwort, welche unser Bevollmächtigter im benannten Referat mitteilte. Darauf ging nun in der Debatte dieser Kollege näher auf die Sache ein, hervorhebend, daß

bei B. & L. ein sogenannter „Musterkollege“ sein Dasein fristet. Dieser „Musterkollege“ scheint es ganz vergessen zu haben, daß der jetzt Entlassene sich vor circa acht Jahren mit ihm solidarisch erklärte, als er entlassen werden sollte. Und die hier benannte Entlassung wird noch mit „Rücksicht auf seinen Kollegen“ aufrecht erhalten!!! Nachdem noch ein Kollege zum Abnommen auf die Arbeitervertretung aufgefordert, erfolgte unter Hinweis auf die am Mittwoch, den 24. d. Mts., stattfindende ordentliche Generalversammlung und Aufforderung, dem Verbande beizutreten, 11½ Uhr Schluß der Versammlung.

Gera. In der am 7. Januar stattgefundenen Generalversammlung erstattete die Verwaltung Bericht über ihre Tätigkeit im abgelaufenen Jahre. Wenn wir im vorigen Bericht darauf hinwiesen, daß in Gera noch eine gewaltige Arbeit zu leisten sei, um einigermaßen anständige Arbeitsbedingungen zu erzielen, so ist es aus dem letzten Bericht zu ersehen, daß wir damit nicht zuviel gesagt haben. Es wurden abgehalten 4 öffentliche Versammlungen, und 2 ordentliche Versammlungen mit Vorträgen, sowie 5 Versammlungen und eine Generalversammlung, in welchen die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt wurden. Vorstands-sitzungen fanden 12, und 80 Sitzungen und Besprechungen statt. In den Sitzungen wurden die Eingaben an das reichsstatistische Amt erledigt. Der größte Teil derselben war notwendig, um die im Laufe des Jahres stattgefundenen vier Lohnbewegungen und einen Abwehrstreik vorzubereiten. Drei der Bewegungen erstreckten sich auf drei Expeditionsgeschäfte mit 85 Beschäftigten, und wurde für diese nach einer Arbeitseinstellung von einhalbjähriger Dauer ein Tarif abgeschlossen, welcher für sämtliche Arbeiter dieser Branche eine Zulage von 2 Mt. die Woche brachte. Dennoch ist jetzt der Mindestlohn in dieser Gruppe für Arbeiter 18, und für Arbeiter 19 Mt. An den vier Lohnbewegungen waren 29 Wagenführer und Schaffner beteiligt, und erzielte dieselbe durch einen Vergleichstarif, durch welchen den ständigen Wagenführern eine monatliche Zulage von 10 Mt. und bessere Bezahlung der Ueberstunden herausgeholt wurde. Auch diese Gruppe der Mitglieder kann bei der kurzen Dauer ihrer Zugehörigkeit mit dem Erfolg zufrieden sein. Am 7. November brach infolge Mangelregelung dreier Kollegen bei der Firma Dehmann & Weyrauch ein Abwehrstreik aus, an demselben waren elf Kollegen beteiligt, der bei der durch das unbilligste Verhalten einiger „Nachkollegen“ verloren ging. Robenswert war das Verhalten der dabei beteiligten Kollegen, kein einziger ist zum Streikbrecher geworden, gegenwärtig sind noch vier Kollegen außer Arbeit, dieselben erhalten die entsprechende Unterstützung. Der Streik und die Unterstützung der noch Arbeitslosen kostete uns bis zum Jahresabschluß 800.76 Mt. Durch die Solidarität sämtlicher Kollegen an Ort und Stelle werden wir dem Inhaber beweisen, daß auch seine Räumung nicht in den Himmel wachsen. Erfreulich war es, daß sich bis auf einen Widerspruch kein einziger organisierter Kollege gefunden hat, welcher Herrn Dehmann unter die Arme griff. Des ferneren verbinde die Solidarität der Kollegen, bei der Firma Grauer Straßenbahn, Abteilung Expedition, die Entlassung eines Kollegen durch ihr Eingreifen. Die Mitgliederzahl betrug im Januar 92 männliche 2 weibliche, am Ende des Jahres 182 männliche, 2 weibliche Mitglieder, und verteilte sich auf folgende Berufs-kategorien: Arbeiter 95, Marktbesitzer 21, Kolonnenführer 8, Arbeiter 15, Kohlenarbeiter 9, Wagenführer 24, Bodenarbeiter 6, Drochsenkutscher 2, Packler 1, Packetbote 1, und 2 Butter-formerinnen.

Es meldeten sich 118 Kollegen an, und 5 traten aus anderen Verbänden ab, am meldeten sich 88 und 1 Kollege wurde wegen Streikbruchs ausgeschlossen.

Einnahme.		
Bestand am 1. Januar 05	89,16 Mt.	
Eintrittsgebühren a 50 Pf. und 1 Mt. 118 Stück	78,—	
Beiträge 6894 Stück	2187,55	
Extra-Beiträge a 80 Pf. 548 Stück	186,80	
Beiträge für drit. Fonds a 25 Pf. 167 Stück	41,75	
Festüberschuß	9,15	
Zufuß aus der Hauptkasse	200,—	
Summa	2772,40 Mt.	

Ausgabe.		
Bergarbeiterstreik	25,—	Mt.
Sterbe- und Notfallunterstützung	10,—	
Reiseunterstützung an 5 Kollegen	6,—	
Persönliche Verwaltung	185,20	
Sachliche Verwaltung	16,80	
Versammlungen, Annoncen, Referate	68,50	
Porto und Drucksachen	64,80	
Bücher und Zeitschriften	2,—	
Kartellbeitrag	77,40	
Weihnachtsbescherung Kartell	80,—	
Diverse	2,70	
An die Hauptkasse	2060,20	
Raffensbestand am 1. Januar 06	228,84	
Summa	2772,40 Mt.	

Bilanz.		
Einnahme	2772,40	Mt.
Ausgabe	2548,66	
Reißt Bestand	223,84 Mt.	

Der Bestand ist festgelegt:
Auf Sparkassenbuch 100,— Mt.
10 Anteile an der Arbeiterturnhalle a 5 Mt. 50,—
Und in bar 78,84
Summa 223,84 Mt.

Für richtig befunden die Revisoren:
O. Pfaffer. W. Giehl. Matusel.
Der Kassierer G. Heeringklee.

Kranke Mitglieder hatten wir in diesem Jahre 18. Unterstützung wurde an 8 Mitglieder auf die Dauer von 11 Wochen 42 Mt. ausbezahlt. Arbeitslose Mitglieder hatten wir 10 mit 44 Wochen. Unterstützungsberechtigt waren 4, dieselben erhielten für 11 Wochen 44,50 Mt. Unterstützung. Wegen militärischer Dienstleistung wurden in 2 Fällen 6 Wochenbeiträge erlassen, so daß insgesamt 150 Beiträge erlassen wurden. Schriftliche Eingänge waren 115 Briefe und Karten, 44 Plakate, 26 Drucksachen und Depesche zu verzeichnen. Abgegangen wurden 220 Briefe

und Karten, eine Druckfahne, 8 Pakete, 1 Depesche und Postanweisung. Die alte Verwaltung wurde wiedergebühlt. Die Arbeit der Verwaltung war wiederum eine erfolgreiche, wir haben unsere Mitgliederzahl verdoppelt und durch die Mitarbeit der Kollegen auch deren materielle Interessen gewahrt. Geben wir in diesem Jahre wiederum mit voller Kraft an die Arbeit, damit wir mit denselben Erfolgen es werden können. Vorwärts ist unsere Losung.

Mit. Generalversammlung am 10. Januar. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Grabowski in entsprechender Weise, worauf der Kassierer die Quartalsabrechnung wie folgt gab:

Einnahme.	
Raffensbestand vom 3. Quartal	1921,58 M.
106 Aufnahmen à 1 M.	106,—
4659 Wochenbeiträge à 45 Pf.	2098,55
15 „ „ 80 „	4,50
82 „ „ 20 „	6,40
21 Streikfondsbeiträge à 30 Pf.	6,30
1 Ortsfondsbeitrag à 25 Pf.	0,25
1072 dril. Zuschußbeiträge à 10 Pf.	107,20
Sonstige Einnahmen	65,79
Zusammen	8714,67 M.

Ausgabe.	
Oertliche Extraintersubstanz	1,— M.
Verwaltungs-Ausgaben	
a) persönliche (Entschädigungen zc.)	280,82
b) sächliche (Materialien, Miete zc.)	479,64
Annoncen, Referate zc.	37,70
Porto und Druckfahnen	110,09
Bibliotheksbücher und Zeitschriften	92,68
Kartell- und Sekretariats-Beiträge	92,98
Diverse Ausgaben	60,68
An die Hauptkassette gesandt	1809,80
Neuer Bestand	750,05
Zusammen	8714,67 M.

Die Ausgaben der Hauptkassette sind:	
Arbeitslosenunterstützung in 7 Fällen	89,50 M.
Krankenunterstützung in 16 Fällen	76,50
Unterstützung bei Sterbefällen in 1 Falle	40,—
Unterstützung bei Streiks anderer Gewerkschaften in 15 Fällen	172,80
Rechtschutz in 1 Falle	78,65
Zusammen	896,95 M.

Die Jahresabrechnung ergibt folgendes Bild:

Einnahme.	
1. Quartal	1805,80 M.
2. „	1898,55
3. „	2119,76
4. „	2327,20
An sonstigen Einnahmen:	
1. Quartal (ehemaliger Kassafonds)	657,45
2. „	—
3. „	108,77
4. „	65,79
Dazu Raffensbestand vom 4. Quartal 1904	187,84
Gesamteinnahme pro 1905	8168,16 M.

Ausgabe.	
a) Drillsche im 1. Quartal	451,87 M.
2. „	240,26
3. „	747,98
4. „	1155,22
b) An die Hauptkassette gesandt:	
1. Quartal	856,08
2. „	847,67
3. „	1804,77
4. „	1809,80
Gesamtausgabe pro 1905	7418,10 M.

Die Mitgliederbewegung weist folgende Zahlen auf: Bestand ultimo 1904 276 Mitglieder

1. Quartal 1905	899
2. „	444
3. „	406
4. „	462

In den letzten beiden Quartalen sind die Restanten völlig ausgeschoben, so daß die letztere Summe die Anzahl der vollstehenden Mitglieder angibt, was zweifellos zur inneren Gesundheit der Verwaltung beiträgt.

Nach Beantwortung verschiedener Fragen wird dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt, worauf der Bevollmächtigte den Jahresbericht gibt. Daraus ist zu entnehmen, daß 5 öffentliche und 12 Mitgliederversammlungen sowie 91 Sitzungen zc. stattgefunden haben. An Lohnbewegungen sind 4 zu verzeichnen, wovon 3 ohne Arbeitsentlassung und 1 mit Streik (Kampf mit dem Warenhaushalt W. Jacobson) ihre Erledigung fanden. Ferner ist die Ortsverwaltung verschiedenes Male beim Polizeipräsidenten vorstellig gewesen zwecks Abstellung von Verkehrshindernissen, Mißständen in öffentlichen Fuhrwerksbetrieben, Rückerstattung von Drohgebahren entzogenen Fahrscheinen und sonstigen Angelegenheiten, welche Vorstellungen sämtlich Erfolg hatten. Hierbei ist noch zu erwähnen, daß der hiesige Magistrat betreffs der geringsten Verkehrshindernisse gar oft einen ablehnenden Standpunkt einnahm. Nach dem Angeführten können die Mitglieder erwarten, daß das verfloßene Jahr ein arbeitsreiches gewesen ist und die Ortsverwaltung daher das ihr überlassene Mandat befriedigt in die Hände der Kollegen zurückgeben könne. Bevor der folgende Punkt erledigt wird, wird bezüglich der Entschädigung wie folgt beschlossen: dem Bevollmächtigten und Schriftführer jährlich 40 bzw. 20 M. und den sonstigen Funktionären für die einzelne Sitzung 50 Pf., sowie den weit auswärts Wohnenden (in Neumünster, Herbed zc.) das verkaufte Fahrgeld bis zur Höhe von insgesamt 80 Pf. Die Neuwahlen finden wie folgt ihre Erledigung, es haben zu fungieren: als Bevollmächtigter F. Martensen, als Kassierer A. Jüfel und als Schriftführer G. Arpe. Den Posten eines Beisitzers bekleiden H. Möller, G. Rebenstorff, G. Schmidt, G. Jörs, H. Reimers und M. Köhler. Als Revisoren wurden gewählt: F. Frey, D. Graf und G. Möller. Für zwei ausstehende Kartelldelegierte werden gewählt: F. Martensen und D. Graf. Die Gauverwaltung bleibt auf Antrag des Gauleiters aus den bisherigen Kollegen

bestehen. Zur Fahnen-Deputation werden die Kollegen Reimers, Schulz und Möller bestimmt. Zum 4. Punkt der Tagesordnung verweist der Gauleiter auf den ausführlichen Bericht in der Nr. 28 1905 des „Courier“ und bemerkt dazu, daß eine Wiederholung am heutigen Abend wohl überflüssig sei. Nur auf eins binzuweisen sei er quasi verpflichtet, und das sei ein Artikel in dem Organ einer Bruderorganisation, der dräuflich bewese, welchen litlichen Höhepunkt manche Organisationsleistungen erklommen hätten. Es handle sich um einen Leitartikel in der Nr. 46 der „Brauer-Zeitung“. Unter Verschiedenes wird ein Rundschreiben des Gauvorstandes verlesen, welches die Mitglieder des Anstufes des „Verein Berliner Hausdiener“ Stellung zu nehmen. Nach einer erläuternden Darstellung dieses Falles seitens des Gauleiters und nachdem in einer eingehenden Diskussion sämtliche Redner diese Beschlusfassung der „B. G. R.“ entschieden verurteilt haben, findet nachstehende Resolution gegen eine einstimmige Annahme: „Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle des Anstufes des „Verein Berliner Hausdiener“ in Sachen: Anstufes des „Verein Berliner Hausdiener“ und erklärt, mit dem Ergebnisse dieser Verhandlungen absolut nicht einverstanden sein zu können, dieses vielmehr den Anstufes erwerbe, als habe die „B. G. R.“ nicht nach dem Prinzip der modernen Arbeiterbewegung gehandelt. Angesichts des politischen und moralischen Verhaltens des „B. G. R.“, das bisher gezeigt hat, kann kein gerechtes Denken und überzeugt handelnder, der modernen Arbeiterbewegung Angehöriger den genannten Verein als gleichberechtigte Bruderorganisation anerkennen. Die Versammlung beauftragt daher den Hauptvorstand, zu versuchen, daß der Beschlus der „B. G. R.“ annulliert wird oder, falls dieses nicht erreicht wird, unbeschadet des Beschlusses der „B. G. R.“, den „Verein Berliner Hausdiener“ als unseren Gegner zu betrachten und zu bekämpfen.“ Nachdem noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Neumünster. In der am 7. Januar 1906 abgehaltenen Generalversammlung unserer Zählstelle hielt zunächst der Gauleiter einen Vortrag über: „Unser Verband im Jahre 1905“. Derselbe wurde beifällig aufgenommen. Hierauf gab der Kassierer den Raffensbericht. Infolge eines Raffensbestandes vom 3. Quartal in Höhe von 84,66 M. ergab der „Einnahme von 812,68 M.“ Die Ausgaben belaufen sich auf 51,25 M., die Hauptkassette erhielt 1. 4 M. somit verbleib ein Raffensbestand von 89,41 M. Rechnung wurde richtig gesprochen.

Aus der nunmehr folgenden Wahl zur Ortsverwaltung gingen als gewählt hervor die Kollegen Johann Pfeiffer, Vordruckerstr. 34, Bevollmächtigter; Bernhart Dietrich, Bickhallerstr. 28, II. Kassierer.

Ferner die Kollegen Köpck, Rudolf, Damm und Reiser. Gleichzeitig wurden die Kollegen Köpck und Dietrich in das Gewerkschaftskartell gewählt.

Ein Antrag des Gauleiters, der besagt, daß in Zukunft alle ohne Grund-Verbindenden Mitglieder, sowie solche, welche wegen Beitragsrückst. gestrichen werden, in den Versammlungen zur Beteiligung kommen sollen, wurde einstimmig angenommen.

Unter „Gewerkschaftlichen“ demängelten mehrere Kollegen das Fehlen von Ausführlingsräumen bei den meisten hiesigen Firmen, so u. a. bei Gebr. Wills, bei Kröpck, Fischer zc. Bei letzterer Firma nehmen die Kollegen ihr Mitgliederrecht vielfach im Pferdestalle ein. Auch sind mehrmals Kleidungsstücke gestohlen worden. Demängelt wurde auch, daß hier Sonntags abends alle Kollegen zum Futterfächchen gehen müssen, wo doch ganz leicht ein „Abwecheln“ möglich wäre.

Der Gauleiter ging in seinem Schluß auf die geringen Fälle ein und betonte, daß alle derartigen Mißstände ganz leicht zu beseitigen seien, wenn nur die Kollegen alle organisiert wären. Aber in Neumünster verfuhr sich ein Teil Kollegen in Quartierbetrieben zu überleben, wie der Fall von Otto & Schloffer beweist. Erst holen wir für die dort beschäftigten Kollegen die Kaffeeanten aus dem Feuer und nachdem sie eine Lohnzulage erhalten haben, kehren sie zum Danke dafür dem Verbanke den Rücken. Leute, die erst immer das große Wort führten, geben jetzt das „Gespiß“ für die Kollegen ab.

Es wird Zeit, daß sich die Meißner Kollegen auf sich selbst besinnen.

Neumünster. Am 7. Januar tagte unsere erste ordentliche Mitgliederversammlung. Der Gauleiter gab den Raffensbericht, der in der Einnahme 11 Aufnahmen und 48 verkaufte Wochenbeitragsmarken à 80 Pf. aufwies. Die Ausgaben beliefen sich mit der an die Hauptkassette zu sendenden Summe auf 17,80 M., sodas ein Raffensbestand von 7,60 M. am Orte verbleibt. Da die Agitation für unsere Zählstelle erst seit ca. 4 Wochen betrieben wird, so darf dieses Ergebnis als ein befriedigendes bezeichnet werden. Der Punkt Vorstandswahlen fand dahin seine Erledigung, daß Kollege Fleischmann als Bevollmächtigter, Kollege Magnussen als Kassierer und Kollege Samann als Schriftführer gewählt wurden; zu Revisoren wurden bestimmt die Kollegen Freese, Schmäser und Dells. Unter Verschiedenes wurde bestimmt, daß die Versammlungen regelmäßig am 2. Sonntag im Monat nachmittags 8 Uhr im „Geflügel“ stattfinden sollen. Ferner legte der anwesende Kartellvorstand, Genosse Baum in kurzen Zügen die Wichtigkeit der Gewerkschaftskartelle dar, worauf beschlossen wurde, den Anstufes an das Gewerkschaftskartell sofort zu vollziehen und den Bevollmächtigten als Delegierten zu entsenden. Ferner wurde ein Schreiben des Gauvorstandes verlesen, worin die Kollegen aufgefordert werden, zu dem eigenartigen Verhalten der „Berliner Gewerkschaftskommission“ in Sachen des Anstufes des „Verein Berliner Hausdiener“ Stellung zu nehmen. Nach eingehender Diskussion und erläuternden Ausführungen aus seitens des Genossen Baum fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die Zählstelle Neumünster nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Verhalten der „B. G. R.“ in der Angelegenheit des „Verein Berliner Hausdiener“ und verurteilt dieses Handlungsweise als eine allen modernen Ge-

werkschaftsprinzipien Hohn sprechende auf das Entschiedenste. Die Versammlung beauftragt den Zentralvorstand, hierzu energig Stellung zu nehmen und eventuell den „Verein Berliner Hausdiener“ als unseren direkten Gegner zu bezeichnen.“

Nach einigen kurzen Worten, nunmehr energig für die Ausbreitung der Zählstelle Sorge zu tragen, wurde die Versammlung geschlossen.

Mit. In der Mitgliederversammlung am 14. Jan. hielt Genosse Stern einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Religion und Arbeiterbewegung“.

Der Referent erläuterte die Entstehung der Religion seit dem ersten Auftreten der Menschen und kam zu dem Schlusse, daß es keinen Gott gibt, sondern die Arbeiter müssen, wenn sie eine bessere Lebenslage erreichen wollen, sich selbst helfen.

Unter Geschäftliches teilte der Vorliegende mit, daß die nächste Versammlung am 4. Februar in demselben Saale stattfinden.

Ferner findet am 17. Februar unter diesjähriger Maskeball bei Volkhaus, Karlsplatzstr. 9/10, statt. Weiter machte er bekannt, daß am 18. März der Genosse Grempe einen Lichtbildervortrag über „Kaufische Kulturbilder“ halten wird. Bei dieser Gelegenheit machte er bekannt, daß Mitarbeiter, welche über 10 Wochen mit den Beiträgen im Rückstand sind, keinen Zutritt haben.

Nach der Versammlung trat gefelliges Beisammensein und Tanz in seine Rechte.

Sieben erschienen:

Die deutschen Straßenbahner und ihre Arbeitsverhältnisse.

Eine Vorarbeit für die amtliche Arbeiterstatistik von **Max Quard.**

Herausgegeben vom Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Das Buch enthält alles für die Straßenbahnerbewegung wertvollere Material und ist für jeden Kollegen, der unter Straßenbahnern agitieren will, unentbehrlich.

Preis der Agitationsausgabe nur für Verbandsmitglieder 1 Mark.

Ausgabe auf besserem Papier für den Buchhandel 2 Mark.

Die Ortsverwaltungen werden dringend ersucht, ihren voraussichtlichen Bedarf umgehend anzugeben.

Verlagsbuchhandlung „Courier“,
Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.

Briefkasten.

Bergmann Crefeld. Manuskripte bitte nur auf einer Seite zu beschreiben.

Friedrich Hamburg und Brach Potsdam. Die Zurnahme von Beileigungen kann nur an den Stellen erfolgen, an denen sie ausgesprochen sind, also in der Mitgliederversammlung, nicht aber im „Courier“. **D. R. Charlottenburg.** Auf anonyme Briefe reagieren wir nicht. Der Zentralvorstand.

Bekanntmachung.

Für unsere Verwaltungsstelle **Manneheim** suchen wir einen Ortsbeamten. Bewerber muß seit mindestens 8 Jahren gewerkschaftlich organisiert, die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen können, sowie für Leitung von Lohnbewegungen befähigt und mit den sonstigen Arbeiten eines Gewerkschaftsbeamten, besonders der Agitation vertraut sein.

Offerten sind unter Beifügung einer schriftlichen Arbeit über die Pflichten und Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten bis 15. Februar 1906 an den unterzeichneten Vorstand zu richten.

Der Zentralvorstand.

Achtung!

Das Mitgliederbuch des Kollegen **Friedrich Jonas**, Haupt-Nr. 10 508, eingetretten am 5. 8. 04 in Steglitz, ist verloren gegangen und wird für ungültig erklärt.

Der Zentralvorstand.

Bant-Wilhelmshafen.

Kollegen! In der General-Versammlung am 16. d. Mts. wurde allgemein das Verhalten des Wirtes Schulz, Vertreter in der Stehlerhalle im Hof von Oldenburg und des Wirtes Frig Rath, den organisierten Arbeitern gegenüber, hart gerügt. Es wurde darauf hingewiesen, daß unsere Kollegen diese beiden Wirtshäuser meiden möchten, weil die Herren Wirtes es nicht gerne sehen, wenn organisierte Arbeiter ihr Geld dort vergehen.

Verantw. Redakteur u. Verleger: **A. Belschke, Rummelsburg.**
Druck: **Maurer u. Dimmig, Berlin, Neuen-Ufer 11.**

Der Lebensmittelwucher im Jahre 1905.

Es ist nicht wahr, daß im Jahre 1905 nur eine große Preissteigerung gezeichnet hat, wahr ist vielmehr, daß fast alle Lebensbedürfnisse des Volkes eine ganz enorme Steigerung in ihren Preisen erfahren haben. Eine nähere Betrachtung der amtlichen Notierungen der Großhandelspreise ergibt diese Tatsache zur klaren Evidenz. Nur eine kleine Anzahl landwirtschaftlicher Nebenprodukte haben eine Preisermäßigung erfahren, es sind dies Zucker, Melasse, Spiritus, Kartoffeln und Hopfen. Dagegen ist der allgemeine Preisstand so gestiegen, daß der November 1905 das Maximum darstellt, das wir im Zeitraum der letzten sieben Jahre beobachtet haben. Sehen wir nach dem bekannten Vorbild des englischen Lebensmittelfachrichters Sauerbeck die Preise, die eine Anzahl besonders wichtiger Lebensbedürfnisse der Massen in dem letzten Jahre gehabt hat, in Vergleich mit dem durchschnittlichen Preisstand des zehnjährigen Zeitraumes von 1889 bis 1898, so erhalten wir eine Quote, die man als durchschnittlichen oder normalen Preis der Lebensbedürfnisse ansehen kann.

Eine derartige Vergleichung, aus der die absoluten Preise völlig ausscheiden und durch Verhältniszahlen ersetzt werden, gibt ein klareres Bild von der Preisbewegung der einzelnen Artikel, als eine Tabelle mit den eigentlichen Preisen dies vermag. Die nachstehende Tabelle gibt also an, wie sich die Preise der letzten Zeit zum zehnjährigen Durchschnittspreis von 1889 bis 1898 verhalten, wenn man letzteren gleich 100 setzt. Es sind außerdem beiläufig die Jahresdurchschnittspreise von 1903 und 1904 beigefügt.

	Jahresdurchschnitt	1903	1904	1905
Roggen: Berlin	89,3	91,8	112,7	
Weizen: Berlin	93,2	100,8	103,7	
Hafer: Berlin	93,7	91,9	105,3	
Gerste: Breslau	93,5	95,1	109,8	
Kartoffeln: Breslau	96,9	144,5	80,7	
Roggkud: Magdeburg	65,8	72,5	58,3	
Melasse: Magdeburg	143,6	212,2	159,0	
Spiritus: Hamburg	85,6	126,8	95,9	
Malt: Hamburg	89,6	85,6	89,6	
Hopfen, bester: Nürnberg	131,5	155,8	59,2	
Mais: Hamburg	106,0	104,7	126,7	
Reis: Hongkong: Bremen	109,4	102,4	105,7	
Pfeffer: Hamburg	166,4	157,5	154,2	
Zedai, Kentucky: Bremen	144,1	120,1	128,3	

	Jahresdurchschnitt	1903	1904	1905
Kaffee: Hamburg	39,9	53,3	60,4	
Tee: Hamburg	87,9	88,9	87,9	
Minder: Berlin	112,7	114,9	125,7	
Schweine: Berlin	95,7	94,0	139,4	
Rinder: Berlin	127,4	127,1	149,7	
Hammel: Berlin	128,2	122,7	149,1	
Butter, 1. Sorte: Berlin	106,3	108,1	117,5	
Geringe, nordwestliche: Steilsh	123,6	115,0	196,9	
Schmalz: Bremen	126,4	104,9	114,8	
Gänse u. Felle, beste Ochsen: Bremen	124,7	123,6	139,8	
Wolle: Berlin	122,1	121,5	132,7	
Baumwolle: Bremen	111,1	136,7	127,0	
Baumwollgarn: Mülhausen i. E.	97,8	118,9	113,1	
Natium: Mülhausen i. E.	111,7	115,4	121,5	
Reinegarn: Landeshut	105,5	119,7	119,3	
Rohseide: Krefeld	107,8	91,7	98,7	
Hanf: Lübeck	121,1	114,0	114,3	
Zute: Hamburg	117,4	117,9	162,2	
Eisen, Gießerei: Düsseldorf	98,2	99,4	104,5	
Blei: Frankfurt a. M.	102,1	108,6	124,3	
Kupfer: Frankfurt a. M.	119,7	120,1	154,4	
Zink: Breslau	110,5	119,7	149,0	
Zinn: Frankfurt a. M.	159,1	159,3	194,3	
Kohlen, bestfällige: Hamburg	96,8	93,9	96,4	
Petroleum: Hamburg	123,5	118,0	124,8	

Hiernach hatten von den in vorstehender Tabelle aufgeführten 39 Waren im November v. J. 30 einen höheren und nur 9 einen niedrigeren Preis gehabt als der Normaldurchschnittspreis der Jahre 1889 bis 1898 beträgt. Verhältnismäßig am höchsten war der Preis mit 196,9 pCt. des Durchschnittspreises bei den Geringen; dann folgen Zinn mit 194,3, Kupfer mit 154,4 und Pfeffer mit 154,2 pCt., während die Preissteigerung am niedrigsten war mit 60,4 pCt. bei Kaffee, 59,2 pCt. bei Hopfen und 58,3 pCt. bei Roggkud. Die Preissteigerung war am größten bei Kupfer und bei Gänsen mit je 6,8, bei Baumwolle mit 7,1 und bei Baumwollgarn mit 7,3 Punkten. Die Preissteigerungen stiegen bis zu 28,4 Punkten bei Blei, 40,1 bei den Schweinen und 45,0 bei der Zute!

Setzt man die einzelnen Waren in Gruppen zusammen, so ergibt sich die nachstehende Tabelle, in der wieder die Verhältniszahlen zum zehnjährigen Durchschnittspreis angegeben werden. Die hierbei zum Vergleich herangezogenen Jahre sind dieselben wie in der ersten Tabelle.

	Jahresdurchschnitt	1903	1904	1905
Getreide	92,43	94,77	107,87	
Sonstige landw. Produkte	102,14	132,90	90,45	
Ausländische landw. Produkte	108,95	104,48	110,53	
Tierische Produkte	118,13	113,79	141,60	
Textilprodukte	111,82	116,35	123,60	
Mineralien	115,69	115,57	136,81	

Der Preis lag hiernach 1905 bei allen Warengruppen außer den inländischen landwirtschaftlichen Produkten über dem zehnjährigen Durchschnittspreis, am meisten bei den Mineralien um 36,81 und den tierischen Produkten um 41,61 pCt. Die Preissteigerung war am größten bei den Mineralien mit 3,68 und dem Getreide mit 4,22 Punkten. Im Vergleich zu 1904 hat sich der Preis bei allen Gruppen, außer bei den inländischen landwirtschaftlichen Produkten, bei denen er um 56,07 zurückgegangen ist, erhöht, am meisten bei den tierischen Produkten um 13,10 und bei den Mineralien um 16,95 Punkte.

Der Generalsindexpreis, den man aus der Zusammenfassung der Preise aller 39 Artikel erhält, betrug im November v. J. 4717 und hat damit den Höchststand in der Zeit seit Anfang 1899 erreicht, im Jahresdurchschnitt 1904 auf 4430, 1903 auf 4282, 1902 auf 4091, 1901 auf 4195 und 1900 auf 4451 belaufen. Im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 1900 hat also im November v. J. eine Zunahme um 287 Punkte oder 6,5 pCt. stattgefunden. Der allgemeine Durchschnittspreis sämtlicher Waren betrug im November v. J. 120,0 pCt. Im Verhältnis zu dem von uns angenommenen Normalpreis der Jahre 1889 bis 1898 sind also sämtliche Waren im Durchschnitt um ein Fünftel zu teuer geworden.

Das heißt die Massen mußten um 20 pCt. höhere Preise für ihre Lebensbedürfnisse zahlen, und zwar das nicht konnte, der mußte sich einschränken, den Hungerriemen enger schnüren.

Angesichts dieser amtlichen Zahlen weiß man trotzlich nicht, über was man sich mehr wundern soll, über die freche Eitern jener Leute, die den Arbeitern Steuerungszulagen verweigern oder über die Schatzgebuld der Arbeiter, die angesichts der herrschenden Tatsachen keine solcher Zulagen verlangen. Wir sind aber noch nicht am Ende der Preissteigerung der Lebensbedürfnisse. Das Inkrafttreten der Handelsverträge des Buzargolltarifs verbleibt den Massen eine vermehrte Hungerkur in verbesserter Auflage. Aber auch dann werden die Schärfermacher und ihre Helfershelfer noch über die Begehrlichkeit der Arbeiter schreiben, wenn diese erklären, mit ihren

Der Tierquäler.

Es war an einem regnerischen, finsternen Novemberabend.

„Gut!“ Ein mit Mauersteinen schwer beladener Wagen holpert schwerfällig durch eine einsame, noch unbedeckte Vorortstraße Berlins. Die beiden abgerackerten Gaulte halten trotz vielerlei Antriebs dampfend und ättern an. Schon schwingt der Kutscher die Peitsche, doch er läßt dieselbe unwillkürlich sinken. Die Pferde tun ihm leid. Er überdenkt die Arbeit, die sie heute bereits geleistet haben. Es ist die fünfte Fuhr heute. Er tritt nicht grimmig mit den Fäßen: „Verdammt Tierquäler!“ „Ling ling ling ling!“ Eine „Elektrische“ kommt herangefahren.

„Gut! Gut!“ Wohl versehen sich die beiden Gaulte kräftig ins Geschirr, doch sie schaffen den Wagen nicht von der Stelle. Der Wagenführer und der Schaffner kommen heran, sie fassen den Pferden in die Bügel. Der Kutscher schlingt die Peitsche und sie versuchen es noch einmal. „Mist! Mist!“ Die Peitsche faßt auf die nassen Regendecken der beiden Gaulte; ein paar Fahrgäste fassen in die Radspokes und holpernd bringt man den Wagen wieder in Bewegung. Der Kutscher atmet erleichtert auf, er schließt mit den Pferden um die Wette.

Von der Elektrischen, die langsam vorbeifährt, springt ein Gendarm.

„Guten Sie mal an!“ „Anhalten vorren Sie! Hören Sie nicht?“

Der Kutscher ist zuerst ganz verblüfft und unschlüssig, eben erst mit „Mist“ und „Not“ den Wagen in Bewegung gebracht und jetzt —

Der Gendarm erfaßt die Leine, die Gaulte stehen von neuem.

„Wie helfen Sie?“

Der Kutscher antwortet verwundert und steht mit Erlaunen, daß seine Personallien feststellt werden.

„Aber was ist denn bloß los? Was wollen Sie denn von mir?“ bringt er endlich höflich heraus.

„Ein ganz rober Patron sind Sie, ein Tierquäler, verstehen Sie?“ Erstens den Wagen so voll zu laden, zweitens haben Sie die Straßenbahnlinien befahren und haben sogar auf den Schienen gehalten und drittens, auf soch schlecht gepflasterter Straße hält man überhaupt nicht, wo jedes Anzeichen eine direkte Qual für die armen Pferde ist.“

Eine Elektrische fährt gerade wieder vorbei, der Güter des Gefeches springt hinauf und fort ist er.

Von neuem treibt der Kutscher die Pferde an, doch es wiederholt sich genau dasselbe wie vorher, die Gaulte schaffen den Wagen nicht von der Stelle, erst von der Arbeit hinzukommende Arbeiter helfen den Wagen wieder vorwärts bringen.

Nachdem der Kutscher die Fuhrer Steine auf einen Neubau abgeladen hat, kommt er spät, wie gewöhnlich, halb elf, auf den Fuhrhof gefahren.

„Weiß der Teufel, daß Sie immer der Letzte sind.“ Schreit ihm der Fuhrherr, ein bider Herr mit aufgebunnenem Gesicht, entgegen.

„Set'n Sie man zufrieden, bei id man überhaupt noch mit die Fassen aufhale kommen bin. Aba die Verschärrung kann id Jahn leben, morgen neh'm id sie mich oder id schnappet!“

Er halt die Vaternie, die er sich für sein Geld anschaffen mußte und die das linke Pferd am Geschirr trägt, los und leuchtet damit den Pferden an den Wetzen herum.

„Hier seh'n Sie sich mal die Deene an!“

Er deutet auf starke Anschwellungen an den Hinterbeinen. Aber ohne auch nur einen Witz hierauf zu richten, entgegen der Fuhrherr:

„Ach was, warum ihn denn die Viecher als Pferde geboren? Zum Vergnügen haben wir sie nicht im Stall zu stehen. Liebergins — er klatzt mit der flachen Hand dem einen Gaul auf die Rippen — „die geh'n noch lange, die sind alle beide noch ganz gut imlaunde. Wenn Sie die nicht fahren wollen, dann lassen Sie's dießen, dann brauchen Sie morgen früh überhaupt nicht anzuspinnen, dann wird sie einfach ein anderer fahren.“

Ich wer Jahn mal was sagen, Herr Markert, mir hat heute 'n Schandarm uffgeschrieb'n wegen Tierquälererei, aber verurteilt werden und Strafe bezahlen müssen Sie um nich so knapp, versteh'n Sie mir?“

„Mistieren Sie hier nicht solch großen Mund, verstanden? Wenn Sie aufgeschriebten worden sind, ist es Ihnen schon ganz recht geschieden. Setz' Euch nicht stundenlang in die Kneipe, dann auf'n Abend soll's mit Gewalt eingeholt werden.“

„Guten Sie mir schon mal stundenlang in der Kneipe während der Arbeitszeit sitzen sehen?“

„Ach, die Jiden kennt man, ich sage Ihnen, ich bin auch mal früher Kutscher gewesen, ich weiß ganz genau, wie lange solche Fuhrer dauert, ich sage Ihnen, drei Stunden, länger nicht, Auf- und Abladen alles mit ein gerechnet. Morgens um sechs fahren Sie vom Hof, fünf Fuhrer machen Sie, die Fuhrer dauert drei Stunden, das macht bei mir fünfzehn Stunden. Von morgens um sechs bis abends um neun. Um neun könnten Sie bei mir schon Feierabend haben, seh'n Sie, aber wie gesagt, jetzt ist's schon wieder bereits halb elf durch, das ist Vummetel, weiter nichts.“

„Schade bloß um Ihr schlaues Köpfchen.“ höhnt der Kutscher, „hat mehen Sie denn, wenn ich eigentlich 'n Gappen Mittag essen soll, wat?“

Markert räuspert sich jedoch gedäusdvoll und tut, als ob er die letzten Worte nicht gehört hat und beschämt.

Am andern Morgen, als der Kutscher Preise, der es

jedenfalls vorgezogen hat, auf solchen Schindereisen zu verzichten, nicht zur Arbeit erscheint, hat sich der Fuhrherr einen draußen am Vorweg stehenden Arbeiter, der mit der Peitsche unterm Arm auf Beschäftigung wartet, auf den Hof und übergibt ihm das Geschloß des Kutschers. Als der neue „Kutscher“ vom Hof rassist, ruft ihm Markert noch nach:

„Also fünf Fuhrern, das ist das wenigste, die müssen Sie machen, haben Sie gehört? Dann haben Sie Feierabend.“

Draußen haut der Kutscher unheimlich auf die Pferde ein. Es ist noch recht finstern, er kann deshalb auch nicht sehen, daß den Pferden die Hinterbeine die angeschwollen sind, er hat ja auch keine Ahnung, gesagt ist ihm auch nichts worden. Kräftig gebrandet er die Peitsche, aufgeregt und von Schmerz gepeinigt traben die Gaulte mit dem Wagen raselnd von dannen.

Um die Mittagszeit herum, Herr Markert sitzt gerade beim Mittagstisch, tritt der Buchhalter herein und meldet, daß der neue Kutscher „angeflingelt“ habe, ihm seien die Pferde gestürzt.

Herr Markert: „Sind sie alle?“

Buchhalter: „Das hat er nicht gesagt.“

Markert zum Buchhalter: „Mach Klingeln Sie an beim Pferdeschächteri!“

Buchhalter ab.

Gott sei Dank, der Mann zählt jetzt wenigstens noble Preise.“

Er zerteilt behaglich seinen Braten, schließt ein Stüd nach dem andern in seinen breiten Mund, laut, daß ihm das Fett über's Kinn herunterläuft und spritzt:

„Na, schließlich wollen die armen Leute doch auch mal Fleisch essen. Mit mir können die armen Schläuder überhaupt zufrieden sein, ich für meinen Teil liefere ihnen im Durchschnitt jeden Monat 2-3 Gaulte.“

Seine Frau: „Du sieh einer bloß mal an, wenn das nun nicht der Fall wäre, dann müßte so manche arme Familie wieder mit soviel weniger Fleisch zufrieden sein.“

Herr Markert: „Dabei sind das alles große, starke und bide Pferde, Prachtexemplare, sag ich Dir, viel zu schade zum Schlachten.“

Sie: „Und gesund sind sie doch auch alle, nicht wahr?“

Er: „Aber selbstverständlich, termgesund. Das liegt nur an den Kutschern, wenn einem solch Pferde zum Teufel geh'n. Die fragen nichts danach, es loßt ja nicht ihr Geld.“

Er entkorkt eine zweite Flasche Wein, füllt die beiden geschliffenen Kelche und indem er mit seiner Frau anstößt, sprechen sie wie aus einem Munde:

„Wenn man's richtig nimmt, ein kolossaler Schaden jeden Monat.“ Und alle beide seufzen. Die armen Pferde — nein Fuhrerren!

bisherigen Löhnen nicht mehr auskommen zu können. Deshalb müssen die Fraktur lebenden Zahlen der amtlichen Preisstatistik in die große Öffentlichkeit fortgesetzt hinausgeschrien werden.

Über diese amtlichen Zahlen enthalten noch einen anderen kategorischen Imperativ, der lautet: Arbeiter, schließt Euch in starken Organisationen zusammen oder werdet das bedauernde Opfer eines langsamen, aber mit Sicherheit eintretenden Hungertodes! Ein drittes gibt es nicht.

Wirtschaftlicher Rückblick auf das Jahr 1905.

II.

Der in unserem vorigen Artikel gegebene Vergleich von Außenhandelsziffern der hauptsächlichsten Handelsstaaten der Erde ließ bereits die Tatsache erkennen, daß Deutschlands Warenverkehr mit dem Auslande sich im ablaufenden Jahre nicht demjenigen der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien am meisten gegen das Vorjahr gehoben hat. Doch auch ein Vergleich der absoluten Ziffern der drei Länder ergibt ein für uns günstiges Bild, indem er zeigt, daß unsere Ausfuhr hinter der amerikanischen und englischen erstaunlich wenig zurückbleibt. Damit ist die hervorragende Bedeutung gekennzeichnet, zu der Deutschland sich emporgearbeitet hat. Unter so wesentlich schwierigeren Bedingungen als jene seine Hauptkonkurrenten im internationalen Verkehr stehend, konnte Deutschland dennoch seinen Handel mit dem Auslande in einer äußerst befriedigenden Weise ausdehnen. Eine fortschreitende Entwidlung dieser Beziehungen ist ja allerdings auch eins der wesentlichsten Erfordernisse für das wirtschaftliche Gedeihen unseres Landes, das bei seiner jährlich um beinahe eine Million Menschen zunehmenden Bevölkerung und seinem starken Einfuhrbedürfnis an Lebensmitteln von dem vorteilhaften Absatz seiner industriellen Fabrikate aus Ausland, von der Pflege des Handels leben muß.

Gerade infolge der stetigen, starken Bevölkerungs Zunahme läßt sich eine ganze Reihe für sich selbst sprechen der Daten als Beweis für die Gunst der Verhältnisse anführen. Beginnen wir mit der Produktion bezüg. dem Verbrauch der wichtigsten Rohstoffe für die Industrie: Deutschlands Rohstoffeinfuhr (einschließlich derjenigen von Luxemburg), die nach einem leichten, im Jahre 1901 eingetretenen Rückgang ununterbrochen neue Steigerungen durchlief, hat sich im ablaufenden Jahre weiter gehoben, so daß die Gesamtmenge pro 1905 auf etwa 10,9 Mill. Tonnen zu veranschlagen ist, gegen 10,06 Millionen in 1904, 11,02 Millionen in 1903, 8,53 Millionen in 1902 und 7,88 Millionen in 1901. Und dabei ist zu berücksichtigen, daß die Rohstoffeinfuhr durch den großen Bergarbeiterstreik vom Frühjahr d. J. recht erheblich beeinträchtigt worden ist. Eben im Zusammenhang mit dem letzten steht es, wenn die deutsche Steinkohlenproduktion in 1905 die vorjährige Ziffer nicht allzu erheblich übersteigt. In den elf Monaten vom 1. Januar bis Ende November belief sich dieselbe nämlich im ganzen Deutschen Reich auf 110,67 Millionen Tonnen, gegen 109,63 Millionen Ton. in der gleichen Frist des Vorjahres, aber — und das ist das Charakteristische der Situation — in diesen elf Monaten stieg die Einfuhr fremder Steinkohlen von 6,64 Millionen Ton. auf 8,61 Millionen, also um beinahe 2 Millionen Tonnen, während die Ausfuhr deutscher Steinkohlen nur um 213 000 Ton. gegenüber dem Vorjahre zunahm. Gleichzeitig stieg die Einfuhr von Koks gegen das Jahr 1904 um 155 000 Tonnen und von Braunkohlen um 213 000 Tonnen. Ein nicht minder beachtliches Zeugnis für den gesteigerten Kohlenbedarf und damit für den Aufschwung unserer Industrie legt die ganz außerordentliche Steigerung der deutschen Braunkohlenproduktion ab; die letztere belief sich in den elf Monaten bis Ende November v. J. auf 47,43 Millionen Ton. gegen 44,33 Millionen in 1904.

Einen weiteren beachtlichen Maßstab für die wirtschaftliche Entwicklung liefern die Eisenbahnentnahmen. Die deutschen Bahnen konnten in 1905, abgesehen von der Steigerung durch den Kohlenarbeiterstreik, durchgehends über nennenswerte Verbesserungen der Bruttoergebnisse berichten. Am Schluß des Jahres ergab sich nach der Statistik des Reichseisenbahnvertrags für die Bahnen mit dem Rechnungsjahr April—März bei einer Gesamteinnahme von 1224 Millionen M. ein Plus in Höhe von 68,88 Millionen M. und für die Bahnen mit dem Rechnungsjahr ab Januar bei einer Gesamteinnahme von 216,26 Millionen M. ein Plus von 7,69 Millionen M. Natürlich kommt der Hauptteil der Einnahmestärkung auf den Güterverkehr, und sicher wäre es noch bedeutender, wenn nicht die übergroße Inanspruchnahme der Verkehrsmittel vom Herbst dieses Jahres an schließlich zu einem Wagenmangel geführt hätte, der ebenso unangenehm und störend für die Bahnen selbst, wie für die in Verlegenheit gesetzten Verladenden und Empfänger der nicht prompt zum Transport gelangenden Waren war.

Mit fernerem Beweis für den wachsenden Umfang des geschäftlichen Verkehrs mag die sehr bedeutende Einnahmestärkung aus der deutschen Wechselbanksteuer herangezogen werden. Das Reichsfinanzamt verzeichnete in den acht Monaten vom 1. April bis Ende November v. J. eine Einnahme aus dieser Steuer von 9,59 Millionen Mark oder rund 1 Million M. mehr als im gleichen Zeitraum des vorigen Finanzjahres.

Die Zunahme des Erlöses aus der vorerwähnten Steuer beweist zugleich noch etwas anderes, nämlich die starke Steigerung des Kreditbedürfnisses, die ja denn auch tatsächlich eins der bedeutendsten Konjunktur begleitenden Merkmale ist. Bei Beginn des Berichtsjahres zwar hatte der deutsche Geldmarkt ganz außerordentlich billige Sätze zu notieren. Der Privatdiskont betrug im April nicht mehr als 1,91 pSt., durchschnittlich. Von da an machte sich aber eine stetige Tendenz bemerkbar, die allerdings bis in den September noch nicht

zu einem höheren Durchschnittssatz als 2,95 pSt. geführt hatte. Dann aber ging es bald rasch aufwärts, und im Dezember langten wir bei einem Privatdiskont von 5,98 pSt., einem Reichsdiskont von 6 pSt. und einem offiziellen Zins für Lombardkredit von 7 pSt. an. Die Entwidlung läßt sich kurz dahin erklären, daß die billigen Geldsätze seit Beginn des Jahres bis in das dritte Quartal hinein die Unternehmungslust stark anregten; dadurch wurde die Konjunktur wesentlich gefördert, schließlich aber doch auch die Kraft des Geldmarktes erschöpft.

Die Gunst der Verhältnisse spiegelt sich des Weiteren in der, trotz stetigen Neuangebots von Arbeitskräften, ungeduldig guten Verfassung des Arbeitsmarktes wieder. Die Frühjahrsmonate Februar und März brachten auf diesem eine merkwürdige Steigung. Der April ließ den sonst üblichen Anstieg von Arbeitskräften ganz vermissen; im Mai setzte sogar eine neue Aufwärtsbewegung des gewerblichen Arbeitsmarktes ein, dieselbe bezeugte sich weiterhin, so daß im August dem amtlichen Reichsarbeitsblatt die Entwidlung als „im allgemeinen recht günstig“ bezeichnet werden konnte. Vor allem der sehr günstige Geschäftsgang in der Metall- und Maschinenindustrie gab dem Ganzen das Gepräge. Ende September war die erste Hälfte des Jahres zu verzeichnen, daß die Prozentziffer der Arbeitslosen mit 1,4 pSt. die bisher günstigste war. (Die erste amtliche Erhebung dieser Art hatte am 30. Juni 1903 stattgefunden.) Der Oktober ließ eine Abänderung der allgemeinen Konjunktur nicht erkennen; neben der Metall- und Maschinenindustrie konnten speziell die chemische und die Textilindustrie gut berichten. Im Monat November endlich kam den Arbeitsverhältnissen nicht unwohlgefühlt die milde Witterung zu statten, indem dank derselben die Bauwirtschaft nicht unterbrochen zu werden brauchte. Die in dem letztgenannten Monat zu verzeichnende Verringerung des Angebots an Arbeitskräften war lediglich auf den um diese Jahreszeit üblichen Zuzug von Lande in die Städte und Industriezentren zurückzuführen. Nach den vorläufigen Ziffern der an die Berliner Halbmonatschrift „Der Arbeitsmarkt“ berichtenden öffentlichen Arbeitsnachweise kamen auf 100 offene Stellen in den ersten elf Monaten des Jahres Arbeitsuchende:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
1904	161,5	144,0	115,2	118,2	120,9	124,1
1905	152,2	139,0	110,2	118,0	119,7	118,4
	Juli	August	Sept.	Ok.	Nov.	
1904	119,9	126,7	106,7	130,9	157,9	
1905	109,5	107,4	96,1	112,2	132,8	

Im tausenden Monat machten sich sogar Klagen über Arbeitsmangel in den preussischen Bergbaubetrieben bemerkbar.

Für die Festigung der Basis unseres Wirtschaftslebens stellen die vorstehend erdachten günstigen Umstände um so wesentlichere Einsicht, als schon die beiden Vorjahre eine aufstrebende Entwidlung verraten hatten.

An die letzte Tatsache erinnern die in diesen Tagen amtlich veröffentlichten Daten der diesjährigen preussischen Einkommensteuerveranlagung. Nachdem sich bereits pro 1904 das steuerpflichtige Einkommen in Preußen um 381 Millionen M. erhöht hatte, ist pro 1905 die folgende neue Steigerung der Hauptziffern zu konstatieren: Die Zahl der Steuerpflichtigen stieg um 260 000, deren steuerpflichtiges Einkommen um 550 Millionen M. und deren Einkommensteuer um 104 Millionen M. In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß das Rechnungsjahr 1904 bei den preussischen Sparkassen eine größere Zunahme der Spareinlagen als alle Vorjahre aufzuweisen hatte; der Ueberschuß der Neueinlagen über die Rückzahlungen belief sich nämlich auf 314,07 Millionen M., gegen 300,18 Millionen M. in 1903, 311,94 Millionen in 1902 und 313,67 Millionen in 1901. Vor dem war der genannte Ueberschuß weit hinter diesen Ziffern zurückgeblieben; nur im Jahre 1895 hatte er mit 233 Mill. Mark die Grenze von 200 Millionen M. überschritten. Die Gesamteinlagen der Sparkassen sind im Jahre 1904 auf 7762 Millionen M. gestiegen.

Seit der Zeit der amtlichen Sammlung der im vorstehenden Absatz genannten Daten haben sich die Einkommenverhältnisse der Kapitalisten gabellos weiter erheblich gehoben, denn mehr als in den Vorjahren konnte unsere Industrie im ablaufenden Jahre infolge der auf einer Reihe von Gebieten durchgeführten Preiserhöhungen für Fabrikate ins „Verdienen“ bringen. Die Verkaufspreise für letztere haben sich in 1905 fast durchweg erhöht. In den Ergebnissen der großen Industriezweigschaften tritt deutlich die günstige Marktlage hervor. Man betrachte die folgende kleine Tabelle einer Anzahl von Dividenden für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr 1904-05 im Vergleich mit den für 1903-04 ausgeschütteten Dividenden (alles in Prozent):

	1904-05	1903-04
Vodumer Gußstahlverein	12	10
Wäpferde Walzwerk	6	5
Görder Bergwerk St.-Prioritäten	10	8
Prinzberg Bergwerk- und Eisengießerei	10	8
Sächsischer Gußstahlwerk Döhlen	15	12
Vereinigte Stahlwerke der Rypen	10	9
Wittener Gußstahl	13	6
Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft	10	9
Dresdener Maschinenbau und Eisengießerei	12	11
Düffelsdorfer Waggonfabrik	17	14
Freund Maschinen	12	10
Görlitzer Eisenbahnbedarf	18	15
Humboldt Maschinen	7	5
Krämer u. Co. Maschinen	14	7
Königszettel Wollwaren	12½	9
Panzer Waggonfabrik	5	0
Jüterbock Maschinen	20	10

Die Erhöhungen der Dividenden sind teilweise recht beträchtlich. In der zweiten Hälfte des Jahres 1905 hat sich die ansehnliche Konjunktur in den Fabrikatpreisen noch bei weitem deutlicher ausgeprochen. Die Dividendensteigerungen der Industriezweigschaften, deren Geschäftsjahr mit dem 31. Dezember abgelaufen ist, lauten denn zum Teil auch höher als 1904. So werden ge-

schätzt die Dividenden pro 1905 im Vergleich mit der für 1904 verteilten Quote bei den Gesellschaften (alles in Prozent):

	Schätzung pro Divid. pr.	1905	1904
Georg Egehorffs Salzwerke	mindestens 8	7	
Neue Bergbau-Aktiengesellschaft	16	14	
Oberthleise Elfenbein-Ges.	6	4	
Waggonfabrik Hofmann	ca. 20	18	
Waggonfabrik Hilt	15-16	12½	
Continental-Gummiwerke u. Guttapercha	40	33½	
Kannoversche Gummitann- u. Guttapercha	ca. 15	11	
Vereinigte Glasfabrik (Gotha)	8-9	6	
Deutsche Spiegelglas-Akti.-Ges.	ca. 17	14	
Gereßheimer Glasfabrik	10	7½	
Kannoversche Papierfabrik Akt.- u. Gr.	ca. 10	9	
Deutsche Altpapier-Akti.-Ges.	8	7	
Alt.- u. Gr. Seifert (Altpapier) Borg.-Akt.	10	0	
Giesel, Zementfabrik	10	8	
Nordb. Portlandzementfabrik	ca. 7	5½	
Schlesische Altkemmel für Portlandz.	13	10½	
Schmalzburger Zementfabrik	10	9	
Leutonia Mühlburger Zementfabr.	mindestens 12	8	
Münster Zementfabrik	4-5	0	
Vorbooster Zement	12	6	

Neumannschem Prozent dieses Millionenbetrags des Jahres 1905 haben die Unternehmer in ihre unergründlichen Taschen gesteckt, nur Profanen sind für die schaffende Arbeit dabei abgefallen. Der Kienstampf der Ruhrbergleute, der Kampf im mitteldeutschen Textilgewerbe, im rheinisch-westfälischen Baugewerbe, in der Berliner Elektrizitätsindustrie ist der beste Beweis dafür, daß man den Arbeiter an den höheren Profitten nicht teilnehmen lassen will. Alles für mich, das war die wirtschaftliche Parole des Unternehmertums auch im Jahre 1905.

Handelskammern und Handelsinspektoren.

II.

Ferner ist in der Eingabe des Kaufmannsgerichts München auch noch auf die Bestimmungen des Handelsrechts- und des Krankenversicherungs-gesetzes Bezug genommen.

Dazu meint die Leipziger Kammer:

Indessen sind in diesen Gesetzen selbst eine ganze Reihe von Bestimmungen enthalten, die eine besondere Aufsicht zur Durchführung derselben unnötig erscheinen lassen. Wir erwähnen nur die sehr weitgehenden zivilrechtlichen Ansprüche, die dem Verkäufer gegen den Arbeitgeber eingeräumt sind, die Strafbestimmungen für Verletzungen der den Arbeitgebern obliegenden Pflichten, die Vorschriften über die Versicherungen nach § 78 des Krankenversicherungsgesetzes, die ihm die selbständige Verfolgung seiner Rechte erleichtert, die Kontrollvorschriften der §§ 181 ff. des Unfallversicherungs-gesetzes, wonach die Versicherungsanstalten selbst Aufschlagsbefugnisse und -pflichten haben usw. Jedenfalls müssen wir nach alledem zu dem Ergebnis gelangen, daß, soweit die Durchführung der für die Handlungsangestellten erlassenen Schutzvorschriften in Betracht kommt, ein Bedürfnis für die Schaffung einer besonderen Aufsichtsbehörde nicht vorliegt. Was die weiteren Aufgaben anlangt, die der Antrag des Kaufmannsgerichts zu München den Handelsinspektoren aufgegeben hat, nämlich allenfallsige Mängel der Gesetze aufzuzeigen und der Regierung bekannt zu geben, derselben Jahresberichte zu erstatten, Gutachten abzugeben und bei tatsächlichen Erhebungen, die den Handelsstand betreffen, mitzuwirken, so müssen wir uns gegen die Zuweisung derartiger Aufgaben an besondere Handelsinspektoren ganz entschieden aussprechen; denn wir müßten das als einen Eingriff in die Zuständigkeit der Handels- und Gewerbesammlungen betrachten, die nach § 1 des sächsischen Handels- und Gewerbesammlergesetzes der Regierung als fachverständige Organe für Fragen des Handels, der Industrie und des Gewerbes zu dienen bestimmt sind. Was insbesondere die Aufgabe von Gutachten durch die Handelsinspektoren anlangt, so werden hier von selten der Handlungsangestellten weitestgehende Befugnisse für die Handelsinspektoren beantragt, als sie nach § 139b der Gewerbeordnung den Gewerbeinspektoren zustehen. Uebrigens hat die Regierung und haben die gesetzgebenden Körperschaften bereits unter den jetzigen Verhältnissen vollauf Gelegenheit, sich über die Lage der Handelsangestellten außer durch Befragung der Handelskammern auch noch durch solche der Angestelltenverbände zu orientieren, wie es ja auch bereits in letzter Zeit wiederholt geschehen ist. Wir erwähnen nur die tatsächlichen Erhebungen über die geistliche Regelung der Arbeitszeit in nicht mit einer öffentlichen Verkaufsstelle verbundenen Restaurants. Uebrigens ist man den Angestellten bereits infolge entgegen gekommen, als man den Kaufmannsgerichten das Recht zugesprochen hat, in Fragen über das kaufmännische Dienst- und Lebensverhältnis Anträge an Behörden, an Vertretungen von Kommunalverbänden und an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten oder des Reiches zu richten (§ 18 Abs. 2 des Gesetzes, betr. Kaufmannsgerichte). Wenn endlich an die Einführung von Handelsinspektoren die Hoffnung geknüpft ist, daß die Tätigkeit des Inspektors dem Prinzipal nicht minder als den Gehilfen zugute kommen und der Handelsinspektor auch dem Prinzipal ein objektiver Berater sein werde, so können wir diese Erwartung keineswegs teilen. Wir können im Gegenteil versichern, daß in den Kreisen der Prinzipale gegenüber den zunehmenden Bestrebungen, die kaufmännischen Betriebe einer eingehenden und lästigen polizeilichen Beaufsichtigung zu unterziehen, eine große Abneigung besteht, die gegenüber der in Aussicht genommene Einrichtung in ganz besonderer Weise hervortritt. Man wird in dem Handelsinspektor von vornherein nicht einen Berater, sondern ein völlig unnützes und daher um so lästigeres Aufsichtsorgan sehen, das nur geeignet ist, die Summe der den Kaufmannsstand bereits bedrückenden Erbschwerungen zu vermehren. Es ist ein

durchaus irriger Standpunkt, wenn von Seiten der Angestellten behauptet wird, dem humanen Prinzipal könnte die geplante Einrichtung doch ganz gleichgültig sein, da sie sich doch nur gegen denjenigen richtet, der seine Pflichten nicht nachläßt; denn das Gefühl der hängigen Kontrolle muß gerade für den Geschäftsinhaber, der den gesetzlichen Vorschriften jederzeit gerecht zu werden bemüht ist, als unbedeutend und lästig erscheinen. Eine Einrichtung, die einer so unangenehmen Ausnahme von Seiten der Prinzipale sicher sein kann, ist weit entfernt, das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer günstiger zu gestalten. Sie wird im Gegenteil nur dazu beitragen, beide Teile von einander zu entfernen und vielen Angestellten sicher Veranlassung geben, nicht mit ihren Prinzipalen, sondern gegen dieselben zu arbeiten.

Der Ausschuss der Handelskammern im Regierungsbezirk Altmühl führte u. a. aus:

Wenn zur Begründung des Antrags auf Einrichtung von Handelsinspektionen das bestehende Institut der Gewerbeinspektoren herangezogen wird, so ist demgegenüber auf die große Verschiedenheit zwischen den beiden Institutionen hinzuweisen. Die Gewerbeinspektion ist notwendig geworden, weil die große Mannigfaltigkeit der technischen Produktionsweise, der komplizierte mechanische und chemische Betrieb, die Zusammenordnung großer Massenmassen auf relativ engen Raum und die mit allen diesen Umständen verbundenen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der männlichen und weiblichen Arbeiter sowie für die Anwohner solcher Betriebe zahlreiche schwer zu überschende Gesetzesvorschriften und noch weit mehr Ausführungsbestimmungen erforderlich machen, mit deren Durchführung und weiteren Ausbau nur technisch vorgebildete Fachmänner und Spezialbeamte betraut werden können. Ganz anders aber liegen die Verhältnisse im Handel. Die Aufgabe der Handelsinspektoren ist lediglich darauf beschränkt, die Ausführung der wenigen einfachen Vorschriften zu überwachen, welche zum Schutz der Geschäfte erlassen sind. Hierbei kann es sich aber höchstens um eine Ermittlung der tatsächlichen Tätigkeit der Angestellten, also um eine Verhinderung der Beschäftigung des Personals über die gesetzlich festgelegte Grenze hinaus, sowie um eine Kontrolle darüber handeln, ob genügend Selbstständigkeit für die Geschäfte und Geschäften vorhanden ist, ob der Prinzipal den gesetzlichen Vorschriften gemäß für geeignete Vorkehrungen zum Schutz von Gesundheit und Sittlichkeit gesorgt und auf die Religion der Angestellten gebührend Rücksicht nimmt. Die Befugnisse der Inspektoren sind sehr beschränkt. Eine solche Aufsichtsführung ist aber verhältnismäßig leicht, denn der Maschinenbetrieb mit seinen komplizierten Verhältnissen und die vielen Gefahren, die im Handel vorliegen, sind nicht vergleichbar. Es ist aber unvorstellbar, daß sich Handelsinspektoren für größere Bezirke in dem gleichen Maße mit den jeweiligen lokalen Verhältnissen vertraut machen können, wie Polizei- und Gemeindebehörden. Es kommt hinzu, daß der Handelsinspektor ohnehin immer nur wenigstens im Jahre revidieren kann, während dieses den Organen der Polizei öfter möglich ist. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Überwachung der bestehenden Schutzvorschriften für die Privatangelegenheiten im Handelsgewerbe durch die bisher dazu berufenen Organe in durchaus genügender Weise stattfindet. Es liegt im Interesse der Erhaltung der friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Prinzipal und Angestellten, dem Verlangen nach Handelsinspektionen nicht nachzugeben. Wenn man nach dem Ursprung der Forderung nach Handelsinspektionen fragt, so findet man, daß seit einigen Jahren in den Kreisen der Handlungsangestellten Verleumdungen hervorgebracht sind, das bisher bestehende Vertrauensverhältnis zwischen der selbständigen Kaufmannschaft und den Handlungsarbeitern zu verschleichen. Nach den Aussagen einiger Arbeitnehmer-Verbände ist der Handlungsangestellte nicht mehr der Mitarbeiter und Vertrauensmann des Prinzipals, sondern nur der Arbeitnehmer, der, ohne Interesse für das Gelingen des Geschäfts, nur nach Leistung und Gegenleistung fragt. Entsprechend dieser falschen Anschauung hat sich bereits ein nicht unerheblicher Teil der Handlungsangestellten organisiert und sich in seinen Anschauungen auf den Boden der modernen Arbeiterbewegung gestellt. Die Forderungen der gewerkschaftlichen Verbände kommen bereits denjenigen der sozialdemokratischen Gewerkschaften bedenklich nahe, und wenn die gewerkschaftlich organisierten Handlungsangestellten sich stark genug fühlen, werden sie auch nicht mehr davor zurückschrecken, zur Erreichung ihrer Ziele gegenüber der selbständigen Kaufmannschaft solche Mittel anzuwenden, wie sie im heutigen wirtschaftlichen Kampfe der industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer unserer Volkswirtschaft diese Wunden schlagen. Bevor haben sie es sich aber zum Ziel gesetzt, im Handelsgewerbe analoge Einrichtungen zu schaffen, wie sie in der Industrie im Verhältnis vom Arbeitgeber zum Arbeitnehmer bestehen. Zu diesen Einrichtungen gehört auch die Handelsinspektion. Der deutsche Handel hat in der letzten Zeit Opfer genug bringen müssen. Es ist aber nicht abzusehen, noch es führen wird, wenn immer den Verleumdungen nachgegeben wird, welche systematisch das alte Vertrauensverhältnis zwischen Prinzipal und Arbeiter im Handelsgewerbe untergraben.

Deshalb stimmte den Ausführungen seines Berichtserstatters zu, welcher es als notwendig bezeichnete, den Verleumdungen zur Errichtung von Handelsinspektionen mit Nachdruck entgegenzutreten, was am wirksamsten durch eine Anregung beim Deutschen Handelstag geschehen könne.

Auftrag erteilte den Deutschen Handelstag, den Verleumdungen zur Einführung von Handelsinspektionen mit allem Nachdruck entgegen zu treten.

Die Vereinigung von Handelskammern des nieder-rheinisch-westfälischen Industriebezirks beschloß, beim Deutschen Handelstag zu beantragen, daß mit aller Entschiedenheit gegen die Errichtung

von Handelsinspektionen Front gemacht werde.

Die Handels- und Gewerbeinspektion zu München sprach sich am 10. Oktober dahin aus, daß von der Einführung besonderer Handelsinspektionen abgesehen sei, dagegen anzustreben sei, daß die Aufsicht über die handelsgewerblichen Betriebe den Fabrik- und Gewerbeinspektoren übertragen werde.

Unsere Kollegen mögen sich diese Stellungnahme ihrer Prinzipale merken. Die Humanität unserer Kaufleute ihren Angestellten gegenüber scheint in Bezug auf ihre Wärme am Nordpol aufspringen zu sein, ihre Entschlossenheit ist heute noch nicht über die Antarktis hinausgekommen.

Offener Brief.

An den Kaiser beim Führen der Schutze.

Werter Kollege!

Wie Du noch ein Anbeter warst und auf der Schutzbank sahest, wurde Dir von Deinem Lehrer der Wert der Organisation vor Augen geführt. Er zeigte Dir dort aus der Bibel, wie sich die ersten Christen organisierten, sich verbänden, große Gemeinschaften bildeten, um den Geist der Brüderlichkeit zu pflegen und auszubilden, wie ihn jener großer Nazarener so meisterhaft lehrte. Einmal erfaßt und aufgenommen, widerstanden sie allen Verfolgungen und Drohungen, Angst und Not. Der Gedanke an ihre Organisation und ihre Ideale ließ sie alles ertragen, selbst das Leben opfern.

So wie damals, steht es auch heute im Kreise Deiner Arbeitskollegen, auch sie befehlt der Gedanke der Zusammengehörigkeit für eine gemeinsame Sache, zwar nicht für ein Dogma, aber sie wollen ihre Kraft und Intelligenz so teuer als möglich verkaufen. So steht Du auch hier, wie diejenigen, welche für ihre Ideale eintreten, verfolgt werden wie jene, nur in veränderter Form.

Weißt Du, was es heißt, organisiert zu sein? In den Augen Deiner Arbeitskollegen, bist Du nur dazu da, ihnen das Leben so angenehm als möglich zu machen, denn nur solange er Deine Arbeitskraft gebrauchen kann, behält er Dich; bist Du alt und es geht nicht mehr, die Fülle können den langen anstrengenden Dienst von 16 bis 20 Stunden nicht mehr ertragen, so wirst er Dich auf die Straße, wo Du der Stadt oder der Kommune zur Last fällst, denn Du wirst dich vergebens halten, Du ein paar Groschen zurückzugeben. Du darfst, beiseite seinen eigenen Willen oder vielmehr gar selbständige Gedanken in Deiner Brust tragen. Dein Arbeitgeber behält das Geschäft, immer bist Du abhängig von ihm, da Du nur Deine Arbeitskraft und Deine Fähigkeiten hast, und so erhältst Du auch nur einen lärmigen Lohn. Dieser wird aber selbst mit den Nebenbeträgen selten ausreichen, Dir ein einigermaßen angenehmes Leben zu verschaffen oder gar selbständig zu werden. Dein Arbeitgeber will so viel als möglich verdienen, um sich so bald als möglich auszurufen von seinen Vorbeeren. Du aber bleibst ein armer Schuster, mußt, wenn Du gänzlich ohne Mittel bist, in den Straßen von Stadt zu Stadt, hungern und frieren. Denn Du bist ja nur ein Arbeiter, ein Lohnsklave, und wenn sie Dich fassen beim Diebstahl, mußt Du ins Gefängnis und verlierst Deine Freiheit.

Aber noch mehr, auch das Schlafen und Essen wird Dir angedreht, anstatt daß Du für Deine Arbeit bezahlt wirst und Dir selbst eine Dir gefällende Wohnung und auch die Deinem Körper entsprechende Nahrung zuführen könntest, wie Du willst. Warum wohl? Etwa, weil Du vielleicht keine Zeit hast, oder er so besorgt ist, daß Du nichts zu essen bekommst oder keine Wohnung hättest oder fürchtet er, Du würdest alles in der freien Zeit totschlagen? Eine solche Verwundung Deines eigenen Ichs kannst Du Dir unmöglich gefallen lassen. Ist Du moralisch so weit herin, daß Du ohne Aufstich Deine freie Stunden nicht als anständiger Mensch verbringen kannst?

Nun sieh Dir mal die Besorgnis Deines Arbeitgebers um Dein leibliches Wohl etwas näher an. Beschau die Wohnung; ist glaube ich, für Dein Geld würdevoll. Du darfst nicht haften, denn in der Regel ist es doch die erbärmlichsten Häuser, in denen Du wohnen mußt. Dein „Herr“ will eben auch hier verdienen. Vergleiche Deinen Lohn mit dem anderer Arbeiter, die nicht in Kost und Logis sind und ihren Lohn bar erhalten. Da wirst Du staunen, welcher Witz Dir gemacht wird, wie teuer Du alles bezahlst mußt und wie weit das Gebotene dem entspricht, welches Du mit Recht verlangen könntest. Wenn Du alles das berechnest, wirst Du bald finden, daß Du der Dumme bist. Dein Prinzipal hat aber noch andere Vorteile dadurch, daß Du dort wohnst. Er kann Deine Arbeitskraft nach Belieben ausnützen, während andere Kollegen wenigstens in ihrer freien Zeit machen können, was sie wollen, bist Du immer bei der Hand; bei den kleinsten Pausen hat man Arbeit für Dich, so daß Du niemals Ruhe hast. Als einzelner bist Du machtlos. Du mußt es Dir gefallen lassen, was Dein Arbeitgeber will, solange Du allein bist. Dich abschleht von der Organisation. Den Belohnst Du sofort, wenn mehrere Kollegen in einem Hause arbeiten und nicht mehr zufrieden sind mit den Umständen und sich beschließen, was zu machen ist. Du fragst, ob Du den Vertrauensmann machen sollst, der mit dem Prinzipal zu verhandeln hat. Sind sie zu feige und wollen nicht und Du gehst allein und willst besseren Lohn, sauberes Logis usw. — Du antwortest Dir jener fast lächelnd: Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie gehen, die anderen haben keine Mägen, für Sie finde ich Erfolg. Wären aber alle gegangen, so hättest Du in geeigneter Zeit Eure Forderungen durchdrücken können.

Wie in diesem einen Fall, ist es um so mehr, wenn es sich um die ganze Kollegenchaft handelt. Sind sie uneinig, zerfällt, folgen und unterwürfig, indifferent und schamlos, dann hat der Arbeitgeber alle Macht auf seiner Seite und er kann Dich behandeln, wie einen Knecht, der sich beordern lassen; er bestimmt allein die Arbeitszeit, auch den Lohn, Kost und Logis. Sind die Kollegen aber einig und erkennen ihre Macht, treten alle für einen, einer für alle ein, dann muß auch auf unserer

Seite der Sieg bleiben, dann zwingen wir die Arbeitgeber, nachzugeben, und das zu erreichen, was andere Organisationen längst errungen haben.

Die Arbeit ist der Feind, aus dem die Kirche der Zukunft aufgebaut wird. Ohne Arbeit wäre alle Kultur unmöglich, daher mußt auch Du Deinen Teil dazu beitragen. Zu den Kulturbedürfnissen gehört außer Essen und Trinken anständig kleiden, auch bildende Unterhaltung, gute Konzerte, gute Bücher; alles dieses verbessert die Menschheit. Sage, reicht Dein Lohn dazu aus und Deine freie Zeit, oder liegt es nicht vielmehr so, daß, wenn Du arbeitest, keine Zeit, und wenn Du Zeit kein Geld hast? Auch hast Du das Recht, Dir ein Heim zu gründen wie jeder andere; Du bist Bürger, zahlst Deine Steuern. Nur durch die Kraft der Organisation werden wir es auch einmal so weit bringen können. Heute hat man verheiratete Kollegen nicht gern, die jüngeren sind flinker und anspruchsvoller und lassen sich viel mehr gefallen. Auch hast Du das Recht und die Pflicht, Dich dem öffentlichen Leben anzuschließen, genau wie die Reichen in allen Staats- und Gemeinwesen mitbestimmen zu helfen und nicht Dich führen zu lassen, ohne zu fragen, woher — wohin. Die Arbeiter müssen sich eben erst alle Rechte erkämpfen, geschweige denn kommen sie nichts. Du wirst aus alledem erkennen, daß es nicht so weiter geht. Du mußt den Schiedsrichter beiseite lassen, Dich der Organisation anschließen oder bist Du schon drin, so mußt Du Dich aufraffen und helfende Hand anlegen, damit der Verband zur Macht wird. Dente mit Stolz, daß Du eine Organisation hast, für die Du kämpfen kannst und welche für Dich arbeitet; für sie einzutreten, heißt zugleich, für sich selbst arbeiten, denn nur im Verein mit anderen kannst Du auch Deine Lage verbessern.

Dein Freund

Gabrecht.

Öffentliche und Mitglieder-Veranstaltungen.

Bernburg. Die am 6. Januar stattgefundene Generalversammlung, welche von 60 pEt. der Mitglieder besucht war, nahm unter reichhaltiger Tagesordnung einen sehr guten Verlauf.

Der Gauerteil hielt einen Vortrag über die wirtschaftlichen Kämpfe im Jahre 1905 und führte unter anderem aus, wie schwer es sei, eine richtige wirtschaftliche Kriegsmacht zu bekommen.

Auch in der Diskussion sprachen sämtliche Redner im Sinne des Referenten.

Am Schluß wurde dem Referenten von allen Seiten lebhafter Beifall zuteil.

Darauf gab der Kollege Wiese den Kassenbericht vom 4. Quartal und wurde ihm einstimmig Dank ausgesprochen.

Im folgenden Punkte gab der Bevollmächtigte Müller einen Tätigkeitsbericht, woraus zu erkennen, daß man nur mit Hilfe einer festen Organisation etwas erreichen kann, denn wenn man die Macht hat, hat man auch den Sieg.

Sodann wurde zur Neuwahl geschritten und wurden gewählt die Kollegen Müller als 1. Bevollmächtigter, Wille als Kassierer, Kleine als Schriftführer, Rabide und Wärtens als Beisitzer, August Marxgraf und O. Krennide als Revisoren.

Hier anschließend kamen noch einige Mängel zur Sprache. Der Bevollmächtigte regte nochmals an, eine fräftige Agitation zu entfalten, damit wir in diesem Jahre unsere Lohnverhältnisse einer Besserung unterziehen können.

Frankfurt a. M. Am 3. d. Mts. fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses unsere Mitglieder-Veranstaltung statt. Zum ersten Punkt, Geschäftsliches, sprach ein Kollege, welcher auf die schönen Erfolge der letzten Betriebs-Lohnbewegungen bei Bosch, Meindahl und Frankfurter Kautschuk-Gesellschaft hinwies. Auch auf den Fall des Kollegen Liebermann, welcher in der Villa Sommerhof, Gullenstr. 303, von einem Hunde gebissen wurde, dadurch 7 Wochen im Spital lag und heute noch nicht geheilt ist, machte er aufmerksam. Die Kollegen Rabide und Ständer wurden mit dem kleinen Willensfehler vorstellig in betreff Schadenersatz. Dieser menschenfreundliche Herr meinte nun: „Das kommt öfters vor, daß jemand von dem Hunde gebissen wird, ich zahle dem Besessenen 3 Mts.“, worauf mir die Leute dankbar sind und freundlich den Hut vor mir ziehen.“ Unsere beiden Vertreter belehrten ihn aber eines, anderen und wird dieser Millionär diesmal nicht so billig durchkommen, da für den Kollegen Liebermann auf Verbandskosten Verwaltungen gegen diesen Herrn eingereicht wurde. Hier steht man wieder, wie der Arbeiter vom Kapitalisten behandelt wird. Wäre dieser Kollege jetzt nicht im Verband, so wäre hundert gegen eins zu wetten, derselbe wäre entweder garnicht gegen diesen Millionär vorgegangen oder er hätte sich auch mit „einem Taler“ abspäßen lassen. Außerdem machte Kollege Ständer auf die Fragebogen, welche auf das am 28. d. Mts. stattfindende Stillschließung aufmerksam und bittet, recht viel Karten abzugeben.

Zum 2. Punkt, „Der Generalstreik“, referiert hierauf Genosse Müller, welcher ziemlich genau die französischen, schweizer und russischen Verhältnisse zum Generalstreik detailliert.

In der Diskussion meinte Kollege Reinhardt, die Kollegen sollten das Biertrinken sein lassen und das ersparte Geld der russischen Revolution zuwenden; er plädierte für eine Tellerkassierung zu Gunsten der russischen Revolutionäre, welchem stattgegeben wird. In ähnlichem Sinne sprachen noch die Kollegen Arnold, Ständer und Oberschmer, welche auch auf die Versammlungs-Demonstration am 21. d. Mts. hinwiesen. Kollege Fritz machte auf die Arbeiterzeitung, die „Volksstimme“, aufmerksam, welche doch das beste Aufklärungsmittel für die Arbeiter sei, und ersuchte die Kollegen, die bürgerlichen Blätter aus ihren Wohnungen hinauszuerwerfen und dafür die „Volksstimme“ zu halten.

In Anbetracht des schönen Vortrags hätte man doch glauben können, daß die Versammlung besser besucht wäre. Daß das Referat des Genossen Müller anziehend war, beweist, daß eine ganze Anzahl Arbeiter, nicht unserer Verbände angehörig, Arbeiter anwesend war, um daselbst anzuhören. Nur unsere Mitglieder fehlten für nichts Interesse zu haben. Wie konstatiert wurde, waren von unseren nahezu 600 Mitgliedern ca. 50 anwesend und dies waren durchschnittlich lauter neue eingetretene. Vor kurzem sagte ein älteres Mitglied, als man ihn darauf aufmerksam machte, daß er so selten in die Versammlung käme: Ich bezahle doch mit Beirath. Also weil der Kollege seine Beiträge bezahle, braucht er die Versammlung nicht zu besuchen. Nein, Kollegen, gerade die älteren Mitglieder müssen mit dem guten Beispiele, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen, voran gehen, damit die neuen dauerhafter werden. Was sollen denn die neugetretenen Kollegen denken, wenn sie in eine Versammlung kommen, wo nur 20 bis 40 Mitglieder anwesend sind? Die werden fragen: 600 Mitglieder sollen hier in Frankfurt a. M. sein, ja, wo sind denn die? Kommentar: Sie werden dann ebenso die Versammlungen meiden und den Verband bald den Rücken kehren. Darum ist es Pflicht aller Kollegen, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen, die Schlafsauben aufzumachen und kräftig zu agitieren. Oder geht es den Kollegen so gut, daß sie keine Versammlung mehr brauchen? Die ersten Zeiten, in die wir bereits eingetreten sind, beweisen uns das Gegenteil. Deshalb, Kollegen, sorgt, daß die Versammlungen mindestens von der Hälfte der Mitglieder besucht werden. Sorgt, daß die Handels- und Verkehrsstadt Frankfurt a. M. nicht länger erst am 11. bis 12. Stelle in Betreff der Mitgliederzahl steht.

Leipzig. In der Versammlung am 7. Januar hielt ein Kollege einen Vortrag über: Die letzten Vorgänge auf gewerkschaftlichen sowie politischen Gebiet. Er schilderte das gewaltige Ringen der Arbeiter gegen die kapitalistische Gesellschaft, der alle Widerstände zur Verfügung stehen, und kam zu dem Resultat, nur ein Hand-in-Hand-Gehen der Gewerkschaften mit der politischen Organisation könne der Arbeiterklasse zum Siege verhelfen. Der größte Fehler sei es, die Arbeiterkraft einzeln zu erziehen. Es sei notwendig, daß, was der Staat verweigert habe, nachgeholt und die Arbeiter weiter zu bilden und aufzurichten. Gelegenheit dazu sei geboten durch Vorträge, aufklärende Bücher und vor allen Dingen durch unsere Presse. Der Redner wies zahlreich nach, was der Staat zur Bildung der Arbeiterjugend für geringe Aufschüsse leistete, gegenüber den Schülern der höheren Schulen. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, sich gewerkschaftlich sowie politisch zu organisieren und sich die Unerschrockenheit und Opferbereitschaft der russischen und österreichischen Arbeiter zum Vorbild zu nehmen.

Leipzig. Eine öffentliche Versammlung der Genossenschaftsarbeiter, die am 5. Januar im Koburger Hof tagte, beschäftigte sich mit der bevorstehenden Konferenz der Genossenschaftsarbeiter in Berlin. Kollege Sängers führte hierzu aus: Seit 1904 mache sich eine Bewegung unter den Kollegen bemerkbar, bessere Existenzbedingungen zu erkämpfen. Wenn man auch bis zurzeit eine Absicht erlitten habe, sei man doch so klug gewesen, nicht dieselben Mittel wie Privatunternehmern gegenüber anzuwenden. Der Antrag Johannes in Hamburg, einen Tarif, ähnlich dem des Bäckerverbandes aufzustellen, sei unter seinen Umständen annehmbar. Der Antrag sei ja auch deshalb in Stuttgart aufgegeben und der Vorstand der Genossenschaften beauftragt worden, einen neuen Vertrag abzuschließen. Der Zentralvorstand habe Erhebungen veranlaßt und herausgefunden, daß das Resultat einer Beratung unterzogen werde. Die Konferenz mache sich notwendig, um einen Tarif zustande zu bringen. Mühselig könne unter seinen Umständen gewonnen werden, denn Zustände wie im Konsumvereins Quartier, wo der Arbeiter von früh 4 bis abends 8 Uhr bei einem Lohn von 20,50 M. ohne Entschädigung für die Sonntagsarbeit tätig sei, müßten beseitigt werden. Die Konferenz habe einen Durchschlagsplan in den Städten in Betracht zu ziehen (unter Wegfall von Naturalbezug) und die Lohnsaffen in der Zeit zu reduzieren und eine angemessene Arbeitszeit festzusetzen. Hierauf wurden die Kollegen Streicher, Schmid und Bergander als Delegierte gewählt. Zum Schluß wurde eine Kommission eingesetzt, die Sonntags die bürgerlichen Geschäfte bezüglich der Sonntagsarbeit zu kontrollieren hat.

Leipzig. Die Fabrik- und Maschinenarbeiter stellten am 7. Januar im Volkshaus eine von über 300 Personen besuchte Sektionsversammlung ab, die zugleich als Protestversammlung gegen die geplante Brauseuererhöhung gedacht war. Nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Schöppin wurde eine Resolution angenommen, die diese Steuererhöhung als schädlich für die Arbeiterkraft im allgemeinen und für die Arbeiter in Brauereien und Bierhandlungen im besonderen verurteilt und von dem Reichstage erwartet, daß er auf alle Fälle die Vorlage ablehne. Hierauf behandelte Kollege Gräfe die Frage: Warum müssen die Fabrik- und Maschinenarbeiter im Handels- und Transportarbeiterverband organisiert sein? Er ging dabei auf die Agitationsweise des Brauereiarbeiterverbandes ein, hervorhebend, daß es bisher unter modernen organisierten Arbeitern wohl noch nie so weit gekommen sei, daß eine formale Jagd auf bereits organisierte Arbeiter gemacht werde, wie zurzeit durch den Brauereiarbeiterverband. Erfreulicherweise finde derselbe aber bei unseren Kollegen trotz aller Verlockungen wenig oder gar keine Gegenliebe. Das beweise am schlagendsten die Tatsache, daß 564 Kollegen (rund 96 pCt. aller in Leipziger Brauereien und Bierhandlungen Beschäftigten) im Handels- und Transportarbeiterverband organisiert seien. Im verflochtenen Jahre seien 72 Betriebsbesprechungen und 9 öffentliche Versammlungen abgehalten worden, wodurch vielerlei Beschwerden und Tarifdurchbrechungen abgeklärt wurden. Würden die Kollegen auch ferner fest und treu zur Organisation halten, so werde es möglich sein, allen Anfeindungen Trotz zu bieten.

Eine Resolution, die sich mit diesen Ausführungen einverstanden erklärte und die Kollegen verpflichtete, einzeln und allein für ihren Verband, dem der Transportarbeiter, zu agitieren, wies aber die Agitationsweise des Brauereiarbeiterverbandes gegenüber dem Verband der Transportarbeiter für eine der modernen Arbeiterbewegung höflich sprechende Handlung erklärt, wurde einstimmig angenommen.

Hierauf wurden neun Kollegen in die Sektionsleitung und Kollege Gräfe als Obmann wiedergewählt.

Leipzig. Versammlung am 2. Januar 06. In kurzer Ansprache leitete der Kollege Bähld die Versammlung ein. Hierauf wurde einem Kollegen aus Breslau das Wort erteilt zu seinem Vortrag. In einleitender Rede wies der Kollege an der Hand von Beispielen nach, daß dem deutschen Volke die Nahrung künstlich verteuert werde. Redner streifte auch die neuen Zollsätze, die in kurzer Zeit in Kraft treten und noch schwerer auf die Lebensmittelpreise drücken werden, weil in dem neuen Handelsvertrage der Zoll auf das 3-4fache erhöht worden sei. Durch diesen neuen Zolltarif wird wieder dem Arbeiter der Brotkorb höher gehängt und der Fleischhacker von Lische desselben ganz verschwinden.

Kollege Jöbel gab den Kassenbericht. Die Einnahme des 4. Quartals mit dem Kassenbestande von 50,85 M. betrug 261,10 M., die Ausgabe 178,55 M., bleibt ein Kassenbestand von 82,55 M.

Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Kasse, worauf dem Kassierer Dehage erteilt wurde.

In die Verabteilung wurden wiedergewählt die Kollegen Bähld, Jöbel, Bahr; als Revisoren die Kollegen Wierlich, Wülfel, Schumann, König; als Parteileitender Kollege Bahr.

Kollege Döring dankte für die Unterstützung während seiner 15wöchentlichen Krankheit; besonders dankte der Kollege für die freiwillige Sammlung der Kollegen, welche ihm als Weihnachtsgeschenk übergeben wurde.

Die Hunderte von Kollegen, die noch mit der Schlafmühe über die Ohren herumliefen, mühten doch bald aufzuwachen und sich dem Verbands angeschlossen. Kollegen, wir rufen Euch nochmals zu: vereint Euch mit uns, vereint Euch mit uns. Darum, Kollegen, gedankt des Wortes:

Mann der Arbeit, aufgewacht,
Erkenne deine Macht,
Alle Mäher reihen sich,
Wenn dein harter Arm es will.

Mannheim. Mitteil wurde eine Mitgliederversammlung aller Sektionen abgehalten. Der Vorsteher machte auf das Projekt des Gewerkschaftsstatuts Bezug. Erbauung eines Gewerkschaftshauses aufmerksam und es wurde dem Projekt einstimmig zugestimmt. Ferner wurde zu dem in April stattfindenden Handelskammerkongress Stellung genommen. Es wurde beschlossen, in kürzester Zeit einige öffentliche Versammlungen abzuhalten, um allen in Mannheim Beschäftigten Hausbauern, Ausläufern, Magazinarbeitern und Badern Gelegenheit zu geben, ihre gerechten Wünsche und Forderungen sowie alle Mißstände in ihrem Berufs dem zu diesem Kongress entsandten Delegierten zu unterbreiten. Auch liegen in den Versammlungen eigens zu diesem Zweck ausgearbeitete Fragebogen aus, und es ist Pflicht eines jeden Handelskammerarbeiters, diese Fragebogen nach Recht und Gewissen auszufüllen. Eine große Erörterung rief das Benehmen der Expeditionsfirma Gräf ihren Fuhrleuten gegenüber hervor. Die Firma zahlte bis dato ihren Arbeitern wöchentlichen Lohn, auch brauchten dieselben keine Ration zu stellen. Nachdem nun die Firma Gräf und Reichert u. Söhne sich zu einer Gesellschaft vereinigten, mußten die Arbeiter ein Schriftstück unterzeichnen, daß sie von nun an nur überzeitige Lohnzahlung erhalten und je 100 Mark Ration stellen müssen; auch machte Herr Gräf bekannt, daß ihm von der preussischen Bahnverwaltung eine Schreibung zugeandt sei, alle Arbeiter, welche einem sozialdemokratischen Verbands angehören, zu entlassen.

Mit welchem Recht die preussische Bahnverwaltung einer dachlosen Expeditionsfirma, welche doch ein Privatgeschäft ist und deren Arbeiter mit der Bahnverwaltung in keiner Verbindung stehen, derartige Ungerechtigkeiten zu tun, ist unklar; sollte Herr Gräf jedoch wider Erwarten diesen unverschämten Anfeindungen der preussischen Bahnverwaltung Folge leisten, so würde ihm dabei sicher der größte Widerstand erwachen, denn gerade von einem Vorstandsmitglied des Fuhrervereins kann man mit Recht erwarten, daß es das Koalitionsrecht der Arbeiter ebenfalls respektiert. Betreffs der 14tägigen Lohnzahlung müssen wir jedoch die Herren Gräf und Reichert fragen, ob sie denn glauben, ihre Fuhrleute seien alle so gesteuert, um auf ihren faulen und schwer verdienten Wochenlohn verzichten zu können, um denselben nur alle 14 Tage in Empfang zu nehmen. Man treibt also diese Arbeiter dazu, ihren Lebensunterhalt zu sorgen und Schulden zu machen, erlaubt aber noch gnädig, den verdienten Lohn in Gestalt von Vorschuß zu erteilen. Auch die in Aussicht gestellte Familien-Krankenversicherung fand kein Verständnis bei den Fuhrleuten. Es wurde beschlossen, am Montag eine Besprechung mit den Fuhrleuten beider Firmen abzuhalten, um einstimmig Protest gegen das Vorgehen der neu gegründeten Expeditionsfirma zu erheben.

Anm. der Red.: Was Herr Gräf da bezüglich eines Schreibens der preussischen Bahnverwaltung gesagt hat, scheint uns eitle Fiktion zu sein. Wir haben keine Veranlassung, eine preussische Bahnverwaltung in Schutz zu nehmen, müssen aber konstatieren, daß bisher noch keine derselben sich solche Unerbittlichkeit erlaubt hat. An den Verhandlungen über den Lohn der Berliner Expeditionsfirma hat ein Direktor der Berliner Eisenbahnverwaltung teilgenommen, es ist ihm aber gar nicht eingefallen, von den Expeditionen eine ähnliche Maßregel zu verlangen. Herr Gräf meint da die Bahnverwaltung lediglich vorsehen zu wollen, um seine eigenen Schaffmacherselbst zu verbeden. Solche Gesinnung haben wir bisher noch keinem Spektreer ausgetrieben und Herr Gräf wird hierbei sicherlich noch nicht der letzte sein. Falls Herr

Gräf nicht in den Augen seiner Arbeiter als ein Mensch gelten will, der es mit der Wahrheit nicht genau nimmt, muß er mit dem angeleglichen Brief der Bahnverwaltung herausreden, dann werden wir dieser einhellen, daß ihr loarm wird.

Posen. Am 2. Januar fand eine Versammlung für Haus- und Montierarbeiter, Rüstler, Arbeiter etc. statt, in welcher der Gauleiter über das Thema: „Was lehren uns die letzten großen Ausperrungen?“ referierte. Derselbe führte an, daß die Kapitalisten, welche auf organisiert sind, in neuerer Zeit das System der Ausperrungen eingeführt haben. Hat doch sogar ein Oberstarfmacher, der für die teuffischen Pläne, die er gegen die Arbeiter ausstelt, 36 000 M. pro Jahr erhält, vorgeschlagen, die Arbeiter nach dem Alphabet auszusperrern, also mit A anfangend, auf einige Wochen die Arbeiter auf die Straße zu setzen, bis sie müde geworden sind; man steht also, was in sich einem, vom Größenwahn besessenen Gehirn alles spult.

Redner führte dann verschiedene große Ausperrungen, wie Ermittlung, Berliner Elektricitätswerke etc., an, besonders die letztere verdient wegen der Brutalität der Unternehmer näher betrachtet zu werden. 450 Lagerarbeiter und Schraubendreher verlangten ein paar Pfennige Lohnerhöhung von den nimmermüden Dividendschlidern, und wegen dieser 450 Mann wurden 38 000 Arbeiter ausgesperrt, dazu kommen vielleicht 32 000 Frauen mit ca. 140 000 Kindern, so daß also wegen 450 Arbeiter ca. 200 000 Menschen in Mitleidenhaft gezogen wurden. Als Streikbrecher fungierten Feuerwehr, Eisenbahnhelfer und die niemals fehlenden Handlungsgehilfen.

Bei der reinlich-keuschen Ausperrung von 200 000 Mann auferlegte der Erzherzog Albrecht, er würde lieber 10 Millionen opfern, als den Arbeitern 10 M. zulegen.

Redner führte an, daß diese brutalen Ausperrungen auch den indifferenten Kollegen die Augen öffnen müßten und sie der Organisation zuführen, denn die blutigen Kapitalisten und Menschenfresser sperren alle aus, ob zentral, christlich, kirchlich, runderherb oder unorganisiert. Daß nun bei einer Ausperrung die Unorganisierten den Härteren ziehen, ist selbstverständlich, denn dieselben bekommen nirgends Unterstützung, während die organisierte Arbeiterkraft Mithat an ihrer Organisation hat.

Redner ermahnte die Kollegen, sich an den Zusammenschluß der Schaffmachers ein Beispiel nehmen und sich bis auf den letzten Mann zu organisieren, denn die Ausperrungen werden größere Ausdehnungen annehmen und muß die Arbeiterkraft mehr gekräftigt werden, um die übermühten Kapitalisten in die Schranken zurückzuweisen.

An der darauf folgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, welche ihr volles Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten bekundeten und die Taktik verschiedener Lokal- und Aktionsvereine und deren führende Helfer gepriesen.

Zum Schluß wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die heute, am 2. Januar 1906, in den Posenener Vereinshallen“ tagende Versammlung für Hausbauern, Rüstler, Arbeiter etc. erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten und des Diskussionsredner in allen Punkten einverstanden und betrachtet den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands als die einzige Organisation, welche für die Interessen aller im Handels- und Transportgewerbe arbeitenden Kollegen in Betracht kommen kann. Die Anwesenden halten sämtliche Lokal-, Aktions- und Aktionsvereine als die Arbeiterinteressen schädigend und können nur Besserung unserer miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch festen Zusammenschluß in oben genannten Zentralverband erwarten.“

Stralsund. In der Generalversammlung am 1. Januar wurde die Neuwahl der Ortsverwaltung vollzogen. Gewählt wurden die Kollegen Born als 1. Bevollmächtigter, Bollin 2. Bevollmächtigter, Brose Kassierer, Ostwald und Borch Schriftführer. Als Revisoren fungierten Gagen und Bollin II. Die Kollegen Gengen und Glaue vertreten die Organisation im Ratell. Bei dem Ratellbericht setzte hierauf eine lebhafteste Diskussion ein, dahingehend, daß die Leitung des Ratells kritisiert wurde. Die Abrechnung vom Weihnachtsvergügen ergab einen ansehnlichen Ueberschuß, der zur Agitation verwendet werden soll. Die Jahresabrechnung wurde vorgelegt und dem Kassierer Dehage erteilt. Ferner wurde noch eine Agitationskommission, bestehend aus drei Kollegen, gewählt. Kollegen, im neuen Jahre gilt es mehr als bisher für die gewerkschaftliche und die politische Organisation zu agitieren. Tue jeder seine Pflicht.

Borms. In der Versammlung am 17. Dezember sprach ein Kollege über die Stellung der Gewerkschaften zur politischen Partei. Der Bevollmächtigte gab darauf einen Rückblick auf das Jahr 1905 und die Entwicklung der Mitgliedschaft. In diesem Jahre wurde durch die Organisation so manche Mark Mehrlohn für die Kollegen herausgeschlagen. Wir dürfen auch im neuen Jahre mit der Agitationsarbeit nicht rasten. Mitgeteilt wurde, daß der Gauleiter der Brauer in ganz Schädiger Weise unter den bei uns organisierten Bierfahrern Mitgliederfang für seinen Verband betreibt. Die Bierfahrer werden im Brauerverband stets als Mitglieder zweiter Klasse behandelt, was der genannte Genosse aber wohlweislich zu verschweigen für gut befand. Wenn daher die Verfasser sich durch schöne Phrasen von dem Brauerverband einfangen lassen sollten, dann werden sie die Nase dort bald voll bekommen, zumal die Brauer ja von der Transportarbeit ungefähr so viel verstehen, wie die Kuh von der Mault. Auch an anderen Orten haben die Bierfahrer mit den Brauern, die sich immer als etwas Besseres dünken und die Rechte von oben herab ansehen, schon recht dittere Erfahrungen gemacht. Durch Schaden werden schließlich auch die Bierfahrer klug werden, die sich heute noch mit der Stimpelrute des Brauerverbandes einfangen lassen.

Verantw. Redakteur u. Verleger: A. Bräufte, Rummelsburg.
Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Spandauer-Ufer 11.